



# Daten + Analysen

## Quartalsheft





## Zeichenerklärung

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
  - = nichts vorhanden (genau null)
  - = Zahlenwert unbekannt oder geheim zuhalten
  - ... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
  - ( ) = Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
  - / = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
  - x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
  - r = berichtigte Zahl
  - D = Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
- Abweichungen in den errechneten Werten sind durch Rundungen und Hochrechnungen bedingt.

## Impressum

### Schriftleitung:

Dezernat 234

Mikrozensus, Arbeitsmarkt

Dr. Jürgen Hübner

Telefon: 0355 4868 - 201

E-Mail: [juergen.huebner@lds.brandenburg.de](mailto:juergen.huebner@lds.brandenburg.de)

### Herausgeber:

Landesbetrieb für Datenverarbeitung  
und Statistik

Dezernat Informationsmanagement

Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam

Dortustraße 46, 14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 - 444

Fax: 0331 39 - 418

Internet: [www.lds-bb.de](http://www.lds-bb.de)

E-Mail: [Info@lds.brandenburg.de](mailto:Info@lds.brandenburg.de)

ISSN 1617 - 2809

Erschienen im Juni 2006

Preis: 4,00 EUR

## Auskünfte und Vertrieb

Informationsservice Telefon: 0331 39 - 444

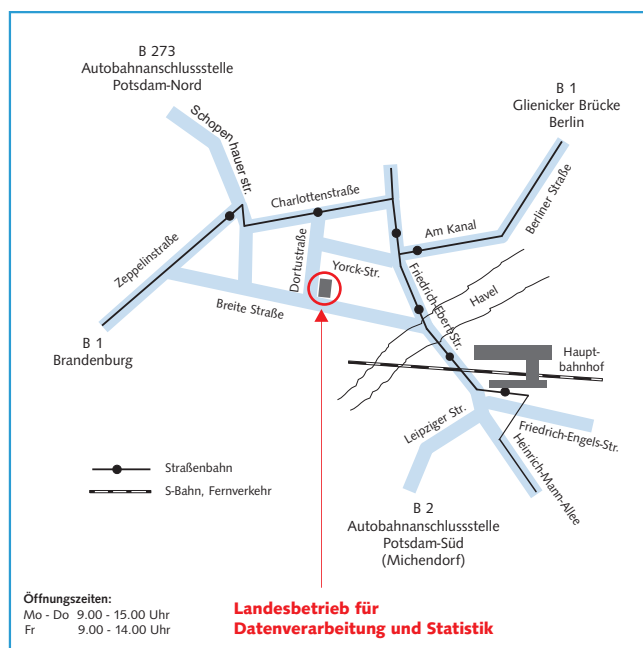
Fax: 0331 39 - 418

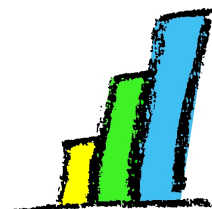
Vertrieb

Telefon: 0331 39 - 496

Fax: 0331 39 - 418

So finden Sie uns:





# ***Daten + Analysen***

***II 2006***

## **Inhalt**

Seite

<b>Kurz + Aktuell.....</b>	<b>5</b>
----------------------------	----------

<b>Beiträge .....</b>	<b>13</b>
-----------------------	-----------

Wirtschaftstrends im Überblick – März 2006.....	13
Konsumausgaben privater Haushalte im Land Brandenburg .....	18
Die Entwicklung des Primärenergieverbrauchs und der CO <sub>2</sub> -Emissionen im Land Brandenburg von 1990 bis 2003 .....	32
Die Flächennutzungen in Brandenburg .....	37
Das Wirtschaftswachstum in Brandenburg .....	50
Das Unternehmensregister richtig auswerten – aber wie?.....	58
Das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter im Dialog mit der Wissenschaft.....	62
Historisches – Volkszählung vom 1. Dezember 1905 – .....	63

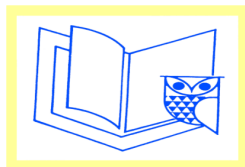
<b>Buchbesprechung .....</b>	<b>66</b>
------------------------------	-----------

<b>Neue Veröffentlichungen.....</b>	<b>68</b>
-------------------------------------	-----------



## Aus Brandenburg

### Frauenanteil am Hochschulpersonal lag 2005 bei 48 Prozent



Ende 2005 beschäftigten die Hochschulen Brandenburgs 5 057 hauptberufliche Mitarbeiter, das war knapp 1 Prozent weniger als im Jahr davor. Der überwiegende Teil der hauptberuflich Beschäftigten (69 Prozent) war an den drei Universitäten in Potsdam, Cottbus und Frankfurt (Oder) tätig.

53 Prozent der hauptberuflich Beschäftigten waren wissenschaftlich oder künstlerisch tätig. 47 Prozent nahmen Aufgaben in den nichtwissenschaftlichen Bereichen, wie Verwaltung, Bibliothek und technischer Dienst wahr.

Der Anteil der Teilzeitbeschäftigung bei den hauptberuflich Tätigen stieg gegenüber dem Vorjahr von 22 auf 24 Prozent.

Der Anteil der Teilzeitbeschäftigung bei den hauptberuflich Tätigen stieg gegenüber dem Vorjahr von 22 auf 24 Prozent.

Ende 2005 waren an den brandenburgischen Hochschulen 2 410 Frauen hauptberuflich beschäftigt (48 Prozent). Der Frauenanteil beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal betrug 34 Prozent, in der Professorenschaft 18 Prozent. Beim nichtwissenschaftlichen Personal waren die Frauen mit 63 Prozent, bei den Teilzeitbeschäftigten mit 60 Prozent vertreten.

Weiterhin meldeten die Hochschulen des Landes Brandenburg 2 992 nebenberuflich tätige Personen. Hierbei nahmen den überwiegenden Anteil die studentischen Hilfskräfte und die Lehrbeauftragten ein.

### Weltumwelttag am 5. Juni: Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energieträgern im Jahr 2005 weiter ansteigend



Die Bruttostromerzeugung in den Kraftwerken der allgemeinen Versorgung sank im Land Brandenburg im Jahr 2005 im Vorjahresvergleich um knapp 400 Millionen Kilowattstunden

(– 1 Prozent) auf 37 730 Millionen Kilowattstunden. 336 Millionen Kilowattstunden (9 Prozent) wurden aus Erneuerbaren Energieträgern gewonnen.

Die Stromerzeugung in den Wärmekraftwerken der allgemeinen Versorgung basiert im Wesentlichen auf dem Einsatz von Braunkohle. Aus diesem Energieträger wurden rund 94 Prozent des hier erzeugten Stromes gewonnen. Dazu wurden rund 39 Millionen Tonnen Braunkohle eingesetzt.

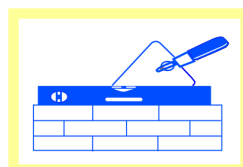
In Stromerzeugungsanlagen der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes wurden rund 3 500 Millionen Kilowattstunden erzeugt. Der Anteil der Erneuerbaren Energieträger macht bei den so genannten Industriekraftwerken mit 370 Millionen Kilowattstunden rund 11 Prozent aus.

Die Stromeinspeisung von Anlagen basierend auf Erneuerbaren Energien entsprechend dem EEG (Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien) wird für das Jahr 2005 auf 4 Millionen Kilowattstunden geschätzt, im Vorjahr waren es 3,7 Millionen Kilowattstunden. Die Einspeisung von Strom aus Kleinanlagen (Blockheizkraftwerk) mit konventionellen Energieträgern ist eher rückläufig.

Insgesamt würde sich für 2005 eine Bruttostromerzeugung im Land Brandenburg von rund 45 000 Millionen Kilowattstunden mit einem Anteil von 10 Prozent aus Erneuerbaren Energieträgern ergeben. Endgültige Zahlen liegen voraussichtlich im dritten Quartal 2006 vor.

Zum Weltumwelttag am 5. Juni hat der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik ein Faltblatt „Umwelt in Zahlen“ herausgegeben. Es enthält neben geografischen Angaben zum Land Brandenburg u. a. Daten über Schutzgebiete, öffentliche Wasserversorgung und Kohlendioxid-Emission. Das Faltblatt kann unter [www.lids-bb.de](http://www.lids-bb.de) unter dem Punkt Veröffentlichungen/Faltblätter kostenlos herunter geladen werden. (Bestellung von Druckexemplaren unter [vertrieb@lds.brandenburg.de](mailto:vertrieb@lds.brandenburg.de))

### 7 563 Verkäufe von unbebautem Bauland im Jahr 2005 im Land Brandenburg



Im Jahr 2005 wurden insgesamt 7 563 Kauffälle für unbebautes Bauland statistisch erfasst. Für rund 443 Millionen EUR wurden 8,8 Millionen Quadratmeter übereignet. Es wurde ein durchschnittlicher Kaufwert von 50,51 EUR je Quadratmeter ermittelt.

Im Jahr 2005 wurden insgesamt 7 563 Kauffälle für unbebautes Bauland statistisch erfasst. Für rund 443 Millionen EUR wurden 8,8 Millionen Quadratmeter übereignet. Es wurde ein durchschnittlicher Kaufwert von 50,51 EUR je Quadratmeter ermittelt.

In der Mehrzahl der Fälle (7 148) wurde baureifes Land veräußert. Der durchschnittliche Kaufwert für baureifes Land betrug 53,44 EUR je Quadratmeter. Die Verkäufe konzentrierten sich auf Wohngebiete in offener Bauweise sowie Dorfgebiete.

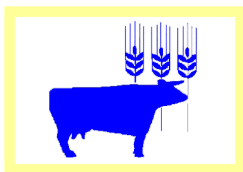
Rohbauland wurde in 181 Fällen mit einem Kaufwert von 29,48 EUR je Quadratmeter umgesetzt. Die verbleibenden 234 Grundstücksverkäufe entfielen auf sonstiges Bauland (Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen). Dafür wurde ein Durchschnittspreis von 48,57 EUR je Quadratmeter erzielt.

In der territorialen Betrachtung nach Landkreisen und kreisfreien Städten zeichnete sich wie in den Vorjahren eine differenzierte Entwicklung in der Anzahl der Verkäufe und der Kaufwerte ab.

Die meisten Erwerbsvorgänge waren in den Landkreisen Havelland, Oberhavel, Potsdam-Mittelmark sowie Barnim zu verzeichnen. Die geringsten Veräußerungen waren in den Landkreisen Prignitz, Oberspreewald-Lausitz und Elbe-Elster zu beobachten.

Überdurchschnittliche Kaufwerte wurden in Potsdam, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming, Cottbus und Märkisch-Oderland erzielt. Weit unter dem Durchschnitt lagen die Kaufwerte dagegen in den Landkreisen Elbe-Elster, Uckermark, Prignitz, Spree-Neiße sowie Oberspreewald-Lausitz.

#### Tag der Milch am 1. Juni: Brandenburg hat leistungsfähige Milchbetriebe



Die Milchproduktion stellt in der Brandenburger Landwirtschaft einen wichtigen und leistungsfähigen Wirtschaftszweig dar. So wurden in Brandenburg im Jahr 2005 mehr als 1,38 Millionen

Tonnen Kuhmilch erzeugt. Damit liegt Brandenburg im Mittelfeld aller Bundesländer.

Die Produktionsmenge sagt aber relativ wenig über das Leistungsvermögen der Milchkühe aus. Sie entspricht im Wesentlichen der von der EU festgelegten Produktionsobergrenze für das Land. Übererfüllungen werden mit der Milchquote eingeschränkt und führen auf Grund der kontinuierlichen Leistungssteigerung zum Abbau der Tierbestände.

Brandenburg lag mit durchschnittlich rund 7 977 Kilogramm Milch je Tier im Jahr 2005 mit an der Spitze im Bundesgebiet. Der Bundesdurchschnitt belief sich 2004 auf 6 585 Kilogramm je Tier (Brandenburg 2004: 7 602 Kilogramm). Die im Vergleich zum Bundesgebiet höchste Bestandszahl von 203 Tieren je Betrieb (2004) lässt auf eine sehr intensive Produktionsform schließen (Bundesdurchschnitt 2004: 37 Tiere je Betrieb).

Hohe Tierleistungen lassen sich nur bei artgerechten Haltungsförmlichkeiten erzielen. Im November 2004 konnten sich rund 94 Prozent aller Milchkühe des Landes Brandenburg in Laufställen frei bewegen.

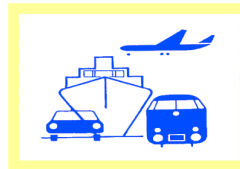
Von den 174 600 Milchkühen, die am 3. Mai 2005 in Brandenburg gehalten wurden, standen rund 5 600 Milchkühe in Betrieben mit einer ökologischen Wirtschaftsförmlichkeit (rund 3 Prozent).

Rund 96 Prozent (ca. 1,33 Millionen Tonnen) der im Jahr 2005 erzeugten Milchmenge wurden an Molkereien und Händler abgeliefert. Diese Milch wurde weiterverarbeitet zu Trinkmilch, Käse, Butter, Joghurt und anderen milchtypischen Erzeugnissen.

Der Anteil der in den Agrarbetrieben in der Kälberaufzucht verfütterten Milch lag bei rund 3 Prozent.

Eine geringe Menge von rund 4 200 Tonnen wurde unmittelbar in den Erzeugerbetrieben verarbeitet oder direkt vermarktet. Damit spielte die Direktvermarktung in Brandenburg nur eine wirtschaftlich untergeordnete Rolle.

#### Leichte Einbußen in der Tourismusbranche im ersten Quartal 2006



Die brandenburgische Tourismusbranche musste im ersten Quartal 2006 geringe Einbußen hinnehmen. Über 501 Tausend Gäste buchten rund 1,4 Millionen Übernachtungen in Beherbergungsstätten mit mindestens neun Betten und auf Urlaubscampingplätzen. Das waren 0,4 Prozent weniger Gäste und 1,6 Prozent weniger Übernachtungen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die höchsten Übernachtungszahlen wurden im Reisegebiet Fläming mit 203 Tausend und einem Plus von 6,3 Prozent zum Vorjahreszeitraum erreicht. Die zweithöchsten Übernachtungszahlen erzielte das Ruppiner Land mit 156 Tausend. Das entsprach einem Rückgang von 5,9 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Die höchsten Übernachtungszahlen wurden im Reisegebiet Fläming mit 203 Tausend und einem Plus von 6,3 Prozent zum Vorjahreszeitraum erreicht. Die zweithöchsten Übernachtungszahlen erzielte das Ruppiner Land mit 156 Tausend. Das entsprach einem Rückgang von 5,9 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres.

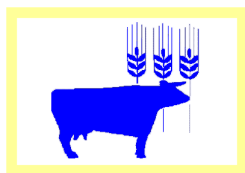
Die größten Buchungszuwächse realisierten die Reisegebiete Havelland mit 10,1 Prozent und Spreewald mit 9,3 Prozent.

2,7 Tage betrug die durchschnittliche Aufenthaltsdauer im ersten Quartal 2006.

Von den 86 Tausend Übernachtungen, die ausländische Bürger buchten, entfielen 28 Tausend auf das Reisegebiet Fläming, das entspricht einem Anstieg von 26,5 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Während in den Beherbergungsbetrieben mit mindestens neun Gästebetten die Übernachtungszahlen um 1,1 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres sanken, kam es zu einem Rückgang der Übernachtungsbuchungen auf Urlaubscampingplätzen um 78,9 Prozent, was vor allem im kalten und nassen Wetter seit Anfang des Jahres begründet liegt.

## Erste Gartenbauerhebung seit elf Jahren



Im ersten Halbjahr 2005 wurde nach elf Jahren eine bundesweite Gartenbauerhebung durchgeführt. Die gärtnerische Nutzfläche in Brandenburg umfasste insgesamt 11 970 Hektar

(1994: 9 900 Hektar). Die Zahl der Betriebe, die sich in Brandenburg mit dem Anbau von Obst, Gemüse, Baumschulen sowie Blumen- und Zierpflanzen befassen, sank um 27 Prozent auf 801 Betriebe (1994: 1 095 Betriebe). Sie beschäftigen insgesamt fast 15 600 Arbeitskräfte (1994: 11 000).

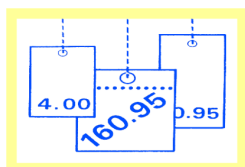
Von der gärtnerischen Nutzfläche im Freiland wurden 6 780 Hektar für den Gemüsebau, 3 890 Hektar für den Obstbau, 1 100 Hektar für Baumschulkulturen und 90 Hektar für den Zierpflanzenanbau verwendet. 110 Hektar waren Flächen in Gewächshäusern, auf denen zu 90 Prozent Gemüse und Zierpflanzen angebaut wurden.

Territorial konzentriert sich der Gartenbau besonders in den Kreisen Potsdam-Mittelmark (36 Prozent der gärtnerischen Nutzfläche Brandenburgs), Märkisch-Oderland (17 Prozent), Teltow-Fläming (7 Prozent) sowie Havelland (6 Prozent).

678 aller mit Gartenbau befassten Betriebe (85 Prozent) erwirtschafteten mehr als die Hälfte ihrer Betriebseinnahmen aus diesem Erwerbszweig. 595 davon hatten ihren Schwerpunkt in der Erzeugung gärtnerischer Produkte. 83 Betriebe spezialisierten sich vor allem auf den Handel mit gärtnerischen Produkten oder boten gärtnerische Dienstleistungen an (Garten- und Landschaftsbau, Friedhofsgärtnerei usw.).

Von den insgesamt 15 600 Arbeitskräften im Gartenbau waren nur 4 300 über das ganze Jahr hinweg ständig beschäftigt. Fast 11 300 wurden als Saison-Arbeitskräfte weniger als drei Monate pro Jahr im Betrieb eingesetzt.

## Verbraucherpreisindex Land Brandenburg im Monat Mai 2006



Der Verbraucherpreisindex für das Land Brandenburg erhöhte sich von April 2006 bis Mai 2006 um 0,1 Prozent auf einen Indexstand von 111,0 (Basis 2000  $\pm$  100). Die Jahresteu-

erungsrate gegenüber Mai 2005 betrug + 2,3 Prozent.

Der Verbraucherpreisindex im Mai 2006 veränderte sich gegenüber dem Vormonat nur geringfügig. Auf dem Energiesektor war bei Heizöl sowie Umlagen für Zentral-

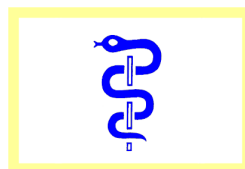
heizung und Fernwärme eine Preiszunahme von 0,8 bzw. 1,0 Prozent zu beobachten. Kraftstoffe waren dagegen im Mai um 0,8 Prozent billiger. Weiterhin war auch ein Anstieg der Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke zu verzeichnen. Insbesondere für Obst (Äpfel, Weintrauben, Kiwi), Gemüse (Kartoffeln, Tomaten, Paprika, Zwiebeln), Kaffee, Fruchtsäfte und Erfrischungsgetränke musste der Verbraucher tiefer in die Tasche greifen. Auch Pauschalreisen und Miete für Ferienwohnungen wurden im Mai teurer. Nennenswerte Preisreduzierungen ergaben sich im Vergleich mit dem Vormonat bei Bekleidung, Personenbeförderung im Luftverkehr sowie Dienstleistungen für die Nachrichtenübermittlung.

Die jährliche Teuerung lag im Mai bei + 2,3 Prozent (April + 2,5 Prozent). Seit Monaten wird das Niveau der Jahresteuerrate durch die überdurchschnittliche Erhöhung der Energiepreise beeinflusst. Sie sind verglichen mit Mai 2005 um 13,9 Prozent angestiegen. Wobei für Haushaltsenergie ein Preisanstieg von 14,7 Prozent und für Kraftstoffe von 12,7 Prozent zu beobachten war. Ohne die Einrechnung der Preise für Energie hätte sich der Verbraucherpreisindex nur um 1,1 Prozent erhöht.

Die Preise für Nahrungsmittel lagen um 1,4 Prozent über dem Vorjahresniveau. Besonders Fleisch, Fisch sowie Gemüse waren teurer. Mehr als vor einem Jahr musste der Verbraucher auch für Kaffee, Tabakwaren, Bekleidung, Gesundheitspflege, Verkehrs-, Freizeit-, Kultur-, Bildungs- und Gaststättendienstleistungen sowie für Dienstleistungen sozialer Einrichtungen bezahlen. Verbraucherfreundlich war im Jahresvergleich die Preisentwicklung für Pauschalreisen, Miete für Ferienwohnungen, Telekommunikation, Heimelektronik sowie Haushaltsgroßgeräte.

## Aus Deutschland

### Weltnichtrauchertag am 31. Mai: 2004 starben fast 40 000 Menschen an Lungenkrebs



Im Jahr 2004 starben in Deutschland 41 342 Personen an Erkrankungen, die in Zusammenhang mit dem Konsum von Tabakprodukten gebracht werden können. Neben Lungen-

krebs (39 798 Sterbefälle) werden auch Kehlkopfkrebs (1 496 Sterbefälle) und Luftröhrenkrebs (48 Sterbefälle) zu den Folgeerkrankungen des Rauchens gezählt. Insgesamt waren im Jahr 2004 gut 5 Prozent aller Sterbefälle auf eine für Raucher symptomatische Erkrankung zurückzuführen. Auffällig ist, dass an den genannten Todesursachen knapp dreimal mehr Männer als Frauen starben.

Im Vergleich zum Jahr 1984 ist ein Anstieg dieser Todesursachen zu erkennen. Vor 22 Jahren gingen mit 33 589



Personen knapp 4 Prozent aller Sterbefälle auf die oben genannten Krankheiten zurück. Mit 27 931 gestorbenen Männern (83 Prozent) war deren Anteil an raucher-spezifischen Todesursachen damals fast fünfmal höher als der weiblicher Gestorbener.

Allein der Lungenkrebs stellte 2004 in Deutschland die vierthäufigste Todesursache dar; 1984 war er noch die sechsthäufigste Todesursache. Mit 28 786 Todesfällen im Jahr 2004 war er bei den Männern sogar – wie bereits 2003 – die dritthäufigste Todesursache. War Lungenkrebs im Jahr 2002 noch die zehnthäufigste Todesursache bei Frauen gewesen, so belegte er 2004 Platz sieben. In Deutschland starben somit 48 von 100 000 Einwohnern an Lungenkrebs (Männer: 71 je 100 000, Frauen: 26 je 100 000).

Bezogen auf die Bundesländer zeigen die Sterbeziffern, dass in Bremen und im Saarland mit fast 67 beziehungsweise 63 Sterbefällen je 100 000 Einwohnern die Sterblichkeit am höchsten war. In Baden-Württemberg (35 je 100 000) und Bayern (37 je 100 000) starben bundesweit die wenigsten Personen an der Todesursache Lungenkrebs.

Das durchschnittliche Alter der an Lungen-, Kehlkopf- und Luftröhrenkrebs Gestorbenen lag 2004 bei 69 Jahren. Bei Berücksichtigung aller Todesursachen sterben die Menschen in Deutschland durchschnittlich im Alter von 76 Jahren, somit versterben Personen mit für Raucher symptomatischen Erkrankungen durchschnittlich sieben Jahre früher.

Quelle: Statistisches Bundesamt

#### Einnahmen aus „Umweltsteuern“ erneut gesunken



Im Jahr 2005 betrugen die Einnahmen aus "umweltbezogenen Steuern" nach Angaben der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen rund 55 Milliarden EUR. Davon entfielen 40,1

Milliarden EUR auf die Mineralölsteuer, 8,7 Milliarden EUR auf die Kraftfahrzeugsteuer und 6,5 Milliarden EUR auf die Stromsteuer. Gegenüber dem Vorjahr gab es – wie auch im Jahr 2004 – einen leichten Rückgang der Einnahmen um 881 Millionen EUR (– 1,6 Prozent). Der Anteil der umweltbezogenen Steuereinnahmen an den gesamten Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte (im Jahr 2005 insgesamt 489,2 Milliarden EUR) hat sich in diesem Zeitraum geringfügig um 0,4 Prozentpunkte auf 11,3 Prozent vermindert.

Die Zusammenfassung der drei genannten Steuerarten zu "umweltbezogenen Steuern" folgt einer auf internationa-

ler Ebene gebräuchlichen Abgrenzung, die alle Steuern zusammenfasst, die den Energieverbrauch, die Emissionen, den Verkehr oder schädliche Stoffausbringungen (Pestizide oder ähnliches) besteuern, unabhängig von den Beweggründen für die Einführung der Steuer oder von der Verwendung der Einnahmen. Daher umfassen die so abgegrenzten Umweltsteuern zum Beispiel die gesamten Mineralölsteuereinnahmen und nicht nur den Anteil, der sich durch die zum 1.4.1999 in Kraft getretenen Gesetze zur ökologischen Steuerreform (Ökosteuer) ergeben hat. Die Ökosteuer enthält die Einführung der Stromsteuer sowie eine schrittweise Erhöhung der Mineralölsteuersätze in den Jahren 1999 bis 2003. Die Steuersätze liegen derzeit zum Beispiel für unverbleites und schwefelarmes Benzin bei 65,45 Cent je Liter, für schwefelarmen Dieselkraftstoff bei 47,04 Cent.

Die von 2004 auf 2005 gesunkenen Einnahmen sind auf eine deutlich rückläufige Entwicklung bei der Mineralölsteuer (– 4,0 Prozent) und einen leichten Rückgang bei der Stromsteuer (– 2,0 Prozent) zurückzuführen, während die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer um 12,1 Prozent anstiegen. Bei der Mineralölsteuer wiederum war die Verringerung der besteuerten und damit der im Inland abgesetzten Mengen an Benzin und Dieselkraftstoffen maßgeblich. Im genannten Zeitraum ist beispielsweise die Menge an versteuertem Benzin von 33,1 Millionen Kubikmeter auf 30,7 Millionen Kubikmeter und damit um 7,4 Prozent zurückgegangen, die Menge des versteuerten Dieselkraftstoffes verminderte sich um 4,5 Prozent. Beim leichten Heizöl gab es im Jahr 2005 nur geringe Änderungen im Vergleich zum Vorjahr; beim Erdgas, der vierten mengenmäßig bedeutsamen Mineralölart, ist die versteuerte Menge dagegen um 4,1 Prozent gestiegen. Entscheidend für den Einnahmeanstieg bei der Kraftfahrzeugsteuer war, dass zum 1.1.2005 Erhöhungen für wenig schadstoffreduzierte Personenkraftwagen wirksam wurden. Zugleich stieg der Bestand an Kraftfahrzeugen insgesamt um knapp 400 000 oder 0,7 Prozent auf 54,9 Millionen.

Im Hinblick auf den Verkehr ist darauf hinzuweisen, dass sich in den versteuerten Mengen nicht unbedingt entsprechende Entwicklungen des Kraftstoffverbrauchs im Inland oder der Fahrleistungen widerspiegeln. Insbesondere bei größeren Preisunterschieden zwischen In- und Ausland spielt der Tanktourismus in den grenznahen Gebieten eine nicht unbeträchtliche Rolle. Darüber hinaus ist seit Jahren ein Umstieg auf sparsamere Dieselfahrzeuge festzustellen, so dass nur bedingt Rückschlüsse auf die Fahrleistungen gezogen werden können. In Bezug auf den Absatz von Heizöl sind insbesondere witterungsbedingte Temperaturunterschiede von Jahr zu Jahr sowie die Preisentwicklung zu beachten.

Quelle: Statistisches Bundesamt



### 32 800 Schwangerschaftsabbrüche im ersten Quartal 2006



Im ersten Quartal 2006 wurden dem Statistischen Bundesamt rund 32 800 Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland gemeldet und damit etwa 0,7 Prozent (+ 200) mehr als im ersten

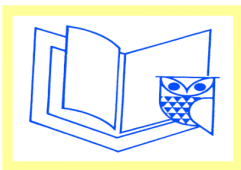
Quartal 2005. Knapp drei Viertel (71 Prozent) der Frauen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen ließen, waren zwischen 18 und 34 Jahren alt, 17 Prozent zwischen 35 und 39 Jahren. Rund 7 Prozent der Frauen waren 40 Jahre und älter. Bei den unter 18-Jährigen (Anteil von gut 5 Prozent) ging die Anzahl um 8 Prozent (– 167) im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal zurück. Gut 40 Prozent der Schwangeren hatten vor dem Eingriff noch keine Lebendgeburt.

Rund 98 Prozent der gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche wurden nach der Beratungsregelung vorgenommen. Medizinische und kriminologische Indikationen waren in etwas mehr als 2 Prozent der Fälle die Begründung für den Abbruch. Die meisten Schwangerschaftsabbrüche (77 Prozent) wurden mit der Absaugmethode (Vakuumaspiration) durchgeführt. Bei fast 10 Prozent der Schwangerschaftsabbrüche wurde das Mittel Mifegyne® verwendet.

Die Eingriffe erfolgten überwiegend ambulant (98 Prozent), und zwar zu 79 Prozent in gynäkologischen Praxen und zu 19 Prozent ambulant im Krankenhaus. Knapp 5 Prozent der Frauen ließen den Eingriff in einem Bundesland vornehmen, in dem sie nicht wohnten.

Quelle: Statistisches Bundesamt

### 12 Prozent weniger Habilitationen im Jahr 2005



Im Jahr 2005 haben sich an deutschen Hochschulen 2 001 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen habilitiert, das waren 282 (– 12 Prozent) weniger als im Vorjahr. Insbesondere

in den Fächergruppen Mathematik, Naturwissenschaften (– 22 Prozent) sowie Sprach- und Kulturwissenschaften (– 20 Prozent) ging die Zahl der Habilitationen im Vergleich zu 2004 deutlich zurück.

Mit der Habilitation weisen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen ihre Lehrbefähigung nach und können sich um eine Professur an Hochschulen bewerben. Der Rückgang bei den Habilitationen dürfte auf die Etablierung der Juniorprofessur zurückzuführen sein, die seit

2002 einen alternativen Qualifizierungsweg zum traditionellen Habilitationsverfahren darstellt.

Wie in den Jahren zuvor wurden die meisten Habilitationsverfahren 2005 in der Fächergruppe Humanmedizin (43 Prozent) abgeschlossen. Darauf folgen die Sprach- und Kulturwissenschaften (19 Prozent), Mathematik, Naturwissenschaften (19 Prozent) und die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit 11 Prozent.

Der Frauenanteil bei den Habilitierten lag wie 2004 bei 23 Prozent. In den Sprach- und Kulturwissenschaften, die mit 36 Prozent über den höchsten Frauenanteil verfügen, war im Vergleich zu 2004 ein leichter Anstieg um einen knappen Prozentpunkt zu verzeichnen. Ebenso in der Humanmedizin: Hier stieg die Quote um einen guten Prozentpunkt auf 20 Prozent. Dagegen sank der Anteil der Habilitierten in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften um 3 Prozentpunkte auf 18 Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt

### I. Quartal 2006: Arbeitskosten + 0,6 Prozent, Lohnnebenkosten – 2,4 Prozent



Die Bruttolöhne und -gehälter je geleistete Stunde im produzierenden Gewerbe und in den marktbestimmten Dienstleistungsbereichen sind in Deutschland im ersten Quartal 2006

gegenüber dem Vorjahresquartal um 1,4 Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum sanken die Lohnnebenkosten – gemessen als Sozialbeiträge der Arbeitgeber je geleistete Stunde – um 2,4 Prozent. Die Gesamtkosten einer Arbeitsstunde verteuerten sich im ersten Quartal 2006 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal insgesamt um 0,6 Prozent, im Vergleich zum Vorquartal stieg der Arbeitskostenindex um 0,4 Prozent

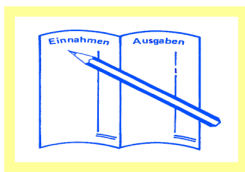
Hauptgrund für die unterschiedliche Entwicklung der Bestandteile der Arbeitskosten ist der seit Juli 2005 geltende Teil der Gesundheitsreform mit dem Ziel der Senkung der Lohnnebenkosten: Die paritätische Beteiligung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern an den Kosten der Krankenversicherung wurde aufgegeben. Die Senkung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Krankenversicherung um 0,9 Prozentpunkte teilen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer hälftig; den zeitgleich eingeführten zusätzlichen Beitragssatz in Höhe von 0,9 Prozentpunkten tragen nur die Arbeitnehmer. Im Ergebnis wurde also der Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung für die Arbeitgeber um 0,45 Prozentpunkte gesenkt, in gleicher Höhe stieg der Beitragssatz für die gesetzlich versicherten Arbeitnehmer.

Die Wachstumsrate der Arbeitskosten für das Jahr 2005 gegenüber dem Vorjahr beträgt für Deutschland kalenderbereinigt 0,9 Prozent. Im Zeitraum 2004 bis 2005 weist Deutschland damit die niedrigste Steigerungsrate aller EU-Mitgliedstaaten auf. Die Arbeitskosten sind im vergleichbaren Zeitraum im Euro-Währungsgebiet um 2,6 Prozent und in der Europäischen Union um 2,8 Prozent gestiegen. Frankreich (+ 3,2 Prozent) und das Vereinigte Königreich (+ 3,0 Prozent) verzeichneten deutlich höhere Wachstumsraten der Arbeitskosten. Die größte Steigerung der Arbeitskosten je geleistete Stunde wurde in Lettland mit 15,3 Prozent ermittelt.

Der Arbeitskostenindex wird europaweit auf harmonisierter Grundlage berechnet und spiegelt die Entwicklung der Arbeitskosten insgesamt sowie der Teilkomponenten Bruttolöhne und -gehälter und Sozialbeiträge der Arbeitgeber jeweils je geleistete Stunde wider. Zum Darstellungsbereich des Arbeitskostenindex zählen das produzierende Gewerbe sowie die Dienstleistungsbereiche „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“, „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“, „Kredit- und Versicherungsgewerbe“ und „Unternehmensnahe Dienstleistungen“. Ab dem Jahr 2007 soll der gesamte Dienstleistungsbereich abgebildet werden. Die in die Berechnung des Arbeitskostenindex einfließenden Daten stammen aus einer Vielzahl von bestehenden Statistiken, eine neue, eigenständige Erhebung wird hierfür nicht durchgeführt. Die Entwicklung der geleisteten Arbeitsstunden wird der Arbeitszeitberechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) entnommen.

Quelle: Statistisches Bundesamt

### Gesetzliche Sozialversicherung 2005: Defizit 3,3 Milliarden EUR



In der gesetzlichen Sozialversicherung ergab sich 2005 ein Defizit in Höhe von 3,3 Milliarden EUR. Im Jahr zuvor hatte sich ein Überschuss von 2,1 Milliarden EUR ergeben.

Defizit und Überschuss errechnen sich dabei aus der Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen. Die Ausgaben der Sozialversicherung lagen 2005 bei 469,0 Milliarden EUR und fielen damit um 0,6 Prozent höher aus als 2004. Die Einnahmen sanken um 0,5 Prozent auf 465,7 Milliarden EUR.

Die gesetzliche Krankenversicherung schloss mit 1,5 Milliarden EUR als einziger Zweig der gesetzlichen Sozialversicherung 2005 mit einem Überschuss ab, jedoch fiel dieser im Vergleich zum Vorjahr (4,0 Milliarden EUR) erheblich niedriger aus. Die Ausgaben stiegen 2005 um 2,4 Prozent

auf 142,3 Milliarden EUR. Besonders stark erhöhten sich die Aufwendungen für Arznei-, Verband- und Hilfsmittel um 16,3 Prozent auf 23,7 Milliarden EUR. Maßgeblich dafür war die zu Beginn des Jahres in Kraft getretene Reduktion des gesetzlich vorgeschriebenen Herstellerrabatts von 16 Prozent auf 6 Prozent. Auch die Ausgaben für Krankenhausbehandlungen (+ 2,9 Prozent auf 47,2 Milliarden EUR) sowie für Schwangerschaft und Mutterschaft (+ 1,8 Prozent auf 3,1 Milliarden EUR) erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr.

Deutlich reduziert (– 11,8 Prozent auf 10,0 Milliarden EUR) haben sich dagegen die Ausgaben für zahnärztliche Behandlung einschließlich Zahnersatz, unter anderem wohl auf Grund der Einführung eines neuen Entgeltsystems ab 2005.

Die Ausgaben für Krankengeld fielen 2005 mit 5,9 Milliarden EUR um 7,8 Prozent geringer aus als noch im Jahr zuvor; vor allem wegen des niedrigsten Krankenstandes seit Einführung der Lohnfortzahlung im Jahr 1970.

Die Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung stiegen um 0,6 Prozent auf 143,7 Milliarden EUR, wobei 139,9 Milliarden EUR auf Beitragseinnahmen entfielen.

Mit einem Anstieg um 2,9 auf 4,3 Milliarden EUR erhöhte sich das Defizit der gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten deutlich, insbesondere weil im Jahr 2005 die Einnahmen mit 228,5 Milliarden EUR um 2,2 Milliarden EUR geringer ausfielen als 2004. Damals hatte es einmalige Erlöse aus der Veräußerung der Beteiligung an der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Angestellten-Heimstätten (GAGFAH) in Höhe von 2,1 Milliarden EUR gegeben. Die Ausgaben blieben 2005 nahezu unverändert (+ 0,2 Prozent auf 232,7 Milliarden EUR). Ein weiterer Grund für die geringeren Einnahmen waren gesunkene Beitragseinnahmen (– 0,2 Prozent auf 156,3 Milliarden EUR) infolge hoher Arbeitslosigkeit und einer verhaltenen Lohnentwicklung. Leicht angestiegen (+ 0,3 Prozent auf 17,3 Milliarden EUR) sind dagegen die Einnahmen aus dem zusätzlichen Bundeszuschuss, der aus den Einnahmen der Ökosteuer finanziert wurde.

Die gesetzliche Pflegeversicherung schloss 2005 mit einem gegenüber dem Vorjahr geringeren Defizit von 0,4 Milliarden EUR ab (2004: – 0,8 Milliarden EUR).

Die Differenz zwischen den eigenen Einnahmen und Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit wird nach Paragraph 365 Sozialgesetzbuch III durch einen Bundeszuschuss ausgeglichen. Während der Bund im Vorjahr noch 4,2 Milliarden EUR zuschießen musste, waren es 2005 nur 0,4 Milliarden EUR. Zurückzuführen ist das unter anderem auf gesunkene Ausgaben für das Arbeitslosengeld (– 7,1 Prozent auf 27,0 Milliarden EUR) sowie eine um 2,5 auf 2,8

Milliarden EUR gestiegene Verwaltungskostenerstattung des Bundes im Rahmen der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe (Hartz IV) zu Beginn des Jahres 2005.

Die Ausgaben, Einnahmen und der Finanzierungssaldo zur Sozialversicherung entsprechen der Abgrenzung der Finanzstatistik und dürfen wegen der methodischen Unterschiede nicht mit den Ausgaben, Einnahmen und dem Finanzierungssaldo der Sozialversicherung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) verwechselt werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt

## Aus Europa

### Arbeitslosenquote der Eurozone unverändert bei 8,0 Prozent



Im April 2006 betrug die saisonbereinigte Arbeitslosenquote in der Eurozone 8,0 Prozent und blieb damit gegenüber März 2006 unverändert. Im April 2005 hatte sie bei 8,7 Prozent gelegen. Die Arbeitslosenquote in den 25 Mitgliedstaaten der EU belief sich im April 2006 auf 8,3 Prozent und blieb damit gegenüber März unverändert. Im April 2005 hatte sie 8,9 Prozent betragen.

Die niedrigsten Quoten wurden im April 2006 in den Niederlanden (3,8 Prozent), Dänemark (4,3 Prozent im März), Irland (4,3 Prozent), Luxemburg (4,8 Prozent) und Österreich (4,9 Prozent) verzeichnet. Die höchsten Arbeitslosenquoten meldeten Polen (16,5 Prozent), die Slowakei (15,5 Prozent), Griechenland (9,6 Prozent im vierten Quartal 2005), Frankreich (8,9 Prozent) und Malta (8,5 Prozent).

Siebzehn Mitgliedstaaten verzeichneten über ein Jahr betrachtet einen Rückgang der Arbeitslosenquote, und in sieben stieg sie an. Die Quote ging relativ gesehen am stärksten in Estland (von 8,3 Prozent auf 5,1 Prozent), Litauen (von 9,2 Prozent auf 6,0 Prozent), den Niederlanden (von 4,9 Prozent auf 3,8 Prozent) und Dänemark (von 5,4 Prozent im März 2005 auf 4,3 Prozent im März 2006) zurück. Den stärksten relativen Anstieg verzeichneten Zypern (von 5,2 Prozent auf 6,3 Prozent), Malta (von 7,3 Prozent auf 8,5 Prozent), Slowenien (von 6,2 Prozent auf 7,0 Prozent), das Vereinigte Königreich (von 4,6 Prozent im Februar 2005 auf 5,1 Prozent im Februar 2006) und Luxemburg (von 4,4 Prozent auf 4,8 Prozent).

Vergleicht man April 2006 mit April 2005, so sank die Arbeitslosenquote der Männer in der Eurozone von 7,6 Pro-

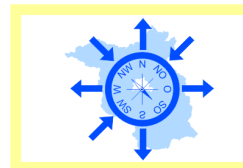
zent auf 6,9 Prozent und in den 25 Mitgliedstaaten der EU von 8,0 Prozent auf 7,4 Prozent. Die Arbeitslosenquote der Frauen verringerte sich in der Eurozone von 10,2 Prozent auf 9,3 Prozent und in den 25 Mitgliedstaaten der EU von 9,9 Prozent auf 9,3 Prozent.

Die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen betrug im April 2006 in der Eurozone 17,1 Prozent und in den 25 Mitgliedstaaten der EU 18,0 Prozent. Im April 2005 hatte sie bei 18,0 Prozent bzw. 18,8 Prozent gelegen. Die niedrigsten Quoten für die unter 25-Jährigen wurden in den Niederlanden (5,7 Prozent), Dänemark (8,4 Prozent im März), Irland (8,9 Prozent) und in Österreich (9,6 Prozent) verzeichnet, die höchsten in Polen (33,6 Prozent), der Slowakei (30,0 Prozent) und in Griechenland (26,4 Prozent im vierten Quartal 2005).

In den USA lag die Arbeitslosenquote im April 2006 bei 4,7 Prozent, in Japan bei 4,1 Prozent.

Quelle: Eurostat

### Handelsbilanzdefizit der 25 Mitgliedsstaaten der EU mit Russland 2005 bei mehr als 50 Milliarden EUR



Der Warenhandel der 25 Mitgliedstaaten der EU mit Russland hat sich zwischen 1999 und 2005 wertmäßig mehr als verdreifacht: Die Ausfuhren stiegen von 16,6 Milliarden auf 56,4

Milliarden EUR, die Einfuhren von 34,3 Milliarden auf 106,7 Milliarden EUR. Infolgedessen weitete sich das Defizit der EU-Mitgliedstaaten im Handel mit Russland von 17,6 Milliarden im Jahr 1999 auf 50,3 Milliarden EUR im Jahr 2005 aus. Grund für das gestiegene Defizit waren die Energieeinfuhren, die sich von 17,6 Milliarden EUR im Jahr 1999 auf 70,6 Milliarden EUR im Jahr 2005 erhöhten.

Der Anteil Russlands am gesamten Warenverkehr der 25 Mitgliedstaaten der EU mit dem Ausland hat sich von 1999 bis 2005 verdoppelt. 2005 entfielen auf Russland gut 5 Prozent der Exporte aus den EU-Mitgliedstaaten und 9 Prozent der Importe in die 25 Mitgliedstaaten der EU, damit war Russland nach der USA und China der drittgrößte Handelspartner der 25 Mitgliedstaaten der EU.

Im Jahr 2005 beliefen sich die Ausfuhren von Grundstoffen aus den 25 Mitgliedstaaten der EU nach Russland auf 5,7 Milliarden EUR und die Einfuhren in die EU-Mitgliedstaaten auf 75,5 Milliarden EUR, woraus sich ein Defizit von 69,8 Milliarden EUR ergab. Die Ausfuhren von Industrieerzeugnissen aus den 25 Mitgliedstaaten der EU nach Russland hatten einen Wert von 49,5 Milliarden EUR, die Einfuhren einen Wert von 16,9 Milliarden EUR, dies führte zu einem Überschuss von 32,6 Milliarden EUR.

Die Hälfte der Exporte der 25 Mitgliedstaaten der EU nach Russland im Jahr 2005 waren Maschinen und Fahrzeuge, während Energie zwei Drittel der Importe ausmachte. Auf stärker untergliederter Ebene waren die wichtigsten Ausfuhren aus den 25 Mitgliedstaaten der EU nach Russland Rundfunk- und Sprechfunksendegeräte, Arzneimittel, Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge, Computer und Computerteile sowie Waschmaschinen, während die wichtigsten Einfuhren Öl, Gas, Kohle und Nickel waren.

Von den 25 Mitgliedstaaten der EU war Deutschland im Jahr 2005 mit 17,2 Milliarden EUR oder 30 Prozent der Gesamtausfuhren bei weitem der größte Exporteur nach Russland, gefolgt von Italien (6,1 Milliarden oder 11 Prozent) und Finnland (6,0 Milliarden oder 11 Prozent). Deutschland (20,7 Milliarden oder 19 Prozent) war auch der wichtigste Importeur, vor Italien (11,8 Milliarden oder 11 Prozent) und den Niederlanden (10,8 Milliarden oder 10 Prozent).

Nur fünf Mitgliedstaaten wiesen im Jahr 2005 sehr geringe Überschüsse im Handel mit Russland aus, die übrigen zwanzig Mitgliedstaaten verzeichneten Defizite. Die höchsten Defizite wurden von den Niederlanden (– 6,3 Milliarden), Italien (– 5,7 Milliarden), dem Vereinigten Königreich (– 4,7 Milliarden), Frankreich (– 4,3 Milliarden) und Spanien (– 4,0 Milliarden) gemeldet.

Quelle: Eurostat

#### In den 25 Mitgliedstaaten der EU lebten 2004 rund 25 Millionen Ausländer



Nach den jüngsten Schätzungen belief sich die Gesamtzahl der Ausländer – Personen, die nicht Staatsangehörige des Landes sind, in dem sie leben – im Jahr 2004 in den 25 Mitgliedstaaten

der EU auf rund 25 Millionen. Dies entspricht knapp 5,5 Prozent der Gesamtbevölkerung der EU-Mitgliedstaaten.

Aufgrund einiger Abweichungen der Begriffe, Definitionen und Datenquellen sowie unterschiedlicher Regeln über den Erwerb der Staatsangehörigkeit ist die internationale Vergleichbarkeit von Angaben über Ausländer etwas eingeschränkt. Dennoch lassen sich auf der Grundlage der verfügbaren Daten einige Aussagen machen.

Die Mehrzahl der in den EU-Mitgliedstaaten lebenden Ausländer waren Staatsbürger aus Nicht-EU-Ländern. In einigen Ländern kamen die Ausländer jedoch mehrheitlich aus anderen Mitgliedstaaten der EU.

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung zeigte in fast allen Mitgliedstaaten eine steigende Tendenz.

#### Ausländische Bevölkerung in den EU-Mitgliedstaaten 1990 und 2004

Staat	Anteil Ausländer		Land der Staatsangehörigkeit der größten Gruppe von Ausländern
	1990	2004	
	%		
Belgien	8,9	8,3	Italien
Tschechische Rep.	0,3	1,9	Ukraine
Dänemark	2,9	5,0	Türkei
Deutschland	6,1	8,9	Türkei
Estland	...	20,0	Russland <sup>1)</sup>
Griechenland	1,4	8,1	Albanien
Spanien	1,0	6,6	Ecuador
Frankreich	6,3	5,6	Portugal
Irland	2,3	7,1	Vereinig. Königr.
Italien	0,6	3,4	Albanien
Zypern	4,2	9,4	Griechenland
Lettland	27,3	22,2	Russland <sup>1)</sup>
Litauen	...	1,0	Russland
Luxemburg	28,7	38,6	Portugal
Ungarn	1,3	1,3	Rumänien
Malta	1,6	2,8	Vereinig. Königr.
Niederlande	4,3	4,3	Türkei
Österreich	5,7	9,4	Serbien/Monten.
Polen	...	1,8	Deutschland
Portugal	1,0	2,3	Kap Verde
Slowenien	2,4	2,3	Bosnien-Herzeg.
Slowakei	...	0,6	Tschechische Rep.
Finnland	0,4	2,0	Russland
Schweden	5,3	5,3	Finnland
Vereinigtes Königr.	4,2	4,7	Irland

1) In diesen beiden EU-Mitgliedstaaten sind die meisten Ausländer Staatsbürger der ehemaligen Sowjetunion, die zwar ihren ständigen Wohnsitz in diesen Ländern haben, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion aber nicht die Staatsangehörigkeit des Aufnahmelandes oder eines anderen Landes angenommen haben.

In der ausländischen Bevölkerung überwogen die jungen Erwachsenen: 41 Prozent waren zwischen 20 und 39 Jahre alt, gegenüber 28 Prozent bei den Inländern. Bei den Anteilen der Kinder und Jugendlichen gibt es keine wesentlichen Unterschiede: 20 Prozent der Ausländer waren unter 20 Jahre alt, gegenüber 23 Prozent der Inländer. Nur 9 Prozent der Ausländer waren 65 Jahre oder älter, gegenüber 17 Prozent der Inländer.

Quelle: Eurostat



## Wirtschaftstrends im Überblick – März 2006

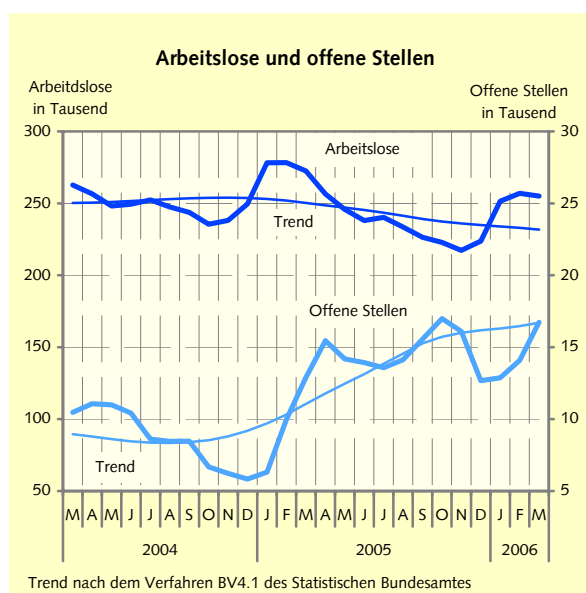
Die Anzahl der brandenburgischen Arbeitslosen verminderte sich im März 2006 im Vergleich zum März 2005 um 6,4 Prozent; das waren 17 456 Personen weniger. Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug aktuell 20,8 Prozent. Im Wirtschaftszweig des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigten der Produktionsindex, der Gesamtumsatz und der Auftragseingangindex eine weiterhin langfristig und stabil steigende Tendenz, allerdings bei leicht sinkenden Beschäftigtenzahlen. Das Bauhauptgewerbe befindet sich dagegen nach wie vor in einer schwierigen Situation; neben der Beschäftigtenzahl waren auch die Auftragseingänge und der Gesamtumsatz rückläufig. Der brandenburgische Einzelhandel meldete langfristig leicht fallende nominale Umsätze bei ebenfalls sinkenden Beschäftigtenzahlen. Im Gastgewerbe verzeichnete der nominale Umsatz auch eine leicht fallende Entwicklung, wobei die Beschäftigtenzahlen zulegten. Die brandenburgischen Aus- und Einfuhren stiegen – nach wie vor ungebrochen – sehr lebhaft, die Einfuhren stärker als die Ausfuhren. Der Verbraucherpreisindex stieg langfristig wieder stärker; die Inflationsrate lag bei 2,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat.

Die aktuelle **IHK-Umfrage zum Frühsommer 2006** in den drei brandenburgischen Kammerbezirken – Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam – war durch eine einheitlich gute Stimmung gekennzeichnet. Besonders das Verarbeitende Gewerbe und die Dienstleistungen berichteten von einer deutlich verbesserten Geschäftslage, während das Baugewerbe, der Handel und das Gastgewerbe etwas zurückhaltendere Einschätzungen abgegeben haben.

Von den brandenburgischen Arbeitsämtern wurden Ende März 2006 mit 255 072 Personen rund 0,7 Prozent weniger **Arbeitslose** als im Februar 2006 registriert. Im Vergleich zum März 2005 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 6,4 Prozent, das entspricht 17 456 Personen, ab. Die Arbeitslosenquote Brandenburgs betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 20,8 Prozent und auf Basis

aller zivilen Erwerbspersonen 19,0 Prozent. Das sind gegenüber dem Vorjahresmonat jeweils 1,3 Prozentpunkte weniger. Damit liegt die brandenburgische Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 7,0 bzw. auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 7,4 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber 0,3 bzw. 0,5 Prozentpunkte unter den ostdeutschen Werten. Dabei ist zu beachten, dass zum Jahreswechsel 2004/2005 bei beiden Kennziffern auf Grund der veränderten gesetzlichen Bestimmungen und methodischen Änderungen ein Zuwachs von etwa 2 Prozentpunkten auftrat. Insgesamt war bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Anzahl der Arbeitslosen eine deutlich fallende Tendenz feststellbar. Die gemeldeten **offenen Stellen** haben sich seit dem März vorigen Jahres um 3 831 oder um fast 30 Prozent erhöht. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag damit im aktuellen Monat bei 1 zu 15,2. Bemerkenswert ist ferner, dass die Anzahl der in ABM, Weiterbildung und in Kurzarbeit befindlichen Personen im Vergleich zum Vorjahresmonat um 33 Prozent gefallen ist. Beim Vergleich der entsprechenden 12-monatigen Mittelwerte sind es sogar minus 47 Prozent.

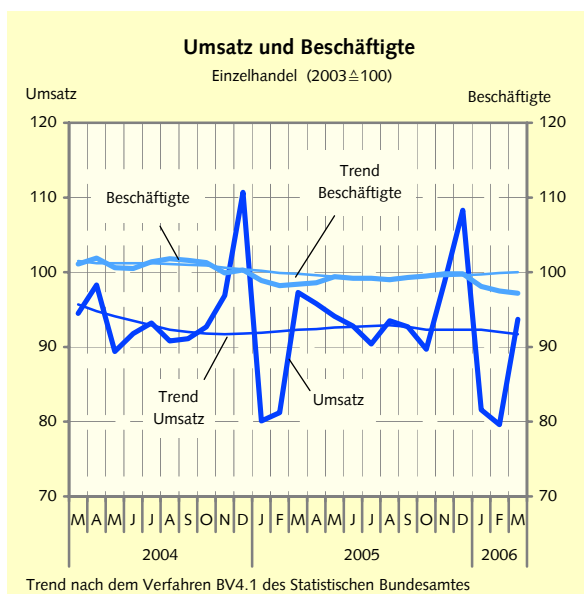
Die im Monat März 2006 im **Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** berichtspflichtigen 1 065 brandenburgischen Betriebe erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 761,8 Millionen EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 216,2 Millionen EUR bzw. 14,0 Prozent überboten. Im gleichen Zeitraum stieg der Auftragseingangindex des Verarbeitenden Gewerbes um 8,0 Prozent und der Index der Nettoproduktion sogar um 20,0 Prozent. Der Trend der letzten zwei Jahre ist, trotz größerer Schwankungen, ungebrochen: leicht sinkende Beschäftigtenzahlen bei stärker steigendem Umsatz. Die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) stieg seit dem Beginn der





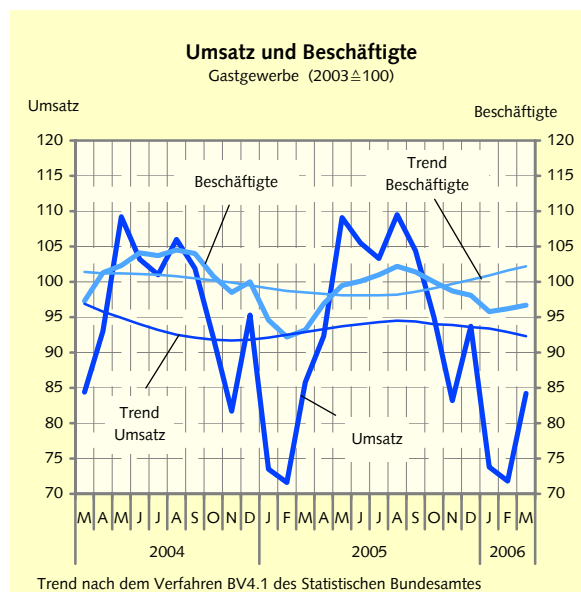
März 2006) um 10,5 Prozent. Gegenüber dem weniger aussagefähigen Vergleich zum Vorjahresmonat waren es 1 473 Beschäftigte oder 9,0 Prozent weniger. Der Umsatz je Beschäftigten folgte der saisonalen Schwankung des Umsatzes, während der Trend fast gleich bleibend war.

Beim nominalen Umsatz-Index im brandenburgischen **Einzelhandel** zeigte sich in den letzten 12 Monaten, bei den bekannten großen saisonalen Schwankungen, eine leicht fallende Tendenz. Die Veränderung zum Vorjahresmonat betrug zwar – 3,7 Prozent, doch beim Vergleich der letzten 12 Monate zum entsprechenden Vorjahreszeitraum ergab sich lediglich ein Minus von 0,2 Prozent. Die saisonale Schwankung der Anzahl der Beschäftigten ist nicht so ausgeprägt wie beim Umsatz. Während der Trend bei den Beschäftigten weiter fallend ist, scheint er sich beim Umsatz etwas zu stabilisieren. Die Beschäftigten-Kennziffern lauten: – 1,2 Prozent für März 2006 zum März 2005 und – 1,5 Prozent für den Vergleich der entsprechenden 12-monatigen Zeiträume.

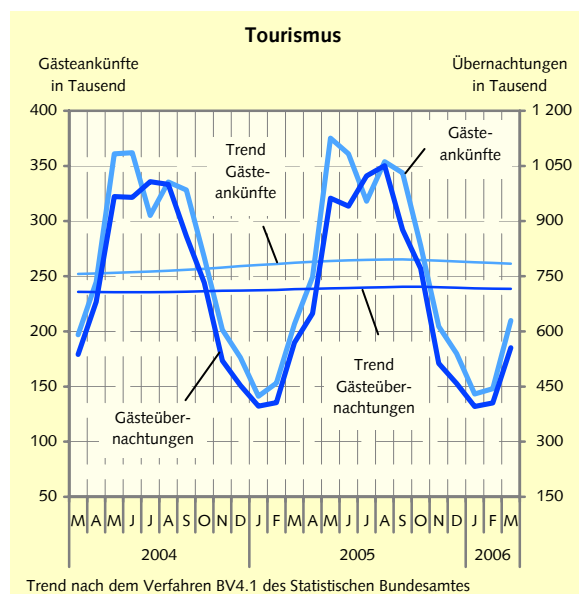


Im ebenfalls saisonal geprägten **Gastgewerbe** war beim nominalen Umsatz im Vergleich zum März 2005 eine Veränderung von – 1,9 Prozent und im Vergleich der Jahreszeiträume ein Zuwachs von 1,0 Prozent feststellbar. Der Index der Beschäftigtenanzahl stieg im Vergleich zum Vor-

jahresmonat um 3,8 Prozent, aber im Jahresvergleich fiel er um 1,1 Prozent.

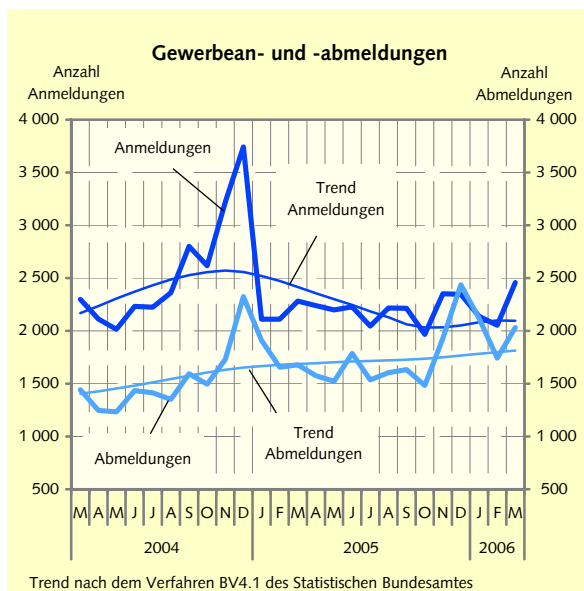


Im März 2006 betrug die Anzahl der **Übernachtungen** 555,6 Tausend, gegenüber dem März 2005 waren es 2,5 Prozent weniger. Beim Vergleich des jährlichen Zeitraumes ergibt sich ein Plus von 0,5 Prozent. Im Durchschnitt entfielen auf jeden Gast im März 2006 etwa 2,6 Übernachtungen.

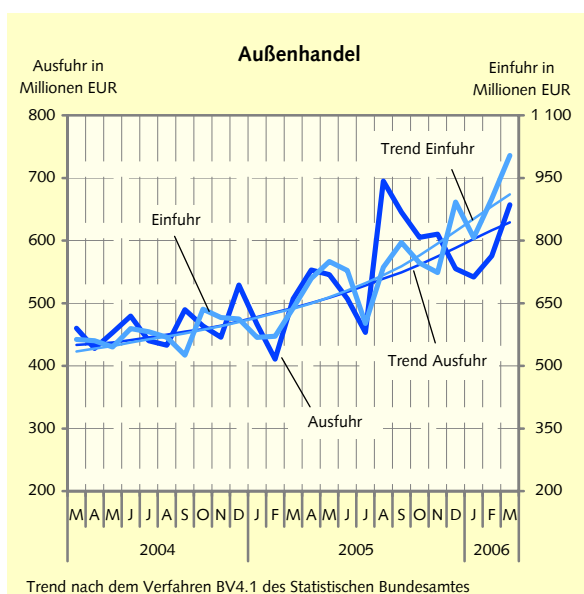




Die Zahl der **Gewerbeanmeldungen** erhöhte sich gegenüber dem März 2005 um 7,7 Prozent. Seit Januar 2005 ist wieder eine stabile Seitwärtsbewegung etwa auf dem Niveau von knapp über 2 000 Gewerbeanmeldungen pro Monat erkennbar. Die Zahl der Gewerbeabmeldungen steigen tendenziell an, liegen aber seit dem Januar 2006 wieder unter den Anmeldungen.



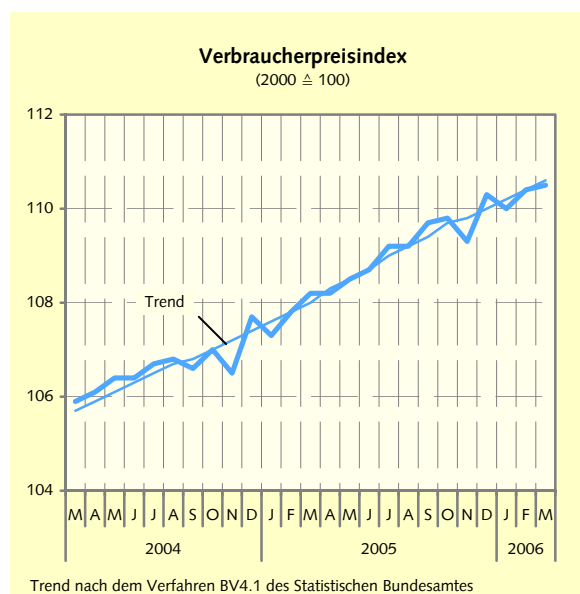
Beim **Außenhandel** erreichte der gesamte Exportwert der brandenburgischen Wirtschaft im März 2006 ein Volumen von 657,1 Millionen EUR und lag damit um fast 30 Prozent über dem Ergebnis des Vorjahresmonats. Bei den Vergleichen zum laufenden Jahr ergab sich ein Plus



von 25,2 Prozent. In der Grafik ist sowohl für die Exporte (Generalhandel) als auch für die Importe (Spezialhandel) ein langfristiger Aufwärtstrend zu beobachten. Eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des brandenburgischen Außenbeitrags ist aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht möglich. Erstmals seit Bestehen des Landes Brandenburg wurde im März 2006 mit 1 003,4 Millionen EUR die Ein-Milliarden-Grenze beim Import überschritten.

Bei den **Unternehmensinsolvenzen** ist ein nahezu konstanter Trend erkennbar. Sie pendelten langfristig um knapp über 100 Insolvenzen pro Monat. Bei den Insolvenzen der übrigen Schuldner ist, bis auf einige kurzfristige Rückgänge, eine kontinuierlich steigende Tendenz zu beobachten. Im Monat März 2006 stiegen die Insolvenzen der übrigen Schuldner gegenüber dem Vorjahresmonat um fast 90 Prozent auf 436 Fälle an. Im gleichen Monat waren es dagegen bei den Unternehmensinsolvenzen 108 Fälle, das sind – 12,2 Prozent zum März 2005. Im Vergleich der Jahreszeiträume sind es jedoch „nur“ – 4,2 Prozent.

Der **Verbraucherpreisindex** als Indikator der Inflation der Verbraucherpreise lag im Monat März 2006, bezogen auf das Jahr 2000, bei 110,5. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen März 2005 und März 2006, ergab sich damit der Wert von + 2,4 Prozent. Die Änderungsrate befand sich damit auf dem Niveau der jährlichen Vergleichswerte. Im langfristigen Vergleich der Jahresraten des Preisindex ist eine „schleichende“ Erhöhung – ausgehend von etwa einem Prozent im Jahr 2003 auf aktuell über zwei Prozent – erkennbar.



Entwicklung der konjunkturellen Lage in Brandenburg im März 2006  
(Basis: Originalwerte, Stand vom 07.06.2006)

Merkmal	Einheit	März 2006		Januar 2006 – März 2006		April 2005 – März 2006	
		absolut	Veränderung zum Vorjahresmonat	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahreszeitraum	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahreszeitraum
			%		%		%
Arbeitsmarkt <sup>1)</sup>							
Arbeitslose	Anzahl	255 072	– 6,4	254 538	– 7,9	239 000	– 6,0
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe <sup>2)</sup>							
Auftragseingangsindex <sup>3)</sup>	2000 $\triangleq$ 100	131,9	+ 8,0	132,5	+ 17,9	126,4	+ 10,2
Produktionsindex	2000 $\triangleq$ 100	146,7	+ 20,0	131,2	+ 11,7	130,5	+ 4,4
Gesamtumsatz	Mill. EUR	1 761,8	+ 14,0	1 552,3	+ 7,8	1 588,6	+ 5,5
Beschäftigte	1000	83,3	– 0,3	83,0	– 0,8	83,9	– 1,3
Bauhauptgewerbe <sup>2)</sup>							
Auftragseingang	Mill. EUR	118,5	– 10,6	88,7	– 6,3	130,2	– 2,8
Gesamtumsatz	Mill. EUR	86,5	– 20,1	74,6	– 19,4	160,3	– 8,5
Beschäftigte	1000	14,8	– 9,0	14,8	– 9,8	17,0	– 10,5
Einzelhandel <sup>4)</sup>							
Umsatz nominal	2003 $\triangleq$ 100	93,7	– 3,7	5,0	– 1,4	92,6	– 0,2
Beschäftigte	2003 $\triangleq$ 100	97,2	– 1,2	97,6	– 0,9	98,9	– 1,5
Gastgewerbe							
Umsatz nominal	2003 $\triangleq$ 100	84,2	– 1,9	76,6	– 0,5	93,8	+ 1,0
Beschäftigte	2003 $\triangleq$ 100	96,7	+ 3,8	96,2	+ 3,1	98,9	– 1,1
Außenhandel							
Ausfuhr	Mill. EUR	657,1	+ 29,6	591,5	+ 28,2	578,7	+ 25,2
Einfuhr	Mill. EUR	1 003,9	+ 57,3	903,7	+ 52,6	782,8	+ 34,0
Tourismus <sup>5)</sup>							
Gästekünfte	1 000	209,8	+ 1,5	167,0	+ 0,0	263,7	+ 2,7
Gästeübernachtungen	1 000	555,6	– 2,5	452,4	– 1,1	716,8	+ 0,5
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen							
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 458,0	+ 7,7	2 216,3	+ 2,2	2 204,7	– 11,3
Insolvenzen von Unternehmen	Anzahl	108,0	– 12,2	95,3	– 9,8	100,9	– 4,2
Insolvenzen übriger Schuldner	Anzahl	436,0	+ 89,6	406,7	+ 76,0	349,0	+ 43,8
Verbraucherpreisindex	2000 $\triangleq$ 100	110,5	+ 2,1	110,3	+ 2,4	109,5	+ 2,4

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Die Daten gelten 3 Monate als vorläufig. Ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeit Suchende. Vergleichbarkeit zu früheren Monaten nur bedingt gewährleistet.

2) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) Für das Verarbeitende Gewerbe

4) Ohne Tankstellen und Kfz

5) Ohne Campingplätze

## Konsumausgaben privater Haushalte im Land Brandenburg

– Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 –

*Die durchschnittlichen Ausgaben für den privaten Konsum aller Privathaushalte im Land Brandenburg lagen 2003 monatlich bei 1 895 EUR. Das sind 5,2 Prozent bzw. 94 EUR mehr als 1998.*

*Die mit Abstand höchsten Ausgaben tätigten die privaten Haushalte nach wie vor für den Bereich Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung. Dafür wurde im Land Brandenburg 2003 fast ein Drittel des gesamten Konsumbudgets ausgegeben. Zweitgrößte Konsumposition ist weiterhin der Bereich Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren, gefolgt von den Ausgaben für Verkehr sowie Freizeit, Unterhaltung und Kultur. Am wenigsten gaben die brandenburgischen Haushalte 2003 für das Bildungswesen aus.*

*Höhe und Struktur des privaten Konsums werden durch eine Reihe von Einflussfaktoren bestimmt. So nehmen mit zunehmenden Haushaltsnettoeinkommen die Anteile der Ausgaben für das Wohnen und für die Ernährung ab. Einpersonenhaushalte wenden für Letzteres einen niedrigeren Anteil auf als Mehrpersonenhaushalte, sind aber deutlich stärker mit Wohnausgaben belastet. Haushalte von Arbeitslosen haben die höchsten Ausgabenanteile für die Befriedigung der Grundbedürfnisse (Ernährung, Kleidung, Wohnen), die von Selbstständigen und Beamten dagegen die niedrigsten Anteile.*

*Größe und Struktur des privaten Konsums werden in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe nachgewiesen und im Folgenden näher betrachtet. Dabei werden auch insbesondere Fragen zur Veränderung der Konsumsituation und den Schwerpunkten, die private Haushalte im Ausgabenverhalten setzen, untersucht.*

### Vorbemerkungen

Mit den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) werden neben den bereits in früheren Beiträgen ausführlich behandelten Themen, wie Ausstattung, Wohnsituation, Vermögen und Schulden, Einnahmen und Ausgaben, vor allem sehr detaillierte Daten über das Konsumverhalten privater Haushalte bereitgestellt.

In den nachfolgend dargestellten Ergebnissen wird neben der Höhe die Struktur des privaten Konsums der Haushalte im Land Brandenburg untersucht. Dabei werden auch Einflussfaktoren, wie das Haushaltsnettoeinkommen, die soziale Stellung sowie Haushaltsgröße und Haushaltstyp, betrachtet.

Der private Konsum im Sinne der EVS umfasst alle Ausgaben privater Haushalte für Käufe von Waren und Dienstleistungen. Dazu zählen auch bestimmte unterstellte Käufe, wie der Mietwert von Eigentumswohnungen, Sachleistungen von Arbeitgebern zugunsten ihrer Arbeitnehmer sowie Sachentnahmen von Selbstständigen aus dem eigenen Betrieb.

Weiterhin gehören die Käufe von Sachgeschenken für haushaltsfremde Personen sowie die Ausgaben für den Garten oder die Kleintierhaltung dazu.

Nicht im privaten Konsum berücksichtigt werden z. B. Vorratsveränderungen und Abschreibungen auf Gebrauchsgüter sowie der Verbrauch der im Haushalt erzeugten Waren und Dienstleistungen. Für Letztere erscheint in den Ausgaben nur der Wert der dafür bezogenen Materialien, Zutaten usw. Auch nicht erfasst wird der Wertzuwachs der selbst produzierten oder zubereiteten Güter.

Ebenso nicht oder nicht mit ihrem vollen Wert sind in den Konsumausgaben solche Waren und Dienstleistungen enthalten, die den privaten Haushalten infolge staatlicher Leistungen kostenlos oder verbilligt überlassen werden. Dazu zählt z. B. der kostenlose Schulbesuch, die preisreduzierte Eintrittskarte für Rentner, Studierende oder Arbeitslose. Ferner sind Einkommensübertragungen, wie Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und auch Sachgeschenke von anderen privaten Haushalten, nicht erfasst.

Bei der Darstellung der Struktur des privaten Konsums werden folgende Bereiche unterschieden:

- ☐ Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren
- ☐ Bekleidung und Schuhe
- ☐ Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung
- ☐ Innenausstattung, Haushaltsgeräte, -gegenstände
- ☐ Gesundheitspflege
- ☐ Verkehr

- ❑ Nachrichtenübermittlung
- ❑ Freizeit, Unterhaltung und Kultur
- ❑ Bildungswesen
- ❑ Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen
- ❑ Andere Waren und Dienstleistungen

In einem späteren Beitrag werden gesondert dargestellt: detaillierte Ergebnisse zur Höhe, Struktur und Veränderung der Ausgaben brandenburgischer Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren.

Infolge konzeptioneller Änderungen und der EUR-Umstellung ist der Vergleich der Ergebnisse der EVS 2003 zur EVS 1998 in Teilbereichen nur eingeschränkt bzw. nach Umrechnungen möglich.

### Aufwendungen für den privaten Konsum

Im Schnitt gaben die brandenburgischen Haushalte 2003 monatlich 1 895 EUR für den privaten Konsum aus. Das waren fast vier Fünftel (78,4 Prozent) ihrer ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen.

Gegenüber 1998 (81,9 Prozent) ist trotz eines Anstiegs der Konsumausgaben ein Rückgang der Konsumquote um 3,5 Prozentpunkte festzustellen. Insgesamt gaben die brandenburgischen Haushalte 2003 durchschnittlich 94 EUR bzw. 5,2 Prozent pro Monat mehr für den privaten Konsum aus als 1998. Dabei fällt seit Ende der 90er Jahre eine deutliche Konsumzurückhaltung auf, denn 1998 erhöhten die brandenburgischen Haushalte gegenüber 1993 ihren privaten Konsum noch um 23,7 Prozent. Offensichtlich ist eine wachsende Zahl von Haushalten nicht mehr Willens oder in der Lage, die Konsumausgaben weiter zu erhöhen.

#### Einkommen, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte im Land Brandenburg 1998 und 2003 – Durchschnitt je Haushalt und Monat –

Einkommen, Einnahmen und Ausgaben	1998		2003		Veränderung 2003 gegenüber 1998	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%
<b>Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen</b>	<b>2 200</b>	<b>100</b>	<b>2 417</b>	<b>100</b>	<b>+ 217</b>	<b>+ 9,9</b>
davon:						
Privater Konsum	1 801	81,9	1 895	78,4	+ 94	+ 5,2
Übrige Ausgaben	203	9,2	256	10,6	+ 53	+ 26,1
Ersparnis	195	8,9	267	11,0	+ 72	+ 36,9

Obwohl sich das Haushaltsnettoeinkommen von 1998 bis 2003 um 10,3 Prozent erhöht hat, verwendeten die brandenburgischen Haushalte 2003 einen kleineren Teil ihrer Einkommen und Einnahmen für den privaten Konsum als fünf Jahre zuvor. Dies erfolgte zugunsten der Ersparnisbildung und der übrigen Ausgaben bzw. der Aufwendungen für Nicht-Konsumzwecke, wie Versicherungsbeiträge, sonstige Steuern und Kreditzinsen. Im Gegensatz zum Anteil der Konsumausgaben haben in den fünf Jahren zwischen 1998 und 2003 diese beiden Anteile an den ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen deutlich zugenommen.

### Struktur des privaten Konsums

Gut die Hälfte der Ausgaben für den privaten Konsum (51,7 Prozent) verwendeten die brandenburgischen Haushalte 2003 für Ernährung, Bekleidung und Wohnen; das waren durchschnittlich 980 EUR im Monat. Damit gaben die privaten Haushalte im Land Brandenburg für die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse im Durchschnitt zwar 48 EUR mehr im Monat aus als 1998, der dafür aufgewendete Kostenanteil an den Konsumausgaben insgesamt blieb aber konstant.

Die Ausgaben für Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung waren mit Abstand der größte Posten im Budget der brandenburgischen Haushalte.

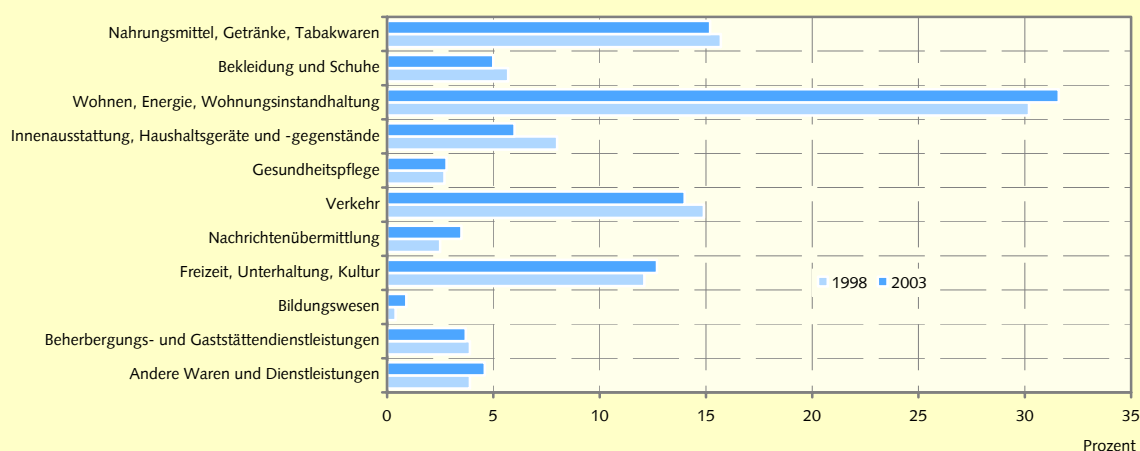
Den zweitgrößten Anteil der Ausgaben für den privaten Konsum beanspruchten auch 2003 die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren ohne Verpflegung außer Haus, wie Essen und Trinken in Restaurants, Mensen, Kantinen u. Ä.

Die Aufwendungen für Güter im Bereich Verkehr bildeten 2003 wieder den drittgrößten Bestandteil; gefolgt von den Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur, die mit deutlichem Abstand zu den nachfolgenden Ausgabengruppen an vierter Stelle standen.

Anteilmäßig am geringsten waren 2003 im Land Brandenburg trotz einer Erhöhung gegenüber 1998 die Ausgaben privater Haushalte für die Gesundheitspflege und das Bildungswesen (z. B. Nachhilfeunterricht, Kinderbetreuung).

Auch im Land Brandenburg hat sich die Struktur der Konsumausgaben von 1998 bis 2003 verändert. Dies ist sowohl auf Veränderungen der Konsumgewohnheiten zurückzuführen, als auch auf exogene Größen, die die privaten Haushalte zu Anpassungen ihres Ausgabenverhaltens veranlassen.

**Struktur der Konsumausgaben privater Haushalte im Land Brandenburg 1998 und 2003**  
– Durchschnitt je Haushalt und Monat –



Die brandenburgischen Haushalte haben zwischen 1998 und 2003 deutliche Schwerpunkte im Ausgabenverhalten gesetzt. So nahm vor allem die Bedeutung der Nachrichtenübermittlung und des Bildungswesens im Ausgabenbudget zu. Ebenso erhöhten sich die Ausgaben für andere Waren und Dienstleistungen, wie z. B. Friseur, Körperpflegeartikel, Uhren, Schmuck, Taschen, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen sowie für Freizeit, Unterhaltung und Kultur. Die neuen Zuzahlungen im Gesundheitswesen schlugen sich ebenfalls im Ausgabenzuwachs für Waren und Dienstleistungen der Gesundheitspflege nieder.

Trotz der bereits hohen Ausgaben für Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung mussten die privaten Haushalte im Land Brandenburg auch für diesen Bereich 2003 gegenüber 1998 einen weiteren Anstieg ihrer Ausgaben verbuchen.

Die Mehrausgaben haben die privaten Haushalte durch Einsparungen in anderen Bereichen kompensiert. Hierbei wählten die Haushalte solche Bereiche, in denen sie in erster Linie selbst die jeweilige Ausgabenhöhe bestimmen können.

**Konsumausgaben privater Haushalte im Land Brandenburg 1998 und 2003**  
– Durchschnitt je Haushalt und Monat –

Ausgaben für ...	1998		2003		Veränderung 2003 gegenüber 1998	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	284	15,7	288	15,2	+ 4	+ 1,4
Bekleidung und Schuhe	103	5,7	94	5,0	- 9	- 8,7
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	545	30,2	598	31,6	+ 53	+ 9,7
Innenausstattung, Haushaltsgeräte, -gegenstände	145	8,0	114	6,0	- 31	- 21,4
Gesundheitspflege	48	2,7	54	2,8	+ 6	+ 12,4
Verkehr	268	14,9	265	14,0	- 3	- 1,1
Nachrichtenübermittlung	45	2,5	67	3,5	+ 22	+ 48,9
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	217	12,1	241	12,7	+ 24	+ 11,1
Bildungswesen	7	0,4	17	0,9	+ 10	+ 142,9
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	71	3,9	69	3,7	- 2	- 2,8
Andere Waren und Dienstleistungen	70	3,9	87	4,6	+ 17	+ 24,3
<b>Insgesamt</b>	<b>1 801</b>	<b>100</b>	<b>1 895</b>	<b>100</b>	<b>+ 94</b>	<b>+ 5,2</b>

Der höchste Rückgang der Konsumausgaben im Land Brandenburg war bei der Anschaffung für die Wohnungsausstattung und dem Kauf von Haushaltsgeräten und -gegenständen zu verzeichnen. Rückläufig entwickelten sich auch die monatlichen Ausgaben für Bekleidung und Schuhe, Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen und Verkehr. Auch die höhere Tabaksteuer hat offensichtlich zur Zurückhaltung im Land Brandenburg bei den Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren beigetragen.

**Ausgaben für das Wohnen:** Gut die Hälfte der 2003 gegenüber 1998 gestiegenen Ausgaben der brandenburgischen Haushalte für den privaten Konsum sind 2003 für das Wohnen verwendet worden. Monatlich wurden dafür im Durchschnitt rund 600 EUR ausgegeben. Damit erhöhte sich der Anteil der Wohnausgaben am Konsumbudget 2003 gegenüber 1998 um 1,4 Prozentpunkte.

Die Ausgaben für das Wohnen umfassen Mieten, Ausgaben für Energie und für die Wohnungsinstandhaltung. Die EVS weist die gezahlten Mieten einschließlich kalter Betriebskosten, wie Müll- und Abwassergebühren, aus, jedoch ohne Heizung und Warmwasser.

Für Haushalte, die in ihren eigenen vier Wänden wohnen, wird eine sogenannte unterstellte Miete berechnet, die im Wesentlichen nach der Wohnungsgröße ermittelt wird.

**Ausgaben privater Haushalte für Wohnen im Land Brandenburg 1998 und 2003**  
– Durchschnitt je Haushalt und Monat –

Wohnausgaben	1998		2003		Veränderung 2003 gegenüber 1998	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Wohnungsmieten u. Ä.	384	70,5	426	71,2	+ 42	+ 10,9
Energie	91	16,7	115	19,2	+ 24	+ 26,4
Wohnungsinstandhaltung	70	12,8	57	9,5	- 13	- 18,6
<b>Insgesamt</b>	<b>545</b>	<b>100</b>	<b>598</b>	<b>100</b>	<b>+ 53</b>	<b>+ 9,7</b>

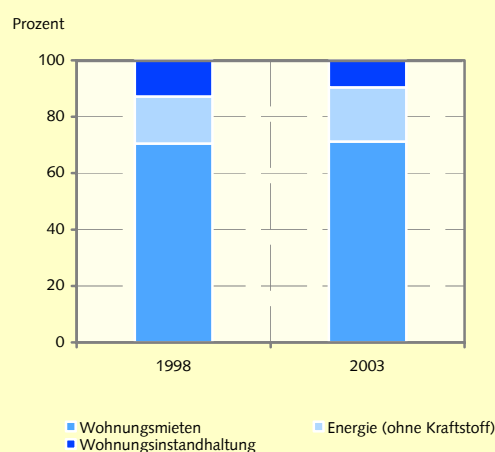
Nach wie vor werden die Ausgaben der Privathaushalte für das Wohnen durch die Wohnungsmieten bestimmt. Allerdings ist eine wesentliche Änderung der Zusammensetzung der Wohnausgaben eingetreten.

Trotz einer Erhöhung der Wohnungsmieten ist ihr Anteil an den Wohnausgaben zwischen 1998 und 2003 im Land Brandenburg nicht sehr stark angestiegen (+ 0,7 Prozentpunkte). Die Ausgaben für die Wohnungsin-

standhaltung und deren Anteil an den wohnungsbedingten Ausgaben sind dagegen gesunken (- 3,3 Prozentpunkte). Demgegenüber haben sich die Ausgaben für Energie, d. h. für Strom, Gas u. a. Brennstoffe einschließlich Umlagen für Heizung und Warmwasser, erhöht (+ 2,5 Prozentpunkte).

Ursache für den starken Anstieg der Aufwendungen für wohnungsbedingte Heiz- und Stromkosten von 1998 bis 2003 ist zum einen die erhebliche Verteuerung der Weltmarktpreise für fossile Brennstoffe und zum anderen die Ökosteuerreform, die eine mehrfache Anhebung der Energiesteuer nach sich zog. Infolge dessen erhöhte sich der Anteil der Energiekosten für Wohnzwecke am Gesamtverbrauch von 1998 bis 2003 im Land Brandenburg von 5,1 auf 6,1 Prozent.

**Struktur der Ausgaben privater Haushalte für Wohnen im Land Brandenburg 1998 und 2003**  
– Durchschnitt je Haushalt und Monat –



**Ausgaben für Nachrichtenübermittlung:** Die Ausgaben für Nachrichtenübermittlung verzeichneten im Land Brandenburg 2003 gegenüber 1998 mit das stärkste Wachstum aller Konsumbereiche. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien in den privaten Haushalten verstärkt Einzug gehalten haben.

Insbesondere der Ausstattungsgrad mit Mobiltelefonen und der Anteil der Haushalte, die über einen Internetzugang verfügen, hat seit 1998 stark zugenommen. So besaßen 72,3 Prozent aller brandenburgischen Haushalte 2003 ein Mobiltelefon, während es 1998 nur 12,2 Prozent waren. Ähnlich verlief die Entwicklung bei der Ausstattung mit einem Internetzugang. Spielte dieser 1998 mit einem Ausstattungsgrad von 5,1 Prozent noch keine entscheidende Rolle in privaten Haushalten, so waren es 2003 bereits 41,4 Prozent der Haushalte, die über einen eigenen Anschluss verfügten.



**Ausgaben privater Haushalte für Nachrichtenübermittlung im Land Brandenburg 1998 und 2003**  
– Durchschnitt je Haushalt und Monat –

Nachrichtenübermittlung	1998	2003
	EUR	
Telefon-, Faxgeräte, Anrufbeantworter	3	4
Dienstleistungen für die Nachrichtenübermittlung	42	62
<b>Insgesamt</b>	<b>45</b>	<b>67</b>

**Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur:** Die Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur nehmen einen immer bedeutenderen Platz im Konsumbudget privater Haushalte ein. Gegenüber 1998 hat sich im Land Brandenburg sowohl ihr Anteil am privaten Konsum als auch die absolute Höhe dieser Konsumausgaben wesentlich erhöht.

Die höchsten Ausgaben in diesem Bereich hatten die brandenburgischen Haushalte 2003 wie auch 1998 für Pauschalreisen aufzuweisen; allerdings sind diese Ausgaben nahezu konstant geblieben, so dass ihr Anteil an den Freizeitausgaben zurückgegangen ist.

Den zweitgrößten Posten im Freizeitbereich bildete nach wie vor die Inanspruchnahme von Dienstleistungen für Freizeit und Kultur, deren Ausgaben 2003 gegenüber 1998 angestiegen sind. Danach folgen die Ausgaben für Zeitungen und Zeitschriften sowie für Blumen und Gärten.

Auffallend ist, dass sich trotz der deutlich gestiegenen PC-Ausstattung in den privaten Haushalten (1998: 35,8 Prozent, 2003: 59,5 Prozent), die Ausgaben für Datenverarbeitungsgeräte und Zubehör zwar erhöht, aber anteilmäßig und absolut noch immer unter denen für Bücher lagen. Auch der Anstieg dieser Ausgaben 2003 gegenüber 1998 lag im Land Brandenburg mit 20,0 Prozent unter dem für Bücher (+ 27,3 Prozent).

Bemerkenswert ist weiterhin die Halbierung der Ausgaben für Spielwaren und Hobbys im Gegensatz zum Anstieg der Ausgaben für Haustiere, deren Anteil dadurch 2003 doppelt so hoch war wie der für Spielwaren und Hobbys.

**Ausgaben privater Haushalte für Freizeit, Unterhaltung und Kultur im Land Brandenburg 1998 und 2003**  
– Durchschnitt je Haushalt und Monat –

Freizeit, Unterhaltung und Kultur	1998		2003	
	EUR	%	EUR	%
Rundfunkempfangsgeräte	4	1,8	3	1,2
Fernseh- und Video- geräte, TV-Antennen	7	3,2	8	3,3
Foto, Filmausrüstungen und optische Geräte	5	2,3	5	2,1
Datenverarbeitungs- geräte und Zubehör	10	4,6	12	5,0
Bild- und Tonträger	7	3,2	6	2,5
Sonstige langlebige Ge- brauchsgüter und Aus- rüstungen für Kultur, Sport Camping u. Ä.	8	3,7	9	3,7
Spielwaren und Hobbys	10	4,6	5	2,1
Blumen und Gärten	17	7,8	20	8,3
Haustiere	7	3,2	10	4,1
Freizeit- und Kultur- dienstleistungen	44	20,3	54	22,4
Bücher	11	5,1	14	5,8
Zeitungen, Zeitschrif- ten u. Ä.	16	7,4	21	8,7
Sonstige Verbrauchs- güter	4	1,8	5	2,1
Reparatur für Freizeit, Unterhaltung und Kultur	4	1,8	2	0,8
Pauschalreisen	64	29,5	65	27,0
<b>Insgesamt</b>	<b>217</b>	<b>100</b>	<b>241</b>	<b>100</b>

**Ausgaben für Verkehr:** Die Ausgaben privater Haushalte für Verkehr bildeten im Land Brandenburg auch 2003 noch den drittgrößten Ausgabenposten im Haushaltsbudget, sind gegenüber 1998 aber gesunken. Nicht enthalten sind hierbei die Ausgaben für Versicherungen und Steuern von Kraftfahrzeugen. Diese werden entsprechend der Systematik der Einnahmen und Ausgaben den „übrigen Ausgaben“ und damit den Ausgaben für Nicht-Konsumzwecke zugeordnet.



Der Rückgang der Verkehrsausgaben ist in erster Linie auf die deutlich gesunkenen Aufwendungen für den Kauf von Kraftfahrzeugen zurückzuführen. Die dafür von den brandenburgischen Haushalten eingesetzten Beträge sind zwischen 1998 und 2003 um knapp ein Drittel (– 32,1 Prozent) gesunken. Trotz dieser gegenüber 1998 stark rückläufigen Tendenz bildete der Erwerb von Kraftfahrzeugen auch 2003 noch den größten Anteil an den Verkehrsausgaben privater Haushalte.

Die international gestiegenen Rohölpreise trugen maßgeblich dazu bei, dass durch die Ausgaben für Kraftstoffe und Schmiermittel das Budget privater Haushalte 2003 erheblich stärker belastet wurde als fünf Jahre zuvor. Der Betrag, der hierfür monatlich je Haushalt aufgebracht wurde, stieg im Land Brandenburg gegenüber 1998 im Schnitt um 37,5 Prozent.

Auch die Aufwendungen für Garagen und Stellplatzmieten haben sich beträchtlich erhöht. Dafür mussten die brandenburgischen Haushalte 2003 etwa das Achtfache von 1998 aufwenden.

#### Ausgaben privater Haushalte für Verkehr im Land Brandenburg 1998 und 2003 – Durchschnitt je Haushalt und Monat –

Verkehr	1998		2003	
	EUR	%	EUR	%
Kauf von Kraftfahrzeugen	134	50,0	(91)	(43,3)
Kauf von Kraft- und Fahrrädern	7	2,6	(5)	(1,9)
Ersatzteile und Zubehör	10	3,7	11	4,2
Kraftstoffe und Schmiermittel	56	20,9	77	29,1
Wartung, Reparatur an Kfz, Kraft- und Fahrrädern	31	11,6	32	12,1
Garagen- und Stellplatzmieten	3	1,1	25	9,4
Personenbeförderung und Verkehrsdienstleistungen	20	7,5	17	6,4
Sonstige Dienstleistungen	7	2,6	7	2,6
<b>Insgesamt</b>	<b>268</b>	<b>100</b>	<b>265</b>	<b>100</b>

**Ausgaben für Bekleidung und Schuhe:** Die Ausgaben der brandenburgischen Haushalte für Bekleidung und Schuhe sind 2003 weiter zurückgegangen (– 8,7 Prozent) und standen mit einem Anteil von 5,0 Prozent wie 1998 (5,7 Prozent) auf dem sechsten Platz im Konsumbudget der Haushalte.

Die Ausgaben für Damenbekleidung dominieren auch weiterhin die Bekleidungs Ausgaben der brandenburgischen Haushalte. Bis auf die Ausgaben für Damen- und sonstige Bekleidung (z. B. Strümpfe, Gürtel, Schnürsenkel) waren bei allen anderen Bekleidungspositionen 2003 rückläufige Ausgabenbeträge zu verzeichnen. Auffallend sind insbesondere die deutlich gesunkenen Ausgaben für Kinderbekleidung.

#### Ausgaben privater Haushalte für Bekleidung und Schuhe im Land Brandenburg 1998 und 2003 – Durchschnitt je Haushalt und Monat –

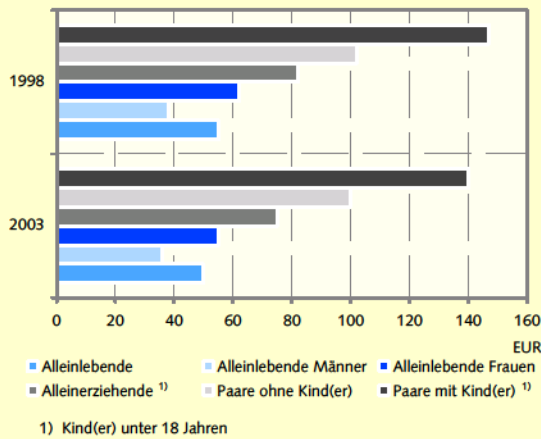
Bekleidung und Schuhe	1998		2003	
	EUR	%	EUR	%
Herrenbekleidung	25	24,3	21	22,3
Damenbekleidung	41	39,8	41	43,6
Bekleidung für Kinder <sup>1)</sup>	12	11,7	7	7,4
Sonstige Bekleidung und Zubehör	5	4,9	7	7,4
Schuhe und Schuhzubehör	18	17,5	17	18,1
Reparaturen, Reinigung, Ausleihe	3	2,9	2	2,1
<b>Insgesamt</b>	<b>103</b>	<b>100</b>	<b>94</b>	<b>100</b>

1) 1998: Kinder unter 18 Jahren; 2003: Kinder unter 14 Jahren

Trotz dieser Entwicklung waren die Ausgaben für Bekleidung und Schuhe im Budget privater Haushalte nicht ganz unbedeutend. Insbesondere bei Mehrpersonenhaushalten, und wenn zum Haushalt Kinder gehören, spielten diese Ausgaben eine Rolle.

### Ausgaben privater Haushalte für Bekleidung und Schuhe im Land Brandenburg 1998 und 2003 nach Haushaltstyp

– Durchschnitt je Haushalt und Monat –



Alleinlebende gaben im Land Brandenburg 2003 durchschnittlich 50 EUR im Monat für Bekleidung und Schuhe aus (1998: 55 EUR), wobei alleinlebende Frauen mit 55 EUR wesentlich mehr dafür investierten als alleinlebende Männer mit monatlich rund 40 EUR. Paare ohne Kinder gaben gegenüber 1998 unverändert das Doppelte von Alleinlebenden für Bekleidung aus. Gehören Kinder zum Haushalt von Paaren, betrugen die Ausgaben für Bekleidung und Schuhe im Schnitt 140 EUR im Monat (1998: 147 EUR). Alleinerziehende gaben gegenüber Paaren mit Kindern etwa halb so viel aus, wobei auch deren Ausgaben für Bekleidung und Schuhe gegenüber 1998 gesunken sind.

### Einflussfaktoren auf Höhe und Struktur des privaten Konsums

Im Wesentlichen wird der private Konsum durch die dem Haushalt zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel bestimmt. Diese wiederum werden maßgeblich durch den Erwerbsstatus determiniert. Weitere Einflussfaktoren sind die Haushaltsgröße, der Haushaltstyp, das Alter sowie der Bildungs- und Gesundheitszustand der zum Haushalt gehörenden Personen. Aber auch Wohnverhältnisse und Lebensgewohnheiten können Höhe und Struktur der Konsumausgaben beeinflussen.

Im Folgenden werden einige wesentliche Hauptursachen für die Konsumausgaben der brandenburgischen Haushalte näher betrachtet.

**Privater Konsum nach Haushaltsnettoeinkommen:** Hauptursache für Höhe und Struktur des Konsums der privaten Haushalte ist das Haushaltsnettoeinkommen. Mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen nimmt auch der private Konsum stetig zu. Die höchsten Konsumaus-

gaben im Land Brandenburg hatten 2003 erwartungsgemäß die Haushalte mit dem höchsten Einkommen.

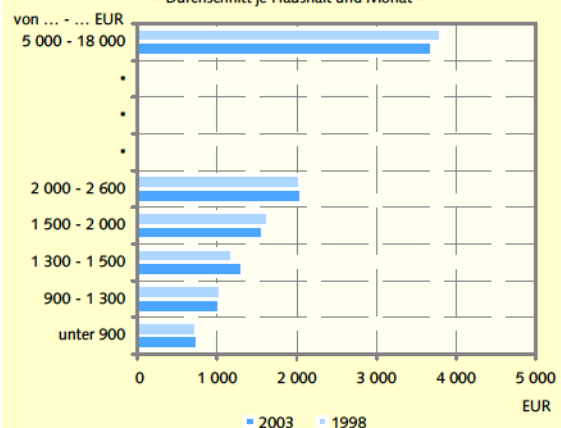
Während der private Konsum 2003 gegenüber 1998 nahezu konstant geblieben ist, ist er bei Haushalten mit sehr hohem Haushaltsnettoeinkommen gesunken.

Haushalte mit geringerem Einkommen verfügen nach der Befriedigung der Grundbedürfnisse – Ernähren, Kleiden und Wohnen – kaum noch über Mittel für andere Ausgaben. So mussten Haushalte in der untersten Einkommensklasse im Land Brandenburg 2003 monatlich im Durchschnitt zwei Drittel ihrer Konsumausgaben (65,1 Prozent) bzw. 486 EUR für die Grundversorgung ausgeben. Damit haben sich diese Ausgaben für Haushalte mit niedrigem Einkommen gegenüber 1998 um 31 EUR bzw. 6,8 Prozent erhöht. Ihr Anteil am Konsumbudget insgesamt ist um 4,0 Prozentpunkte angestiegen.

Brandenburgische Haushalte mit dem hier betrachteten höchsten Haushaltsnettoeinkommen hatten 2003 dagegen einen fast fünfmal so hohen privaten Konsum, aber etwa nur die Hälfte davon (49,7 Prozent) für die Deckung des Grundbedarfs aufzubringen. Obwohl Haushalte mit hohem Einkommen den dreifachen Betrag für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren ausgaben als Haushalte mit niedrigem Einkommen, sind die Anteile der Ausgaben dafür an den Konsumausgaben insgesamt gesunken. Noch deutlicher waren die Unterschiede bei den Ausgaben für das Wohnen.

### Konsumausgaben privater Haushalte im Land Brandenburg 1998 und 2003 nach ausgewählten Haushaltsnettoeinkommen

– Durchschnitt je Haushalt und Monat –



Andererseits ist festzustellen, dass sich mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen die Anteile für Verkehrs- und Freizeit Ausgaben tendenziell erhöhen. So gaben gutsituierte Haushalte im Land Brandenburg hierfür das Zwölf- bzw. mehr als das Fünffache aus als Haushalte mit sehr niedrigem Haushaltsnettoeinkommen.

**Konsumausgaben privater Haushalte im Land Brandenburg 2003 nach Haushaltsnettoeinkommen**  
– Durchschnitt je Haushalt und Monat –

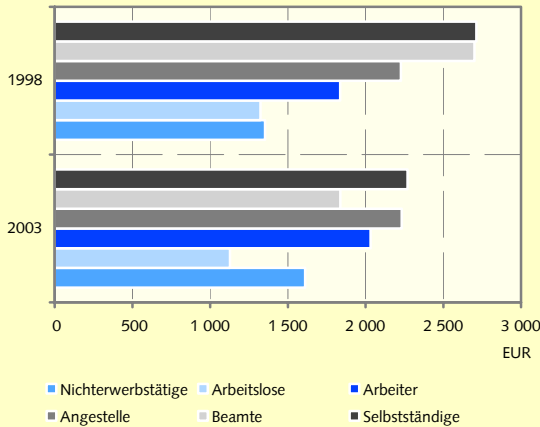
Ausgaben für ...	Monatliche Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... EUR							
	unter 900	900 – 1 300	1 300 – 1 500	1 500 – 2 000	2 000 – 2 600	2 600 – 3 600	3 600 – 5 000	5 000 – 18 000
EUR								
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	136	171	(215)	258	315	388	403	448
Bekleidung und Schuhe	(34)	52	(68)	75	97	126	142	202
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	316	397	(413)	485	601	706	924	1 184
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	(29)	46	(43)	111	149	139	178	244
Gesundheitspflege	(13)	27	(42)	54	55	60	72	159
Verkehr	(45)	79	(190)	196	299	428	423	543
Nachrichtenübermittlung	44	46	(50)	54	69	78	97	111
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	78	126	(172)	192	299	326	359	421
Bildungswesen	/	/	/	(9)	(12)	23	36	67
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	(14)	35	(46)	50	70	94	125	161
Andere Waren und Dienstleistungen	37	51	(72)	84	86	107	139	151
<b>Insgesamt</b>	<b>747</b>	<b>1 034</b>	<b>(1 319)</b>	<b>1 570</b>	<b>2 050</b>	<b>2 473</b>	<b>2 897</b>	<b>3 690</b>
Prozent								
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	18,2	16,6	(16,3)	16,5	15,4	15,7	13,9	12,1
Bekleidung und Schuhe	(4,6)	5,0	(5,2)	4,8	4,7	5,1	4,9	5,5
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	42,3	38,4	(31,3)	30,9	29,3	28,5	31,9	32,1
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	(3,9)	4,4	(3,3)	7,1	7,3	5,6	6,2	6,6
Gesundheitspflege	(1,7)	2,6	(3,2)	3,5	2,7	2,4	2,5	4,3
Verkehr	(6,0)	7,6	(14,4)	12,5	14,6	17,3	14,6	14,7
Nachrichtenübermittlung	5,8	4,5	(3,8)	3,4	3,4	3,2	3,3	3,0
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	10,4	12,2	(13,0)	12,2	14,6	13,2	12,4	11,4
Bildungswesen	/	/	/	(0,6)	(0,6)	0,9	1,2	1,8
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	(1,8)	3,4	(3,5)	3,2	3,4	3,8	4,3	4,4
Andere Waren und Dienstleistungen	4,9	4,9	(5,5)	5,4	4,2	4,3	4,8	4,1
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>(100)</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

**Privater Konsum nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers:** Bei der Betrachtung des privaten Konsums nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers zeigt sich ein ähnliches Bild. Die höchsten Konsumausgaben im Land Brandenburg hatten 2003 Erwerbstätigenhaushalte zu verzeichnen, wobei Haushalte von Beamten dafür mit Abstand das meiste Geld verwendeten.

Am niedrigsten waren die Konsumausgaben in Arbeitslosenhaushalten, die nur etwas mehr als ein Drittel der Ausgaben der Beamtenhaushalte dafür aufwenden konnten.

Während bei den Arbeitnehmer- und Nichterwerbstätigenhaushalten der private Konsum von 1998 bis 2003 angestiegen war, sank er bei den Haushalten von Selbstständigen und Arbeitslosen.

**Konsumausgaben privater Haushalte im Land Brandenburg 1998 und 2003 nach sozialer Stellung des Haupteinkommensbezieher**  
– Durchschnitt je Haushalt und Monat –



Auch in der Struktur des privaten Konsums bestehen in Abhängigkeit von der sozialen Stellung der Haushalte wesentliche Unterschiede. Brandenburgische Haushalte von Selbstständigen und Beamten verwendeten 2003 etwa die Hälfte ihrer Konsumausgaben für den Grundbedarf (55,1 bzw. 47,2 Prozent). Arbeitslosenhaushalte mussten dagegen fast zwei Drittel ihres Konsumbudgets (61,6 Prozent) dafür ausgeben.

Arbeitnehmerhaushalte unterschieden sich von den Arbeitslosen- und Nichterwerbstätigenhaushalten auch durch höhere Anteile der Wohnausgaben und deutlich niedrigere Anteile der Ausgaben für Verkehr. Letzteres ist u. a. auf die geringere Ausstattung mit PKW und den Wegfall der Ausgaben für den täglichen Berufsverkehr wegen fehlender Erwerbstätigkeit zurückzuführen. Der überdurchschnittlich hohe Anteil für Wohnausgaben dürfte bei diesen sozialen Gruppen zum Teil auf die geringeren Einkommen und die kleinere Haushaltsgröße zurückzuführen sein.

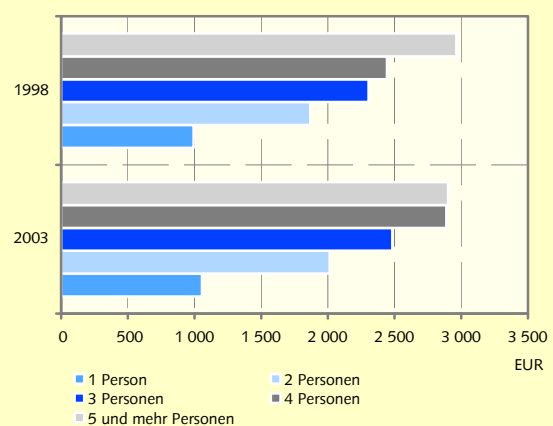
Im Konsumbereich Nachrichtenübermittlung lagen die Arbeitslosenhaushalte mit einem Konsumbudgetanteil von 5,4 Prozent weit über dem Durchschnitt aller brandenburgischen Haushalte von 3,5 Prozent.

Bei der Betrachtung des privaten Konsums der einzelnen sozialen Gruppen sind auch Faktoren zu beachten, welche die Vergleichbarkeit einschränken können. So ist z. B. bei den Ausgaben der Beamtenhaushalte für die Gesundheitspflege zu berücksichtigen, dass diese alle krankheitsbedingten Ausgaben zunächst aus eigenen Mitteln finanzieren, bevor diese später durch Beihilfen des Arbeitgebers und durch Leistungen der Privat- oder Ersatzkassen weitgehend ersetzt werden.

**Privater Konsum nach Haushaltsgröße:** Auch in der Gliederung des privaten Konsums nach der Größe des Haushalts wurden sowohl in der Höhe als auch in der Struktur deutliche Ausgabenunterschiede sichtbar. So nimmt der private Konsum erwartungsgemäß mit zunehmender Zahl der im Haushalt lebenden Personen zu und ist auch 2003 gegenüber 1998 sowohl in Ein- als auch in Mehrpersonenhaushalten mit bis zu vier Personen angestiegen.

Dabei ist bei Vierpersonenhaushalten eine bemerkenswerte Zunahme der Konsumausgaben um 445 EUR bzw. 18,2 Prozent im Land Brandenburg festzustellen. Bei den Ein- bis Dreipersonenhaushalten lag der Anstieg des privaten Konsums zwischen 63 und 178 EUR bzw. 6,3 und 7,7 Prozent. Lediglich in Haushalten mit fünf und mehr Personen ist ein Rückgang der Konsumausgaben zu verzeichnen.

**Konsumausgaben privater Haushalte im Land Brandenburg 1998 und 2003 nach Haushaltsgröße**  
– Durchschnitt je Haushalt und Monat –



Insbesondere Einpersonenhaushalte waren im Land Brandenburg 2003 durch die Wohnausgaben überdurchschnittlich stark belastet. Dagegen lag der Ausgabenanteil für die Ernährung unter dem Durchschnitt aller brandenburgischen Haushalte.

Auffallend bei Einpersonenhaushalten waren auch die überdurchschnittlichen Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur. Hier wird deutlich, dass insbesondere Alleinstehende bereit und in der Lage sind, sich z. B. für Reisen, kulturelle Veranstaltungen und andere Freizeitaktivitäten größere finanzielle Ausgaben zu leisten.

**Konsumausgaben privater Haushalte im Land Brandenburg 1998 und 2003 nach sozialer Stellung  
des Haupteinkommensbeziehers**  
– Durchschnitt je Haushalt und Monat –

Ausgaben für ...	Soziale Stellung des/der Haupteinkommensbeziehers/-bezieherin					
	Selbstständige	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Arbeitslose	Nichter- werbstätige
EUR						
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	(307)	391	323	341	212	243
Bekleidung und Schuhe	(105)	153	131	94	47	72
Wohnen, Energie, Wohnungsinstand- haltung	(840)	886	681	638	436	498
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	(123)	170	145	113	38	105
Gesundheitspflege	(40)	161	55	33	17	63
Verkehr	(239)	490	307	344	136	209
Nachrichtenübermittlung	(94)	108	80	74	60	47
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	(301)	371	285	217	104	235
Bildungswesen	/	(46)	28	23	(11)	(3)
Beherbergungs- und Gaststättendienst- leistungen	(94)	132	92	66	23	57
Andere Waren und Dienstleistungen	(103)	119	104	88	45	80
<b>Insgesamt</b>	<b>(2 270)</b>	<b>3 027</b>	<b>2 232</b>	<b>2 032</b>	<b>1 128</b>	<b>1 611</b>
Prozent						
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	(13,5)	12,9	14,5	16,8	18,8	15,1
Bekleidung und Schuhe	(4,6)	5,1	5,9	4,6	4,1	4,5
Wohnen, Energie, Wohnungsinstand- haltung	(37,0)	29,3	30,5	31,4	38,6	30,9
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	(5,4)	5,6	6,5	5,6	3,4	6,5
Gesundheitspflege	(1,8)	5,3	2,5	1,6	1,5	3,9
Verkehr	(10,5)	16,2	13,7	16,9	12,0	13,0
Nachrichtenübermittlung	(4,2)	3,6	3,6	3,6	5,4	2,9
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	(13,3)	12,3	12,8	10,7	9,3	14,6
Bildungswesen	/	(1,5)	1,3	1,2	(0,9)	(0,2)
Beherbergungs- und Gaststättendienst- leistungen	(4,1)	4,4	4,1	3,3	2,0	3,5
Andere Waren und Dienstleistungen	(4,5)	3,9	4,7	4,3	4,0	5,0
<b>Insgesamt</b>	<b>(100)</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

Ebenso erwähnenswert ist bei kleineren Haushalten der höhere Anteil von Ausgaben für die Gesundheitspflege. Hier kommt der höhere Anteil älterer Menschen bei den

Ein- und Zweipersonenhaushalten zum Tragen. Für diese Haushalte haben Ausgaben für den Erhalt der Gesundheit einen besonderen Stellenwert.

**Konsumausgaben privater Haushalte im Land Brandenburg 2003 nach Haushaltsgröße**  
– Durchschnitt je Haushalt und Monat –

Ausgaben für ...	Haushalte mit ... Personen				
	1	2	3	4	5 und mehr
EUR					
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	148	299	395	462	(500)
Bekleidung und Schuhe	50	97	125	157	(146)
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	389	602	764	883	(933)
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	55	130	146	178	(166)
Gesundheitspflege	33	65	68	55	(79)
Verkehr	119	288	384	429	(337)
Nachrichtenübermittlung	43	63	93	98	(111)
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	130	290	282	331	(318)
Bildungswesen	(3)	7	29	58	(91)
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	33	73	94	118	(110)
Andere Waren und Dienstleistungen	54	99	102	119	(112)
<b>Insgesamt</b>	<b>1 056</b>	<b>2 014</b>	<b>2 483</b>	<b>2 888</b>	<b>(2 902)</b>
Prozent					
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	14,0	14,9	15,9	16,0	(17,2)
Bekleidung und Schuhe	4,7	4,8	5,1	5,4	(5,0)
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	36,9	29,9	30,8	30,6	(32,1)
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	5,2	6,5	5,9	6,2	(5,7)
Gesundheitspflege	3,1	3,2	2,7	1,9	(2,7)
Verkehr	11,2	14,3	15,5	14,9	(11,6)
Nachrichtenübermittlung	4,1	3,1	3,8	3,4	(3,8)
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	12,3	14,4	11,4	11,5	(11,0)
Bildungswesen	(0,3)	0,4	1,2	2,0	(3,1)
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	3,1	3,6	3,8	4,1	(3,8)
Andere Waren und Dienstleistungen	5,1	4,9	4,1	4,1	(3,9)
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>(100)</b>

**Privater Konsum nach Haushaltstyp:** Im Jahr 2003 hatten im Land Brandenburg Alleinlebende mit durchschnittlich 1 056 EUR je Monat im Vergleich zu anderen Haushaltstypen die niedrigsten Konsumausgaben. Dabei stand alleinlebenden Männern mit 984 EUR monatlich das geringste Konsumbudget zur Verfügung. Es lag um 911 EUR unter dem Durchschnitt aller brandenburgischen Haushalte. Alleinlebende Frauen konsumierten im Schnitt 101 EUR im Monat mehr als alleinlebende Männer.

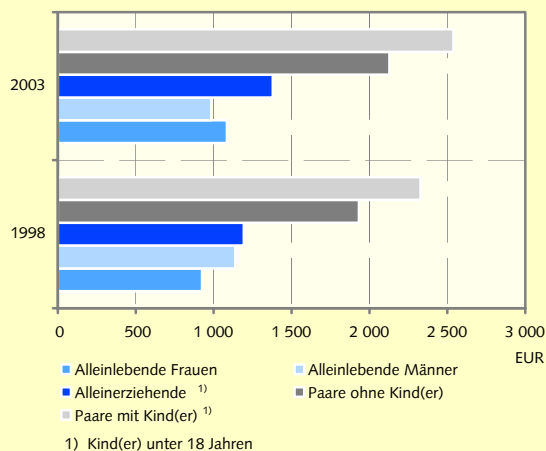
1998 war dies umgekehrt. Damals lag der private Konsum alleinlebender Frauen mit 926 EUR deutlich unter dem der Männer, die 1998 im Schnitt monatlich noch 1 139 EUR für den privaten Konsum ausgaben.

Haushalte von Paaren mit Kind(ern) sowie sonstige Haushalten standen 2003 im Land Brandenburg mit durchschnittlich 2 539 bzw. 2 649 EUR Konsumausgaben im Monat an der Spitze.

Bis auf die Haushalte alleinlebender Männer haben sich die Konsumausgaben 2003 gegenüber 1998 bei allen Haushaltstypen erhöht. Am stärksten stiegen sie bei alleinlebenden Frauen an (+ 17,1 Prozent), gefolgt von Alleinerziehenden (+ 15,6 Prozent). Die geringste Zunahme war bei Paaren mit Kind(ern) festzustellen (+ 9,1 Prozent).



**Konsumausgaben privater Haushalte im Land Brandenburg 1998 und 2003 nach Haushaltstyp**  
– Durchschnitt je Haushalt und Monat –



In der Konsumstruktur bestanden zwischen den einzelnen Haushaltstypen Unterschiede. Für die Befriedigung der Grundbedürfnisse – Ernähren, Kleiden und Wohnen – wendeten im Jahr 2003 Alleinerziehende mit rund 59 Prozent und alleinlebende Männer mit rund 56 Prozent die höchsten Anteile ihres jeweiligen Konsumbudgets auf. Im Vergleich dazu gaben alleinlebende Frauen mit rund 55 Prozent und Paare mit Kind(ern) mit rund 53 Prozent anteilmäßig weniger für die Grundbedürfnisse aus. Insbesondere der Ausgabenanteil für Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung war bei Alleinlebenden

und Alleinerziehenden sehr hoch. Bei Paaren mit und ohne Kind(ern) war er gering.

Für Verkehrsausgaben setzten Alleinerziehende den geringsten Teil ihres Konsumbudgets ein, gefolgt von alleinlebenden Männern und Frauen. Alle drei Haushaltstypen lagen mit ihrem Ausgabenanteil für Verkehr deutlich unter dem Durchschnitt aller brandenburgischen Haushalte. Auffällig ist, dass alleinlebende Frauen deutlich mehr für Beförderung und Transport aufwendeten als alleinlebende Männer.

Erhebliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen waren im Land Brandenburg auch beim Anteil der Konsumausgaben erkennbar, der 2003 von Alleinlebenden für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen eingesetzt wurde. Während Haushalte alleinlebender Männer hierfür den höchsten Anteil aufwiesen, da sie häufiger außer Haus essen und trinken als Frauen, wendeten alleinlebende Frauen anteilmäßig nicht einmal halb so viel und damit den geringsten Ausgabenanteil dafür auf. Alleinerziehende gaben für diesen Konsumbereich ebenfalls nur einen sehr kleinen Teil ihres Konsumbudgets aus und lagen damit ebenfalls unter dem Durchschnitt aller brandenburgischen Haushalte.

Die Ausgaben für die Nachrichtenübermittlung hatten dagegen bei Alleinerziehenden einen hohen Stellenwert. Verglichen mit den anderen Haushaltstypen war ihr Budgetanteil für diesen Konsumbereich 2003 im Land Brandenburg mit Abstand am größten.

**Konsumausgaben privater Haushalte im Land Brandenburg 2003 nach Haushaltstyp**  
– Durchschnitt je Haushalt und Monat –

Ausgaben für ...	Alleinlebende		Alleinerziehende <sup>1)</sup>	Paare		Sonstige Haushalte
	Männer	Frauen		ohne	mit	
				Kind(ern) <sup>1)</sup>		

	EUR					
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	151	147	(233)	314	405	421
Bekleidung und Schuhe	(36)	55	(75)	100	140	135
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	363	400	(504)	619	797	805
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	(41)	60	(60)	145	143	162
Gesundheitspflege	(22)	38	(18)	73	53	71
Verkehr	(100)	126	(112)	319	345	420
Nachrichtenübermittlung	(48)	41	(80)	60	85	102
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	131	130	(178)	312	302	292
Bildungswesen	/	(2)	(21)	(5)	65	24
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	(52)	26	(35)	79	102	102
Andere Waren und Dienstleistungen	36	61	(62)	103	102	115
Insgesamt	984	1 085	(1 379)	2 128	2 539	2 649



noch: **Konsumausgaben privater Haushalte im Land Brandenburg 2003 nach Haushaltstyp**  
– Durchschnitt je Haushalt und Monat –

Ausgaben für ...	Alleinlebende		Alleiner- ziehende <sup>1)</sup>	Paare		Sonstige Haushalte
	Männer	Frauen		ohne	mit	
				Kind(ern) <sup>1)</sup>		

	Prozent					
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	15,3	13,5	(16,9)	14,8	16,0	15,9
Bekleidung und Schuhe	(3,7)	5,1	(5,4)	4,7	5,5	5,1
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	36,9	36,8	(36,6)	29,1	31,4	30,4
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	(4,2)	5,5	(4,4)	6,8	5,6	6,1
Gesundheitspflege	(2,2)	3,5	(1,3)	3,4	2,1	2,7
Verkehr	(10,1)	11,6	(8,1)	15,0	13,6	15,8
Nachrichtenübermittlung	(4,9)	3,8	(5,8)	2,8	3,4	3,9
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	13,3	12,0	(12,9)	14,7	11,9	11,0
Bildungswesen	/	(0,2)	(1,5)	(0,2)	2,5	0,9
Beherbergungs- und Gaststättendienst- leistungen	(5,3)	2,4	(2,6)	3,7	4,0	3,8
Andere Waren und Dienstleistungen	3,7	5,6	(4,5)	4,8	4,0	4,4
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

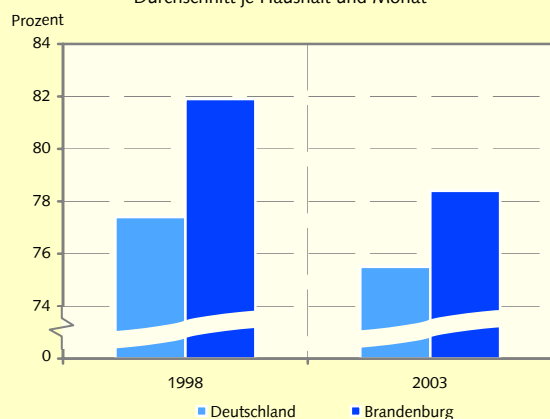
1) Kind(er) unter 18 Jahren

### Brandenburg im Vergleich zum Bundesdurchschnitt

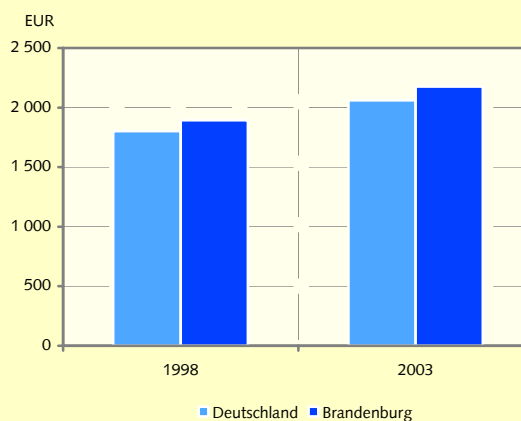
Die brandenburgischen Haushalte verwendeten 2003 mit 78,4 Prozent einen größeren Teil ihrer ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen für den privaten Konsum als der Durchschnitt aller deutschen Privathaushalte (75,5 Prozent).

Gegenüber 1998 hat der Anteil der Konsumausgaben am ausgabenfähigen Einkommen sowohl im Land Brandenburg als auch im Bundesdurchschnitt abgenommen. Allerdings ist die Konsumquote im Land Brandenburg mit 3,5 Prozentpunkten stärker zurückgegangen als in Deutschland insgesamt (– 1,9 Prozentpunkte), so dass der Unterschied von 1998 bis 2003 von 4,5 Prozentpunkten auf 2,9 Prozentpunkte gesunken ist.

**Anteil der Konsumausgaben privater Haushalte an den ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen in Deutschland und im Land Brandenburg 1998 und 2003**  
– Durchschnitt je Haushalt und Monat –



**Konsumausgaben privater Haushalte in Deutschland und im Land Brandenburg 1998 und 2003**  
– Durchschnitt je Haushalt und Monat –



**Konsumausgaben privater Haushalte in Deutschland und im Land Brandenburg 1998 und 2003**  
 – Durchschnitt je Haushalt und Monat –

Ausgaben für ...	1998				2003			
	Deutschland		Brandenburg		Deutschland		Brandenburg	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	289	14,0	284	15,7	303	13,9	288	15,2
Bekleidung und Schuhe	118	5,7	103	5,7	112	5,1	94	5,0
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	657	31,9	544	30,2	697	32,0	598	31,6
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	145	7,0	145	8,0	127	5,8	114	6,0
Gesundheitspflege	75	3,6	48	2,7	84	3,9	54	2,8
Verkehr	278	13,5	268	14,9	305	14,0	265	14,0
Nachrichtenübermittlung	51	2,5	45	2,5	68	3,1	67	3,5
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	247	12,0	217	12,1	261	12,0	241	12,7
Bildungswesen	11	0,5	7	0,4	20	0,9	17	0,9
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	101	4,9	71	3,9	100	4,6	69	3,7
Andere Waren und Dienstleistungen	89	4,3	70	3,9	100	4,6	87	4,6
<b>Insgesamt</b>	<b>2 061</b>	<b>100</b>	<b>1 801</b>	<b>100</b>	<b>2 177</b>	<b>100</b>	<b>1 895</b>	<b>100</b>

Im Schnitt lagen die monatlichen Ausgaben für den privaten Konsum im Land Brandenburg 2003 mit 1 895 EUR um 282 EUR bzw. 13 Prozent unter denen aller Privathaushalte in Deutschland (2 177 EUR).

Gegenüber 1998 ist 2003 ein genereller Anstieg der Konsumausgaben zu verzeichnen. Während die brandenburgischen Haushalte 2003 durchschnittlich 5,2 Prozent mehr im Monat dafür verwendeten, waren es bei den deutschen Haushalten insgesamt 5,6 Prozent mehr als fünf Jahre zuvor. Da die Haushalte im Land Brandenburg 1998 mit 1 801 EUR monatlich nur 260 EUR bzw. 3,1 Prozent weniger konsumierten als der Bundesdurchschnitt (2 061 EUR) hat sich die Konsumlücke zwischen brandenburgischen und dem Durchschnitt aller deutschen Haushalte nicht verringert, sondern weiter vergrößert.

Beim Vergleich der Konsumstrukturen im Land Brandenburg mit dem Bundesdurchschnitt zeigen sich 2003 ebenfalls noch einige Unterschiede, die sich gegenüber 1998 aber verringert haben. So lag der Anteil der Ausgaben für das Wohnen 2003 im Land Brandenburg nur noch 0,4 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt, 1998 waren es noch 1,7 Prozentpunkte weniger. Ähnlich sieht es bei den Verkehrsausgaben aus. Gaben die brandenburgischen Haushalte 1998 noch 1,4 Prozentpunkte mehr für diesen Bereich aus, so haben sich die Ausgabenanteile fünf Jahre später angeglichen.

Immer noch deutlich mehr als der Durchschnitt aller deutschen Privathaushalte gaben brandenburgische Haushalte

2003 für den Bereich Ernährung aus. Der Ausgabenanteil hierfür lag um 1,3 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. Aber auch hier hat sich der Unterschied verringert. 1998 waren es noch 1,7 Prozentpunkte mehr als der Durchschnitt aller deutschen Haushalte. Nahezu unverändert weniger als der Bundesdurchschnitt gaben Haushalte im Land Brandenburg für die Gesundheitspflege sowie für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen aus. Kaum noch Unterschiede bestehen zwischen den Ausgabenanteilen für die Innenausstattung der Wohnung. Während er bei den brandenburgischen Haushalten 1998 noch um 1,0 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt lag, waren es 2003 nur noch 0,2 Prozentpunkte mehr als der Bundesdurchschnitt.

Auch für Freizeit, Unterhaltung und Kultur gaben Haushalte im Land Brandenburg 2003 einen größeren Teil ihres Konsumbudgets aus als deutsche Haushalte insgesamt. Allerdings ist hier gegenüber 1998 eine Vergrößerung des Abstands festzustellen. Betrug der Unterschied 1998 nur 0,1 Prozentpunkte mehr, waren es fünf Jahre später 0,7 Prozentpunkte mehr.

#### Ausblick

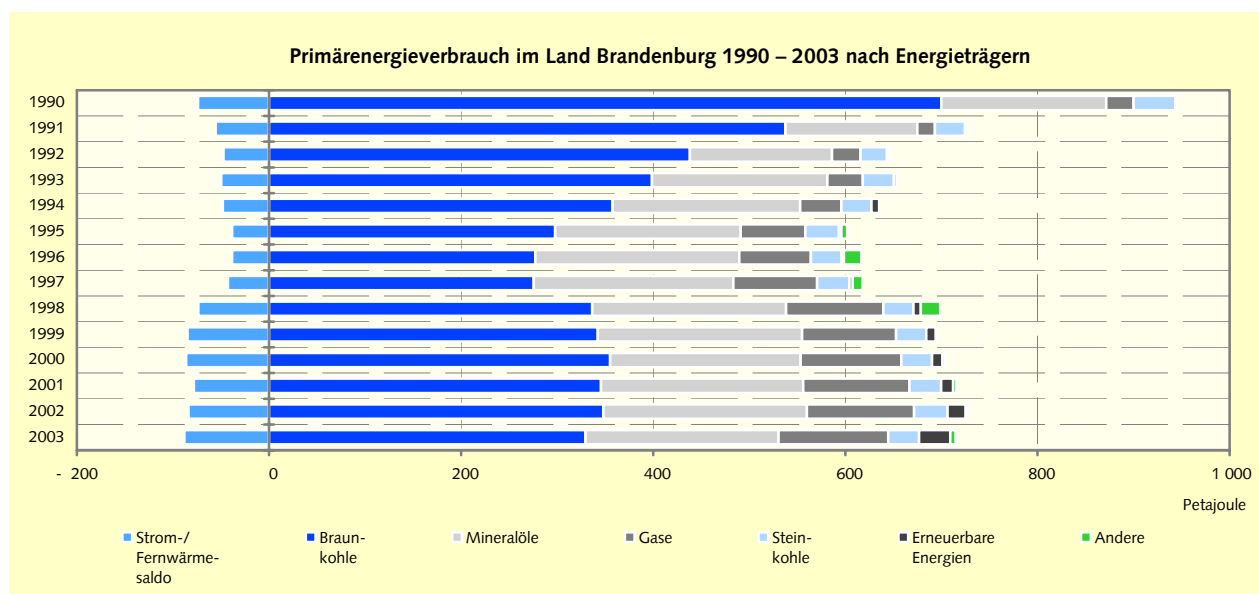
Die Analyse der Ergebnisse der EVS 2003 wird Mitte 2006 mit einem Beitrag zu den detaillierten Ausgaben privater Haushalte im Land Brandenburg für den Bereich Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren fortgesetzt. Mit dieser Darstellung der Ergebnisse aus dem Feinaufzeichnungsheft wird die Veröffentlichung der Daten der EVS dann abgeschlossen sein.

Elke Zimmer 

## Die Entwicklung des Primärenergieverbrauchs und der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Land Brandenburg von 1990 bis 2003

In den jährlichen Veröffentlichungen „Energiebilanz und CO<sub>2</sub>-Bilanz im Land Brandenburg“, die im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft durch den Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik herausgegeben werden, ist die Gewinnung, Umwandlung und der Verbrauch von Energieträgern im Land Brandenburg seit 1990 mit den daraus resultierenden CO<sub>2</sub>-Emissionen beschrieben.

Im vorliegenden Artikel wird zusätzlich ein kurzer Überblick über den Einfluss von Temperaturschwankungen und anderen Faktoren auf diese Problematik gegeben.



Ausgangsbasis der Untersuchung ist der Primärenergieverbrauch (PEV) des Landes Brandenburg in den Jahren 1990 bis 2003 (Berechnungsstand: April 2006). Er errechnet sich als Summe aus der Gewinnung von Primärenergieträgern (Kohle, Mineralöle, Gase und erneuerbare Energieträger), den Veränderungen in der Bestandshaltung und dem Saldo aus Bezügen und Lieferungen aller Energieträger innerhalb des Bundeslandes. Im Jahr 1990 wurden demnach im Land Brandenburg 873,2 Petajoule verbraucht, im Jahr 2003 waren es nur noch 626,7 Petajoule; das ist ein Rückgang auf 71,8 Prozent. Den geringsten Energieverbrauch weist die Statistik im Jahr 1995 aus. Im Vergleich zu 1990 wurden nur 64,5 Prozent erreicht.

Um die Veränderungen des Primärenergieverbrauchs in den Jahren 1990 bis 2003 objektiv beurteilen zu können, sollten Einflüsse, deren Ursache lediglich durch Temperaturschwankungen bedingt sind, aus der Betrachtung eli-

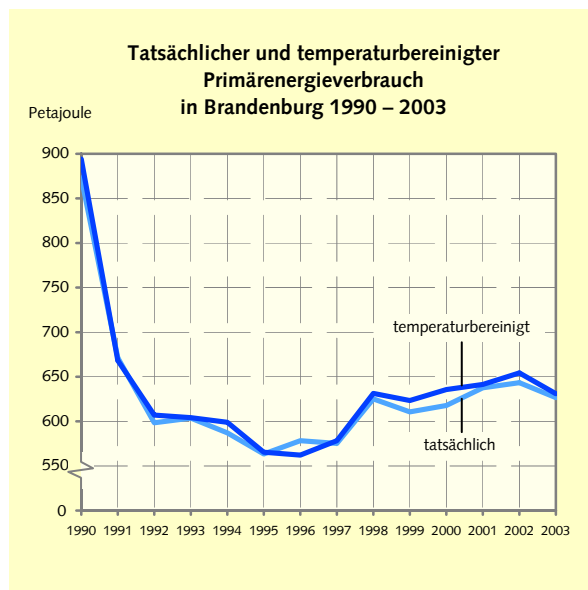
miniert werden. Gemessen an den Gradtagszahlen<sup>1)</sup> entwickelten sich beispielsweise von den Jahren 1996 bis 2000 deutlich mildere Temperaturen, wohingegen das Jahr 2001 etwas kühler war. In den Jahren 2002 und 2003 ist wieder ein etwas höherer Temperaturdurchschnitt zu verzeichnen. Bezieht man diesen Einfluss in die Berechnung ein<sup>2)</sup>, ergibt sich für den temperaturbereinigten Primärenergieverbrauch in den wärmeren Jahren ein höherer Wert, als der tatsächlich ausgewiesene. Dabei wird von der Überlegung ausgegangen, dass gegenüber einem definierten Temperaturniveau insbesondere Heizenergie nicht in Anspruch genommen wurde, die aus Mineralöl, Gas oder sonstigen Primärenergieträgern erzeugt worden

1) Die Gradtagszahl ist ein Maß für Temperatureinflüsse. Sie ist definiert als Summe über die Differenzen zwischen einer festgelegten Raumtemperatur und dem Tagesmittel der (Außen-) Lufttemperatur.

2) Länderspezifische Korrekturfaktoren auf der Basis von Gradtagszahlen regionaler Wetterstationen sowie Informationen des VDEW über den Raumwärmeanteil am Nutzenergieverbrauch verschiedener Verbrauchergruppen in Deutschland.

wäre. Entsprechend unterschiedlich sind die Korrekturfaktoren für die einzelnen Primärenergieträger definiert. Während der tatsächliche Anstieg des Primärenergieverbrauchs im Jahr 2001 gegenüber 2000 zum großen Teil durch die kühlere Witterung begründet war, hätte sich in den Jahren 2002 und 2003 bei durchschnittlicher Witterung ein höherer Energieverbrauch ergeben.

In nachfolgender grafischer Darstellung werden diese Unterschiede verdeutlicht.



Temperaturbereinigt wurden im Jahr 1990 im Land Brandenburg 892,7 Petajoule verbraucht, im Jahr 2003 waren es entsprechend 631 Petajoule, was einem Rückgang auf 70,7 Prozent entspricht. Der geringste Energieverbrauch

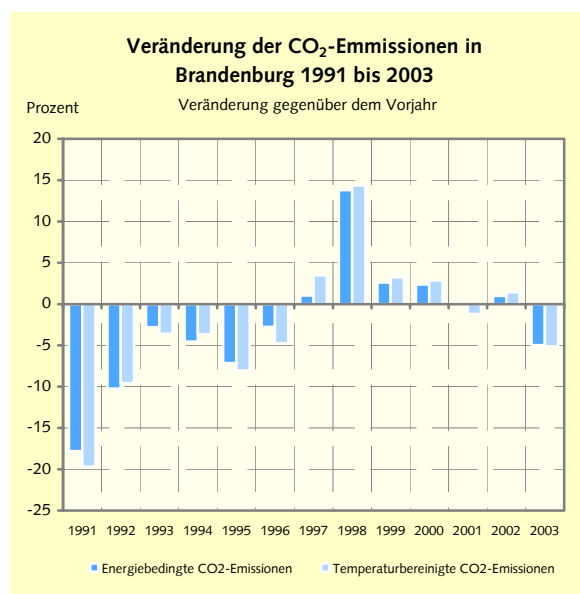
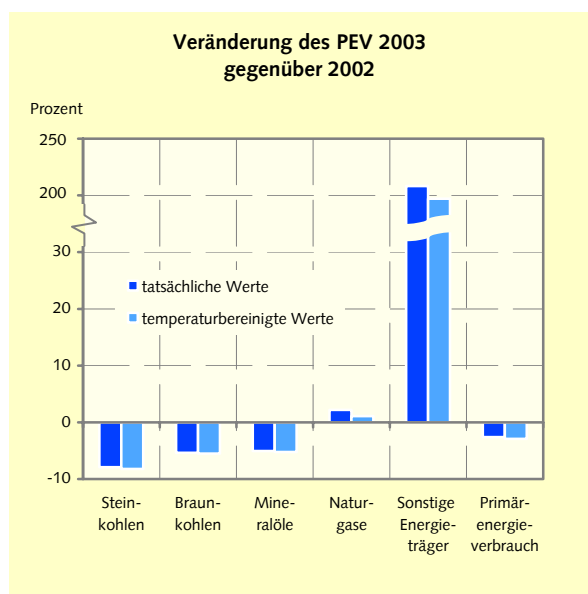
ergab sich dabei im Jahr 1995. Im Vergleich zu 1990 wurden nur 63 Prozent erreicht.

Deutlicher wird der Effekt der Temperaturbereinigung bei der Betrachtung kurzfristiger Zeiträume, wie bei der Gegenüberstellung der letzten zwei Jahre und der Differenzierung nach Energieträgern.

Da die CO<sub>2</sub>-Emissionen in unmittelbarer Beziehung zum Primärenergieverbrauch stehen, ist es sinnvoll, den Einfluss der Temperaturschwankungen auch an dieser Stelle zu untersuchen.

Dabei wird die CO<sub>2</sub>-Quellenbilanz zugrunde gelegt. Sie stellt die Summe der im Land entstandenen energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen bezogen auf den Primärenergieverbrauch dar. Eine Besonderheit dabei ist die Einbeziehung des Exports von Sekundärenergie (Strom und Fernwärme), da diese im Bundesland erzeugt und die Emissionen demnach auch hier entstanden sind. Es werden die Emissionsfaktoren des Umweltbundesamtes verwendet, deren Berechnungsgrundlage der Kohlenstoffgehalt der einzelnen Energieträger ist. Betrachtet werden ausschließlich die bei der Verbrennung fossiler Energieträger entstehenden Emissionen.

Da sich zu Beginn der 1990er Jahre aufgrund der stark rückläufigen Industrieproduktion im Land Brandenburg der Energiebedarf reduzierte und besonders der Anteil der aus Braunkohle erzeugten Energie vermindert wurde, verringerte sich der tatsächliche CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis zum Jahr 1996 um 38,6 Prozent; temperaturbereinigt sogar um 41 Prozent; seitdem steigt er wieder leicht an. Deutlicher wird der Trend bei der Betrachtung der Entwicklung zum jeweiligen Vorjahr.



**Energiebedingte und temperaturbereinigte CO<sub>2</sub>-Emissionen im Land Brandenburg 1990 – 2003 nach Energieträgern**  
 – Quellenbilanz –

Energie-träger	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	Millionen Tonnen CO <sub>2</sub>													
Energiebedingt														
Steinkohle	2,6	2,3	2,1	2,3	2,2	2,2	1,8	2,0	1,7	1,7	1,7	1,8	2,0	1,7
Braunkohle	68,3	54,1	46,0	42,3	38,9	33,2	30,8	30,7	38,1	38,1	39,5	38,6	39,0	36,9
Mineralöle <sup>1)</sup>	6,4	7,6	8,4	9,5	9,6	10,3	11,1	10,9	11,2	10,7	11,6	12,5	12,6	11,8
Gase	4,4	2,7	2,4	2,9	3,3	4,9	5,4	6,0	6,9	6,9	7,4	7,8	7,8	7,9
Sonstige	0,2	0,0	0,0	0,0	0,1	0,2	1,3	1,1	1,4	1,3	0,2	0,2	0,1	0,1
Insgesamt	81,9	66,8	58,9	57,1	54,0	50,8	50,3	50,8	59,3	58,8	60,6	60,9	61,5	58,4
Veränderung gegenüber 1990 in Prozent														
Insgesamt	X	− 18,5	− 28,1	− 30,3	− 34,0	− 38,0	− 38,6	− 38,0	− 27,6	− 28,2	− 26,0	− 25,6	24,9	− 28,7
Temperaturbereinigt														
Steinkohle	2,7	2,4	2,2	2,4	2,3	2,3	1,8	2,2	1,8	1,7	1,7	1,8	2,0	1,7
Braunkohle	68,9	52,5	45,5	41,6	38,5	32,6	29,8	30,2	37,6	38,4	39,8	38,7	39,1	36,9
Mineralöle <sup>1)</sup>	6,5	9,1	10,3	11,3	11,9	11,6	12,3	12,3	11,3	12,3	11,9	12,6	12,7	11,9
Gase	4,2	2,7	2,4	2,9	3,4	4,9	5,2	6,2	7,1	7,2	7,9	7,8	8,0	8,1
Sonstige	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,1	0,3	0,4	0,4	0,1	0,0	0,1
Insgesamt	83,1	66,8	60,4	58,2	56,1	51,6	49,1	50,8	58,1	60,0	61,7	61,0	61,9	58,7
Veränderung gegenüber 1990 in Prozent														
Insgesamt	X	− 19,7	− 27,4	− 30,0	− 32,5	− 38,0	− 40,9	− 38,9	− 30,1	− 27,8	− 25,8	− 26,6	− 25,6	− 29,4
1) Einschließlich Raffineriegas und Flüssiggas														

1) Einschließlich Raffineriegas und Flüssiggas

Bei eingehender Analyse wird deutlich, dass Energiebedarf und damit verbundene Emissionen nicht nur temperaturabhängig sind. Vielmehr sind auch Faktoren, wie Einwohnerentwicklung und Wirtschaftswachstum von entscheidendem Einfluss. So wurden in der umseitigen Tabelle verschiedene Faktoren zusammengeführt, um deren Auswirkungen zu untersuchen.

Angewendet wird hierbei die Methode der Komponentenzerlegung<sup>3)</sup>.

Es wurde untersucht, in welchem Maße die Entwicklung

- ☐ der Bevölkerung (demografische Komponente)
- ☐ des Bruttoinlandsproduktes je Einwohner (Einkommenskomponente)
- ☐ der gesamtwirtschaftlichen Energieintensität (Energieintensitäts-Komponente) sowie
- ☐ des CO<sub>2</sub>-Gehaltes des Primärenergieverbrauchs (Energemix-Komponente)

auf die temperaturbereinigten CO<sub>2</sub>-Emissionen Einfluss nehmen.

Die Entwicklung der Einwohnerzahlen im Land Brandenburg ist von 1990 mit 2,59 Millionen bis 1994 (2,54 Millionen) zunächst rückläufig, steigt bis zum Jahr 2000 auf sogar 2,6 Millionen Einwohner an, um dann wieder auf 2,58 Millionen im Jahr 2003 zurückzugehen. Das ist eine Entwicklung auf 99,4 Prozent gegenüber dem Jahr 1990, gegenüber 1991 dagegen auf 100,5 Prozent.

Bezogen auf die Einwohnerzahlen, verringerte sich der temperaturbereinigte Primärenergieverbrauch (einschließlich Stromexporte) im Zeitraum von 1990 bis 2003 um ein Viertel, auf 74,8 Prozent. Der geringste Primärenergieverbrauch je Einwohner wurde 1996 mit nur 63 Prozent gegenüber 1990 ermittelt.

Die temperaturbereinigten CO<sub>2</sub>-Emissionen je Einwohner im Jahr 2003 wurden gegenüber 1990 auf 71 Prozent

3) Vgl. dazu: Stagnation der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland im Jahre 2004. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 9/2005

gemindert, im Jahr 1996 wurde sogar ein Minimum von 60,1 Prozent erreicht. Damit wird auch erkennbar, dass neben der Bevölkerungskomponente noch andere Faktoren Einfluss auf die Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen nehmen.

Die Betrachtung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes Brandenburg ist erst ab dem Jahr 1991 möglich, da bisher für 1990 keine Angaben zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) vorliegen. Im Zeitraum von 1991 bis 2003 ist das Wirtschaftseinkommen im Land auf 158,4 Prozent gesteigert worden.

Der Aufwand an Energie für das Wirtschaftseinkommen, gemessen in Petajoule je Milliarden EUR BIP, hat sich temperaturbereinigt von 27,8 im Jahr 1991 auf 17,4 im Jahr 2003 verringert. Diese als „Gesamtwirtschaftliche Energieintensität“ bezeichnete Maßzahl konnte damit auf 62,5 Prozent gesenkt werden. Das bedeutet, dass die Steigerung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes nicht mit einer gleichzeitigen Steigerung des Energieaufwandes einherging.

Gleichzeitig verringerte sich die Menge an emittiertem CO<sub>2</sub> je Wirtschaftseinheit von 2,6 Tonnen im Jahr 1991

auf nur noch 1,4 Tonnen je Milliarden EUR BIP im Jahr 2003. Diese, als „Gesamtwirtschaftliche CO<sub>2</sub>-Intensität“ bezeichnete Maßzahl, wurde damit im genannten Zeitraum auf 55,5 Prozent gesenkt.

Die grafische Darstellung der Faktoren wurde wegen der einheitlichen Basis auf das Jahr 1991 bezogen. Dabei führen die untersuchten Einflussfaktoren zu gegenläufigen Effekten. Durch die Erhöhung der Bevölkerungszahlen im Land Brandenburg, im Zeitraum von 1991 bis 2003 um 0,5 Prozent (demographische Komponente), wäre eine Erhöhung des Energieverbrauchs und damit der Emissionen um 0,4 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> zu erwarten gewesen. Auch die Steigerung der Wirtschaftsleistung, im genannten Zeitraum je Kopf der Bevölkerung um 58,4 Prozent (Einkommens Komponente), bewirkte theoretisch einen Anstieg des Energieverbrauchs und damit der energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen um 38,6 Millionen Tonnen.

Emissionsmindernd und zwar um 39,7 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> wirkte sich dagegen die Steigerung der Energieintensität aus – also der geringere Aufwand an Primärenergie je erzielt Bruttoinlandsprodukt.

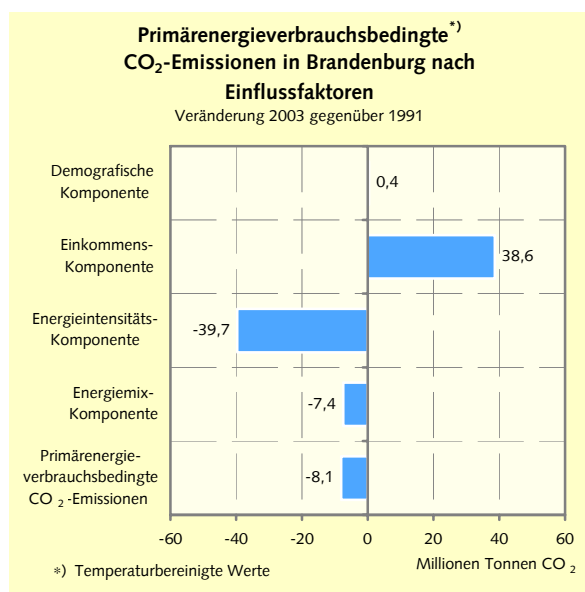
**Kennziffern zur Entwicklung von Primärenergieverbrauch und CO<sub>2</sub>-Emissionen  
des Landes Brandenburg in ausgewählten Jahren 1991, 1995, 2000 – 2003**  
– Quellenbilanz –

Kennziffern	Einheit	1991	1995	2000	2001	2002	2003
Einwohner	1 000	2 562,0	2 538,9	2 600,5	2 596,5	2 586,4	2 576,1
BIP <sup>1)</sup>	Mrd. EUR	26,1	36,6	42,5	42,2	42,2	41,3
Primärenergieverbrauch <sup>2) 3)</sup>	Petajoule	726,1	599,2	719,2	718,2	733,7	719,1
Verbrauch fossiler Energieträger <sup>3)</sup>	Petajoule	723,8	592,2	705,0	702,2	712,8	680,8
Anteil emissionsfreier Energieträger am PEV <sup>3)</sup>	Prozent	0,3	1,2	2,0	2,2	2,8	5,3
CO <sub>2</sub> -Emissionen <sup>3)</sup>	Mill. t	66,8	51,6	61,7	61,0	61,9	58,7
BIP je Einwohner <sup>1)</sup>	1 000 EUR	10,2	14,4	16,3	16,3	16,3	16,0
PEV je Einwohner <sup>3)</sup>	Gigajoule	283,4	236,0	276,6	276,6	283,7	279,1
CO <sub>2</sub> -Emissionen je Einwohner <sup>3)</sup>	t CO <sub>2</sub>	26,1	20,3	23,7	23,5	23,9	22,8
CO <sub>2</sub> -Gehalt des PEV <sup>3)</sup>	t CO <sub>2</sub> / Terajoule	91,9	86,1	85,8	84,9	84,3	81,6
Gesamtwirtschaftliche Energieintensität <sup>1) 3)</sup>	Petajoule/ Mrd. EUR BIP	27,833	16,358	16,923	17,004	17,377	17,397
Gesamtwirtschaftliche CO <sub>2</sub> -Intensität <sup>1) 3)</sup>	t CO <sub>2</sub> / Mill. EUR BIP	2 559,0	1 407,8	1 452,3	1 443,9	1 465,1	1 420,0

1) Zu Preisen von 1995

2) Einschließlich Stromexporte (Saldo)

3) Temperaturbereinigt



In der Energiemix-Komponente schlägt sich nicht nur die emissionsfreie Energieerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern nieder, hier wirken sich vor allem die Anteile emissionsärmerer bzw. -reicherer Energieträger am gesamten Energieverbrauch aus. Während der Anteil der emissionsreichen Braunkohle 1991 von 80,1 Prozent auf 52,6 Prozent im Jahr 2003 zurückgegangen ist, stieg er bei

Steinkohle und Mineralöl an. Das emissionsärmere Erdgas und die erneuerbaren Energieträger werden zwar deutlich mehr eingesetzt als noch 1991, machen aber 2003 nur 23,4 Prozent der Energieträger aus. Insgesamt reicht die umweltschonendere Zusammensetzung der Energieträger aus, um eine Emissionsminderung um 7,4 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> zu erreichen.

Insgesamt ergibt sich im Land Brandenburg im Jahr 2003 gegenüber 1991 temperaturbereinigt eine Verminderung der energiebedingten Emissionen um 8,1 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>.

Wenn auch die temperaturbereinigten primärenergieverbrauchsbedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen im Land Brandenburg 2003 gegenüber 1990 um 29,4 Prozent vermindert wurden, so zeigt sich doch seit 1996 wieder eine steigende Tendenz. Um dauerhaft den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu mindern, ist der Wechsel zu emissionsarmen bzw. erneuerbaren Energieträgern erforderlich. Ebenso dringend ist eine rationelle Energienutzung und -erzeugung über verbesserte Wirkungsgrade der Anlagen sowie Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung als auch eine Verringerung der gesamtgesellschaftlichen Energieintensität. Das erfordert ein steigendes Wirtschaftswachstum ohne erhöhten Energieaufwand.

Dagmar Kiersch





## Die Flächennutzungen in Brandenburg

*Die Umwelt-, Raumordnungs- und Städtebaupolitik des Bundes und der Länder, die zunehmenden Bedürfnisse der Landschafts- und Verkehrsplanung sowie Regionalplanung und kommunale Gemeindeentwicklungsplanung erfordern zur Erfüllung ihrer Aufgaben u. a. differenzierte Angaben über Art und Umfang der tatsächlichen Nutzung aller Bodenflächen.*

*Die datenmäßige Erfassung der Bodennutzung erlaubt insbesondere die Feststellung von Flächenversorgungsdefiziten und Flächennutzungskonkurrenten und -konflikten auf lokaler und regionaler Ebene.*

*Um diesen Datenbedarf abzusichern wird seit dem 31.12. 1992 auch in den neuen Bundesländern in vierjährigem Abstand die Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung durchgeführt.*

### Vorbemerkungen

Die Flächenerhebung 2004 nach Art der tatsächlichen Nutzung wurde auf der Grundlage des Gesetzes über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz – AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 2002 (BGBl. I S. 3118) zum Stichtag 31.12. 2004 in allen Ländern der Bundesrepublik durchgeführt. In Brandenburg und den anderen neuen Bundesländern fand sie nach 1992, 1996 und 2000 zum vierten Mal statt.

Bei der Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung werden die auf Bundesebene weitgehend einheitlich klassifiziert vorliegenden Daten des Kataster- und Vermessungswesens der jeweiligen Bundesländer erfasst.

Der Klassifizierung der Flächen liegt das „Verzeichnis der flächenbezogenen Nutzungsarten und ihre Begriffsbestimmungen (Nutzungsartenverzeichnis)“ der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV) von 1991 zugrunde.

Zum besseren Verständnis sollen nachfolgend die im AdV-Nutzungsartenverzeichnis aufgeführten Nutzungsarten-gruppen kurz dargestellt werden.

Die **Gebäude und Freifläche** umfasst Flächen mit Gebäuden (Gebäudeflächen) und unbebaute Flächen (Freiflächen), die den Zwecken der Gebäude untergeordnet sind. Dabei wird zwischen folgenden Kategorien unterschieden:

- ☐ Öffentliche Zwecke
- ☐ Wohnen
- ☐ Handel und Dienstleistungen
- ☐ Gewerbe und Industrie
- ☐ Mischnutzung mit Wohnen
- ☐ Anlagen zur Abwicklung und Sicherheit des Verkehrs sowie der Unterhaltung der Verkehrsflächen
- ☐ Anlagen, die vorherrschend der Versorgung dienen

- ☐ Entsorgungsanlagen, die vorherrschend der Beseitigung von Abwasser und Abfall dienen
- ☐ Land- und Forstwirtschaft
- ☐ Erholung
- ☐ ungenutzte Gebäude- und Freifläche

Zur **Betriebsfläche** werden unbebaute Flächen gezählt, die gewerblich, industriell oder für Zwecke der Ver- und Entsorgung genutzt werden. Dazu gehören:

- ☐ Abbau- und Halde
- ☐ Lagerplatz
- ☐ Versorgungsanlage
- ☐ Entsorgungsanlage
- ☐ ungenutzte Betriebsfläche

Unbebaute Flächen, die dem Sport und der Erholung dienen, werden als **Erholungsfläche** eingestuft. Hierzu zählen:

- ☐ Sportfläche
- ☐ Grünanlage
- ☐ Campingplatz

Die **Verkehrsfläche** umfasst die Flächen, die dem Straßen-, Schienen- oder Luftverkehr dienen sowie Flächen zu Lande, die vorherrschend für den Schiffsverkehr genutzt werden. Diese wird wie folgt untergliedert:

- ☐ Straße
- ☐ Weg
- ☐ Platz
- ☐ Bahngelände
- ☐ Flugplatz
- ☐ Schiffsverkehr
- ☐ ungenutzte Verkehrsfläche
- ☐ Verkehrsbegleitfläche

Die **Landwirtschaftsfläche** wird durch unbebaute Flächen beschrieben, die in folgende Kategorien einzuteilen sind:

- ☐ Ackerland
- ☐ Grünland
- ☐ Gartenland
- ☐ Weingarten
- ☐ Moor
- ☐ Heide
- ☐ Obstanbaufläche
- ☐ Landwirtschaftliche Betriebsfläche
- ☐ Brachland

Bei der **Waldfläche** handelt es sich um unbebaute Flächen, die mit Bäumen und Sträuchern bewachsen sind. Sie wird wie folgt untergliedert:

- ☐ Laubwald
- ☐ Nadelwald
- ☐ Mischwald
- ☐ Gehölz
- ☐ Forstwirtschaftliche Betriebsfläche

Als **Wasserfläche** werden die Flächen bezeichnet, die ständig oder zeitweise mit Wasser bedeckt sind, gleichgültig, ob das Wasser in natürlichen oder künstlichen Betten abfließt oder steht. Hierbei wird wie folgt unterteilt:

- ☐ Fluss
- ☐ Kanal
- ☐ Hafen
- ☐ Bach
- ☐ Graben
- ☐ See
- ☐ Küstengewässer
- ☐ Teich, Weiher
- ☐ Sumpf

**Flächen anderer Nutzung** sind Flächen, die nicht mit einer der vorgenannten Nutzungsarten bezeichnet werden können. Hierzu gehören:

- ☐ Übungsgelände
- ☐ Schutzfläche
- ☐ Historische Anlage
- ☐ Friedhof
- ☐ Unland

Zusätzlich zu den Nutzungsarten des AdV-Verzeichnisses enthält der vorliegende Beitrag Angaben zur **Siedlungs- und Verkehrsfläche**. Hierbei handelt es sich um die Summe mehrerer heterogener Flächennutzungsarten, die durch eine überwiegend siedlungswirtschaftliche bzw. siedlungswirtschaftlichen Zwecken dienende Ergänzungsfunktion gekennzeichnet sind. Sie setzt sich aus der Gebäude- und Freifläche, der Betriebsfläche (ohne Abbau-land), der Erholungsfläche, der Verkehrsfläche und der

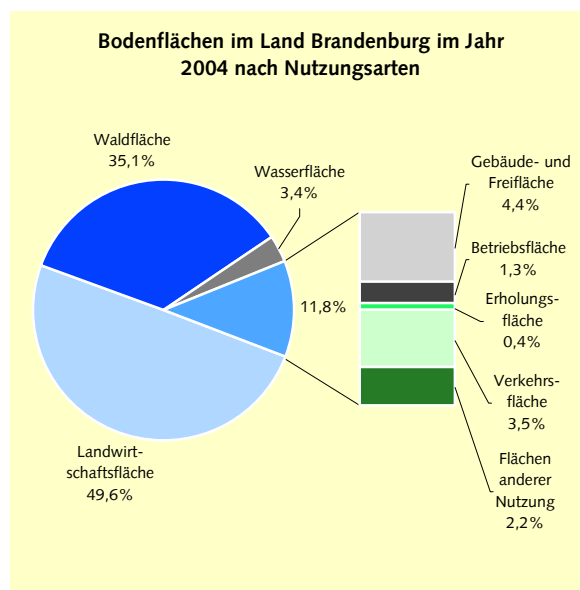
Friedhofsfläche zusammen. Sie kann keineswegs mit dem Begriff „versiegelt“ gleichgesetzt werden, da sie einen nicht quantifizierbaren Anteil von nicht bebauten und nicht versiegelten Frei- und Grünflächen enthält.

Bei der ersten Flächenerhebung 1992 in Brandenburg wurde als Datenquelle die aus der DDR übernommene Computergestützte Liegenschaftsdokumentation (COLIDO) mit ihrer dem damaligen Liegenschaftskataster zugrunde liegenden Nomenklatur genutzt. Die Umschlüsselung dieser Daten auf die AdV-Systematik führte auf der Ebene der Nutzungsartengruppen mit Ausnahme der Betriebsfläche, die ausschließlich aus dem Abbau-land hergeleitet wurde, zu exakten Ergebnissen. Ungenauigkeiten und Unschärfen traten dagegen in der Abgrenzung der Darunterpositionen auf. Da die Betriebsfläche 1992 flächengleich mit dem Abbau-land war, ging die Position „Betriebsfläche ohne Abbau-land“ in die Siedlungs- und Verkehrsfläche 1992 mit dem Wert „Null“ ein. Erst mit den folgenden Flächenerhebungen wurde eine Differenzierung zwischen der Betriebsfläche insgesamt und der Darunterposition Abbau-land möglich.

Im Folgenden werden die Begriffe „Nutzungsartengruppe“ und „Nutzungsart“ undifferenziert unter dem Begriff „Nutzungsart“ verwendet.

#### Nutzungsarten in Brandenburg seit 1992

Die Gesamtfläche des Landes Brandenburg umfasste zum Stichtag 31.12. 2004 eine Fläche von 2 947 808 Hektar. Brandenburg ist damit das fünftgrößte Bundesland und das größte der neuen Bundesländer. Der Anteil an der Gesamtfläche der Bundesrepublik Deutschland liegt bei 8,3 Prozent.



Mit 1 461 714 Hektar ist die Landwirtschaft die dominierende Nutzungsart. Ihr Anteil an der Landesfläche liegt bei 49,6 Prozent. Zur Nutzungsart Wald zählen 1 035 851 Hektar (35,1 Prozent der Landesfläche).

Die unter dem Begriff Siedlungs- und Verkehrsfläche zusammengefassten Nutzungsarten nehmen insgesamt eine Fläche von 253 564 Hektar (8,6 Prozent der Landesfläche) ein. Innerhalb der Siedlungs- und Verkehrsfläche entfallen auf die Gebäude- und Freifläche 130 697 Hektar (4,4 Prozent der Landesfläche) und auf die Verkehrsfläche 103 267 Hektar (3,5 Prozent der Landesfläche). Die weiteren Nutzungsarten innerhalb der Siedlungs- und Verkehrsfläche umfassen mit 19 600 Hektar noch 0,7 Prozent der Landesfläche.

Die Wasserflächen sind mit 100 670 Hektar (3,4 Prozent der Landesfläche) eine weitere großflächige Nutzungsart in Brandenburg. Die Flächen anderer Nutzung erstrecken sich auf 64 249 Hektar (2,2 Prozent der Landesfläche).

Bodenfläche nach Nutzungsarten im Land Brandenburg 1992 – 2004				
Nutzungsart	1992	1996	2000	2004
	ha			
Gebäude- und Freifläche	110 395	116 882	125 336	130 697
Betriebsfläche	35 844	37 795	38 647	39 596
Erholungsfläche	7 825	7 725	9 379	11 764
Verkehrsfläche	97 222	98 875	101 023	103 267
Landwirtschaftsfläche	1 480 991	1 472 707	1 470 458	1 461 714
Waldfläche	1 023 753	1 028 875	1 029 914	1 035 851
Wasserfläche	99 952	100 140	100 405	100 670
Flächen anderer Nutzung	91 664	84 585	72 548	64 249
<b>Insgesamt</b>	<b>2 947 645</b>	<b>2 947 584</b>	<b>2 947 711</b>	<b>2 947 808</b>
nachrichtlich: Siedlungs- und Verkehrsfläche	217 846	227 992	241 634	253 564

#### Veränderung der Nutzungsarten seit 1992

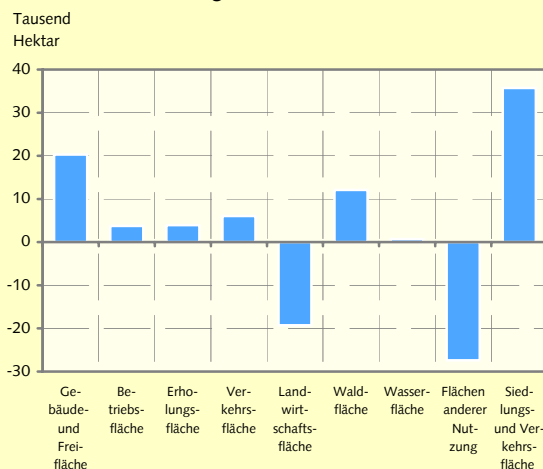
Die folgende Tabelle enthält die absoluten und die prozentualen Entwicklungen der einzelnen Nutzungsarten.

Entwicklung der Flächennutzungen in Brandenburg 1992 – 2004				
Nutzungsart	Veränderungen			
	1992 bis 2004		2000 bis 2004	
	ha	%	ha	%
Gebäude- und Freifläche	+ 20 302	+ 18,4	+ 5 361	+ 4,3
Betriebsfläche	+ 3 752	+ 10,5	+ 949	+ 2,5
Erholungsfläche	+ 3 939	+ 50,3	+ 2 385	+ 25,4
Verkehrsfläche	+ 6 045	+ 6,2	+ 2 244	+ 2,2
Landwirtschaftsfläche	– 19 277	– 1,3	– 8 744	– 0,6
Waldfläche	+ 12 098	+ 1,2	+ 5 937	+ 0,6
Wasserfläche	+ 718	+ 0,7	+ 265	+ 0,3
Flächen anderer Nutzung	– 27 415	– 29,9	– 8 299	– 11,4
<b>Bodenfläche insgesamt</b>	<b>+ 163</b>	<b>+ 0,0</b>	<b>+ 97</b>	<b>+ 0,0</b>
nachrichtlich: Siedlungs- und Verkehrsfläche	+ 35 718	+ 16,4	+ 11 930	+ 4,9

Mit 35 718 Hektar ist die deutlichste Zunahme über den Zeitraum 1992 bis 2004 bei der Siedlungs- und Verkehrsfläche zu verzeichnen. Den größten Anteil an diesem Zuwachs hat mit 20 302 Hektar die Gebäude- und Freifläche. Die Verkehrsfläche nimmt um 6 045 Hektar, die Erholungsfläche um 3 939 Hektar und die Betriebsfläche ohne Abbauand um 3 752 Hektar zu. Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, dass 1992 die Nutzungsart Betriebsfläche methodisch bedingt vollständig aus dem Abbauand hergeleitet wurde (siehe Vorbemerkungen).

Auch die Entwicklung der Gebäude- und Freifläche muss unter dem Aspekt betrachtet werden, dass nach dem Abzug der „Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland“ ehemalige militärische Liegenschaften umgewidmet und teilweise der Gebäude- und Freifläche zugeordnet wurden. Die oben genannten 20 302 Hektar basieren also nur zu einem Teil auf einer tatsächlichen Zunahme der Gebäude- und Freifläche und zu einem anderen Teil auf der Umbuchung aus den Flächen anderer Nutzung. Damit fällt auch die tatsächliche Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche entsprechend niedriger aus.

**Veränderung der Größe der Nutzungsarten in Brandenburg zwischen 1992 und 2004**



Die Ausdehnung der Erholungsfläche um 50,3 Prozent ist teilweise auf die Schaffung neuer und oft großflächiger Erholungsflächen (z. B. Golfplätze) zurückzuführen, teilweise jedoch auch auf die gegenwärtig in Brandenburg stattfindende Aktualisierung der Katasterdaten.

Weiterhin ist mit 12 098 Hektar bei der Waldfläche ein starker Zuwachs zu verzeichnen. Dieser teilt sich vor allem auf die beiden Zeiträume 1992 bis 1996 (+ 5 122 Hektar) und 2000 bis 2004 (+ 5 937 Hektar) auf. Im erstgenannten Zeitraum konzentrierte sich dieser Anstieg fast ausschließlich auf den Landkreis Dahme-Spreewald. Ursache für diese Entwicklung waren seinerzeit vor allem umfangreiche Flächenumwidmungen (insbesondere Landwirtschaftsflächen und Flächen anderer Nutzung) und Neuvermessungen. Im zweiten Zeitraum konzentrierte sich der Zuwachs auf den Landkreis Teltow-Fläming. Der hauptsächliche Grund war die Umwidmung ehemals militärisch genutzter Liegenschaften aus den Flächen anderer Nutzung zur Waldfläche.

Die größten Rückgänge sind für den Zeitraum 1992 bis 2004 für die Flächen anderer Nutzung (- 27 415 Hektar) und die Landwirtschaftsfläche (- 19 277 Hektar) zu verzeichnen. Diese Entwicklung ist neben den genannten Flächenumwidmungen und Aktualisierungen im Kataster mit der tatsächlichen Überbauung ehemaliger Landwirtschaftsflächen zu begründen.

#### Brandenburg im Vergleich der Bundesländer

Im Vergleich der Flächennutzungen zwischen den neuen Bundesländern verfügt Brandenburg nach Mecklenburg-Vorpommern absolut über die zweitgrößte Landwirtschaftsfläche. Bei der Waldfläche, der Gebäude- und Freifläche, der Verkehrsfläche, den Flächen anderer Nutzung und der Betriebsfläche sind in Brandenburg absolut jeweils

die größten Flächen zu finden. Bei der Wasserfläche weist Brandenburg nach Mecklenburg-Vorpommern absolut den zweitgrößten und bei der Erholungsfläche den zweitkleinsten Wert vor Thüringen auf. Werden die einzelnen Nutzungsarten ins Verhältnis zur Bodenfläche insgesamt des jeweiligen Bundeslandes gesetzt, ergibt sich – bedingt durch die Größe Brandenburgs – eine andere Reihenfolge.

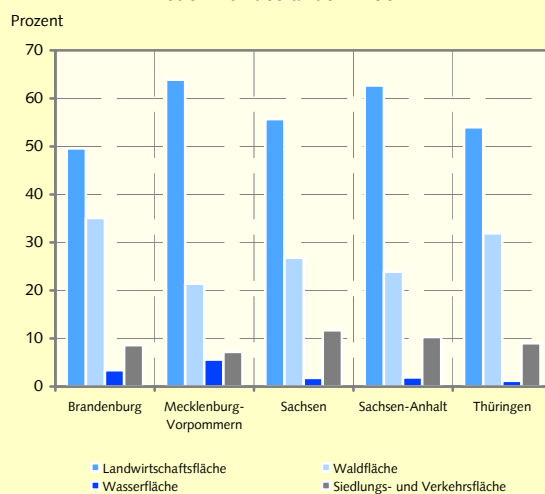
Bei der flächengrößten Nutzungsart, der Landwirtschaft, ergibt sich für Brandenburg mit 49,6 Prozent der geringste Anteil in Bezug auf die neuen Länder. Die größten Anteile sind hier in Mecklenburg-Vorpommern (63,9 Prozent) und in Sachsen-Anhalt (62,7 Prozent) zu verzeichnen. Ursachen dieser hohen Werte sind u. a. die deutlich ertragreicheren Böden in diesen Ländern sowie die teilweise klimatisch günstigeren Bedingungen in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Waldfläche Brandenburgs hat mit 35,1 Prozent den größten Anteil in den neuen Bundesländern. Thüringen mit dem Thüringer Wald kommt auf 31,9 Prozent und Mecklenburg-Vorpommern auf 21,4 Prozent.

Bei der Siedlungs- und Verkehrsfläche hat Sachsen mit 11,7 Prozent den größten Anteil, gefolgt von Sachsen-Anhalt (10,3 Prozent) und Thüringen (9,0 Prozent). Die dünn besiedelten Länder Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern verfügen über Anteile von 8,6 Prozent bzw. 7,2 Prozent.

Im Vergleich der neuen Länder ist die Wasserfläche auch relativ gesehen in Mecklenburg-Vorpommern (5,6 Prozent) am größten, gefolgt von Brandenburg mit 3,4 Prozent.

**Anteile ausgewählter Nutzungsarten in den neuen Bundesländern 2004**



## Flächennutzungen in den neuen Bundesländern 2004

Nutzungsart	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
Hektar					
Gebäude- und Freifläche	130 697	83 468	121 687	103 229	69 219
Betriebsfläche	39 596	6 697	36 668	18 671	6 998
Erholungsfläche	11 764	15 230	14 292	26 589	6 618
Verkehrsfläche	103 267	65 299	73 596	76 343	65 319
Landwirtschaftsfläche	1 461 714	1 481 277	1 025 389	1 281 208	873 629
Waldfläche	1 035 851	494 867	494 313	487 690	515 675
Wasserfläche	100 670	1 300 12	34 022	38 168	19 397
Flächen anderer Nutzung	64 249	409 95	41 515	12 692	60 341
<b>Bodenfläche insgesamt</b>	<b>2 947 808</b>	<b>2 317 845</b>	<b>1 841 482</b>	<b>2 044 591</b>	<b>1 617 196</b>
nachrichtlich: Siedlungs- und Verkehrsfläche	253 564	167 864	214 817	210 106	144 954
Prozent					
Gebäude- und Freifläche	4,4	3,6	6,6	5,0	4,3
Betriebsfläche	1,3	0,3	2,0	0,9	0,4
Erholungsfläche	0,4	0,7	0,8	1,3	0,4
Verkehrsfläche	3,5	2,8	4,0	3,7	4,0
Landwirtschaftsfläche	49,6	63,9	55,7	62,7	54,0
Waldfläche	35,1	21,4	26,8	23,9	31,9
Wasserfläche	3,4	5,6	1,8	1,9	1,2
Flächen anderer Nutzung	2,2	1,8	2,3	0,6	3,7
<b>Bodenfläche insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
nachrichtlich: Siedlungs- und Verkehrsfläche	8,6	7,2	11,7	10,3	9,0

Beim Vergleich der Nutzungsarten in Brandenburg mit der Verteilung auf Bundesebene zeigt sich, dass der Anteil der Landwirtschaftsfläche in Brandenburg etwas geringer ist als der Bundesdurchschnitt. Den größten Anteil umfasst mit 71,0 Prozent die Landwirtschaftsfläche in Schleswig-Holstein.

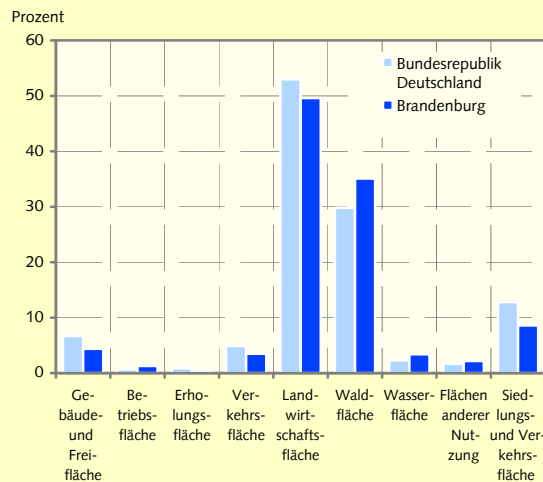
Mit einem Anteil von 35,1 Prozent an der Gesamtfläche zählt Brandenburg zu den walddreichen Ländern der Bundesrepublik (29,8 Prozent). Größere Anteile Waldflächen weisen nur Rheinland-Pfalz (41,5 Prozent), Hessen (40,0 Prozent) und Baden-Württemberg (38,1 Prozent) auf.

Deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegt Brandenburg bei der Siedlungs- und Verkehrsfläche mit 8,6 Prozent. Dies ist wiederum auf die geringe Bevölkerungsdichte Brandenburgs zurückzuführen. Bei der Wasserfläche, den Flächen anderer Nutzung und der Betriebsfläche – hier vor allem bedingt durch die Braunkohle im Süden des Landes – liegt der Anteil Brandenburgs über dem Bundesdurchschnitt.

## Anteile der Nutzungsarten auf Bundesebene und in Brandenburg 2004

Nutzungsart	Bundesrepublik Deutschland	Brandenburg
	%	
Gebäude- und Freifläche	6,7	4,4
Betriebsfläche	0,7	1,3
Erholungsfläche	0,9	0,4
Verkehrsfläche	4,9	3,5
Landwirtschaftsfläche	53,0	49,6
Waldfläche	29,8	35,1
Wasserfläche	2,3	3,4
Flächen anderer Nutzung	1,7	2,2
<b>Summe</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
nachrichtlich Siedlungs- und Verkehrsfläche	12,8	8,6

Anteile der Nutzungsart in der Bundesrepublik Deutschland und in Brandenburg 2004



### Uckermark größer als Saarland

Das Land Brandenburg gliedert sich in 14 Landkreise und vier kreisfreie Städte. Der größte Kreis des Landes ist der Landkreis Uckermark. Mit seinen 305 804 Hektar ist er bundesweit der größte Kreis und hat damit mehr Fläche

als das Saarland. Der Kreis Oberspreewald-Lausitz ist mit 121 662 Hektar der kleinste Landkreis Brandenburgs. Von den kreisfreien Städten ist Brandenburg an der Havel mit 22 877 Hektar die größte und Frankfurt (Oder) mit 14 762 Hektar die kleinste.

Größte Landkreise der Bundesrepublik 2004

Landkreis	Bundesland	Fläche in Hektar
Uckermark	Brandenburg	305 804
Emsland	Niedersachsen	288 140
Potsdam-Mittelmark	Brandenburg	257 503
Ludwigslust	Mecklenburg-Vorpommern	251 691
Ostprignitz-Ruppin	Brandenburg	250 919
Stendal	Sachsen-Anhalt	242 289
Altmarkkreis Salzwedel	Sachsen-Anhalt	229 231
Region Hannover	Niedersachsen	229 053
Dahme-Spreewald	Brandenburg	226 104
Oder-Spree	Brandenburg	224 265

Flächenanteile der Nutzungsarten in den Verwaltungsbezirken des Landes Brandenburg 2004

Verwaltungsbezirk	Gebäude- und Freifläche	Betriebsfläche	Erholungsfläche	Verkehrsfläche	Landwirtschaftsfläche	Waldfläche	Wasserfläche	Flächen anderer Nutzung
%								
Kreisfreie Städte								
Brandenburg an der Havel	12,7	1,1	1,6	4,4	30,8	28,9	18,0	2,5
Cottbus	16,2	13,4	4,6	7,6	30,7	20,4	1,6	5,5
Frankfurt (Oder)	11,5	1,3	3,4	7,1	44,2	26,6	4,0	2,0
Potsdam	17,2	0,5	3,9	7,1	32,1	24,7	11,1	3,4
Landkreise								
Barnim	5,5	0,3	0,3	3,6	36,1	46,5	5,2	2,6
Dahme-Spreewald	4,1	0,9	0,3	3,6	39,8	45,0	4,1	2,1
Elbe-Elster	3,5	2,4	0,3	3,3	51,5	35,6	1,6	1,7
Havelland	5,0	0,3	0,5	3,8	59,5	25,5	3,2	2,2
Märkisch-Oderland	5,3	0,5	0,3	3,6	63,3	22,6	2,6	1,8
Oberhavel	5,6	0,5	0,4	3,5	43,2	39,6	3,9	3,2
Oberspreewald-Lausitz	5,4	9,8	0,7	4,4	35,2	36,2	3,0	5,3
Oder-Spree	4,7	0,3	0,1	3,4	38,3	47,5	3,8	1,8
Ostprignitz-Ruppin	2,7	0,2	0,2	3,2	55,5	33,9	3,4	0,8
Potsdam-Mittelmark	3,9	0,3	0,3	3,8	46,9	40,3	2,7	1,9
Prignitz	2,9	0,2	0,2	3,1	67,9	22,7	1,8	1,1
Spree-Neiße	4,4	6,9	0,4	3,8	35,6	44,8	2,8	1,3
Teltow-Fläming	4,6	0,4	0,3	3,3	46,4	41,3	1,8	1,9
Uckermark	3,0	0,2	0,3	2,6	63,0	22,3	5,1	3,5
<b>Land Brandenburg</b>	<b>4,4</b>	<b>1,3</b>	<b>0,4</b>	<b>3,5</b>	<b>49,6</b>	<b>35,1</b>	<b>3,4</b>	<b>2,2</b>

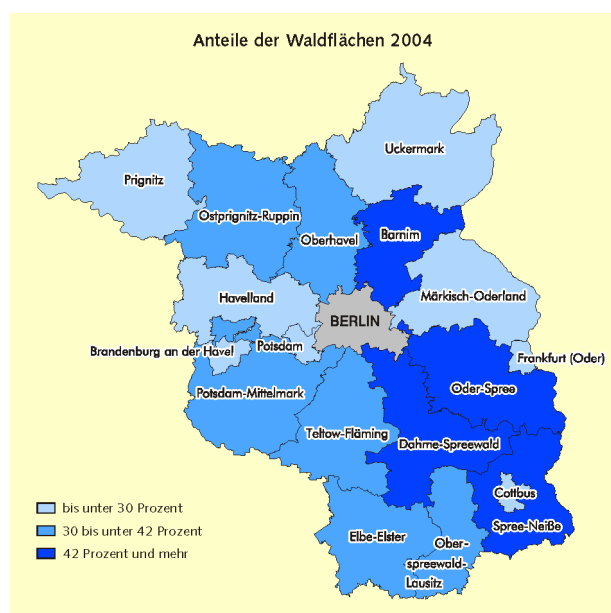


Neben der Uckermark gehören die Kreise Potsdam-Mittelmark, Ostprignitz-Ruppin, Dahme-Spreewald und Oder-Spree zu den zehn flächengrößten Kreisen der Bundesrepublik Deutschland. Brandenburg stellt damit bundesweit die Hälfte der zehn flächengrößten Kreise.

### Regionale Verteilung der Nutzungsarten – Landwirtschaft im Norden, Wald im Süden

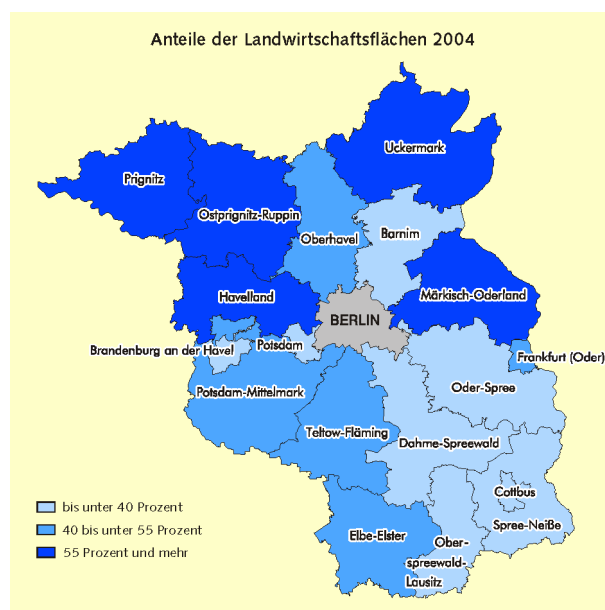
Im verhältnismäßig walddreichen Brandenburg ist der größte Anteil an Waldfläche im Landkreis Oder-Spree (47,5 Prozent) zu finden. Auch die Landkreise Barnim (46,5 Prozent), Dahme-Spreewald (45,0 Prozent) und Spree-Neiße (44,8 Prozent) weisen anteilig sehr große Waldflächen auf.

Die geringsten Anteile an Waldflächen weisen Cottbus (20,4 Prozent) und die Landkreise Uckermark (22,3 Prozent), Märkisch-Oderland (22,6 Prozent) und Prignitz (22,7 Prozent) auf.



Mit 67,9 Prozent Anteil an der Gesamtfläche des Kreises ist die Landwirtschaft im Landkreis Prignitz die dominierende Nutzungsart. Daneben sind anteilig große Landwirtschaftsflächen in den Landkreisen Märkisch-Oderland (63,3 Prozent), Uckermark (63,0 Prozent) und Havelland (59,5 Prozent) zu finden. Prozentual die geringsten Landwirtschaftsflächen gibt es in Cottbus (30,7 Prozent), Brandenburg an der Havel (30,8 Prozent), Potsdam (32,1 Prozent) und in den Landkreisen Oberspreewald-Lausitz (35,2 Prozent), Spree-Neiße (35,6 Prozent) und Barnim (36,1 Prozent).

Für das Land Brandenburg ergibt sich damit, u. a. bedingt durch die besseren Böden und den höheren Niederschlag, für den Norden und Nordwesten eine Konzentration der Landwirtschaftsfläche, während sich die walddreichsten Kreise im Südosten des Landes befinden. Ausnahmen in diesen Konzentrationen sind die Kreise Barnim und Märkisch-Oderland. Während der Barnim durch die Schorffheide zu einem walddreichen Kreis wird, dominiert die Landwirtschaftsfläche in Märkisch-Oderland vor allem durch das große, faktisch walddlose und stark landwirtschaftlich genutzte Oderbruch.



Die anteilig größten Siedlungs- und Verkehrsflächen sind erwartungsgemäß in den kreisfreien Städten zu finden. So weist Cottbus mit 29,2 Prozent den größten Anteil auf, gefolgt von Potsdam (28,8 Prozent), Frankfurt (Oder) (23,2 Prozent) und Brandenburg an der Havel (19,7 Prozent). Bei den Landkreisen ist die anteilig größte Siedlungs- und Verkehrsfläche mit 11,0 Prozent im Kreis Oberspreewald-Lausitz zu finden. Ursache für diesen deutlich über dem Landesmittel liegenden Wert ist die Konzentration von kleinen und mittleren Städten wie Lübbenau, Senftenberg, Lauchhammer oder Schwarzhöhe, die jeweils einen größeren Anteil an Siedlungs- und Verkehrsfläche haben. Über dem Landeswert von 8,6 Prozent liegt die Siedlungs- und Verkehrsfläche auch in den Kreisen Oberhavel (9,8 Prozent), Barnim (9,7 Prozent), Havelland (9,5 Prozent) und Märkisch-Oderland (9,4 Prozent) – allesamt Kreise, die z. T. durch ihre Stadtumlandfunktion zur Bundeshauptstadt Berlin geprägt sind. Bezogen auf die Gesamtkreisfläche sind die geringsten Siedlungs- und Verkehrsflächen in den dünn besiedelten Landkreisen Ucker-

mark (6,0 Prozent) sowie Ostprignitz-Ruppin und Prignitz mit je 6,4 Prozent im nördlichen, an Mecklenburg-Vorpommern angrenzenden Brandenburg zu finden.



Im gewässerreichen Land Brandenburg lohnt auch ein Blick auf die räumliche Verteilung der Wasserflächen. Die mit Abstand größten Anteile weisen die kreisfreie Stadt Brandenburg an der Havel mit 18,0 Prozent und die Landeshauptstadt Potsdam mit 11,1 Prozent auf. Bei beiden Städten resultiert der Wasserreichtum vorrangig aus der Havel und den Havelseen.

Prozentual eine große Wasserfläche ist weiterhin in den Landkreisen Barnim (5,2 Prozent), Uckermark (5,1 Prozent) und Dahme-Spreewald (4,1 Prozent) vorhanden. In den beiden erstgenannten Kreisen ist dieser hohe Anteil der Wasserfläche u. a. auf den Seenreichtum zwischen Eberswalde und Prenzlau, der eine Fortsetzung der Mecklenburgischen Seenplatte darstellt, zurückzuführen. Im Landkreis Dahme-Spreewald tragen zu dem hohen Anteil Wasserfläche die namensgebenden Flüsse Dahme – mit den Dahmeseen – und Spree – mit dem Spreewald – entscheidend bei. Im Verhältnis gesehen haben Cottbus (1,6 Prozent) und die Landkreise Elbe-Elster (1,6 Prozent), Prignitz (1,8 Prozent) und Teltow-Fläming (1,8 Prozent) eine geringe Wasserfläche.

Bei der Betriebsfläche lässt sich eine deutliche Konzentration auf die südlichen Kreise Brandenburgs feststellen. So liegt der Anteil der Betriebsfläche in Cottbus bei 13,4 Prozent und in den Landkreisen Oberspreewald-Lausitz und Spree-Neiße bei 9,8 Prozent bzw. 6,9 Prozent. Ursache für diese regionale Konzentration ist der Braunkohleabbau in dieser Region.

### Wittstock – drittgrößte Stadt der Bundesrepublik

Bei der Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung sind die kleinsten Einheiten die Gemeinden. Da sie laut ihres gesetzlichen Status öffentlich-rechtliche Körperschaften sind, unterliegen sie nicht der Geheimhaltung von Einzelangaben, wie es sonst bei fast allen Statistiken üblich ist. Somit ist es erlaubt, die Flächenstrukturdaten auf der Ebene der Gemeinde auszuwerten.

Zum Stichtag 31.12. 2004 gab es in Brandenburg 421 Gemeinden. Im Vergleich zur Vorerhebung bedeutet dies einen Rückgang der Zahl der Gemeinden um 1 053. Diese Entwicklung ist hauptsächlich mit der Umsetzung der Gemeindegebietsreform von Oktober 2003 zu erklären.

Die flächenmäßig größte Gemeinde Brandenburgs ist mit 41 719 Hektar Gesamtfläche die Stadt Wittstock/Dosse (Landkreis Ostprignitz-Ruppin). Wittstock/Dosse ist damit nach Berlin (89 175 Hektar) und Hamburg (75 516 Hektar) die drittgrößte Stadt der Bundesrepublik.

### Größte und kleinste Gemeinden des Landes Brandenburg 2004

Gemeinde	Fläche in Hektar
Wittstock/Dosse (Ostprignitz-Ruppin)	41 719
Templin (Uckermark)	37 701
Nuthe-Urstromtal (Teltow-Fläming)	33 769
Angermünde (Uckermark)	32 644
Rheinsberg (Ostprignitz-Ruppin)	32 482
.	.
.	.
.	.
Vogelsang (Oder-Spree)	579
Leegebruch (Oberhavel)	515
Borkwalde (Potsdam-Mittelmark)	488
Gliencke-Nordbahn (Oberhavel)	460
Eichwalde (Dahme-Spreewald)	280

Beim Vergleich der fünf größten Gemeinden des Landes mit den deutschen Großstädten zeigt sich, dass alle fünf brandenburgischen Gemeinden größer sind, als z. B. München (31 046 Hektar), Leipzig (29 761 Hektar), Dortmund (20 035 Hektar) oder Frankfurt (Main) (24 831 Hektar). Von den zwölf bundesweit größten Gemeinden liegen nunmehr fünf in Brandenburg.

### Waldreiches Sieddichum – Ausgewählte Anteile der Nutzungsarten in den Gemeinden

Die anteilig waldreichsten Gemeinden Brandenburgs sind mit 86,5 Prozent Melchow (Barnim) und mit 80,2 Prozent Sieddichum (Oder-Spree). Die waldärmsten dagegen sind Ueckerfelde (Uckermark) mit einem Anteil von 0,2 Prozent und Oderaue (Märkisch-Oderland) mit 0,1 Prozent der Gemeindefläche.

Prozentual die größten Landwirtschaftsflächen befinden sich in Temnitztal (Ostprignitz-Ruppin) und Fichtenhöhe (Märkisch-Oderland) mit je 91,6 Prozent und in Ueckerfelde (Uckermark) mit 91,4 Prozent. Borkheide (Potsdam-Mittelmark) und Eichwalde (Dahme-Spreewald) weisen dagegen mit 2,1 Prozent bzw. 1,4 Prozent anteilig die kleinsten Landwirtschaftsflächen auf.

Die Gemeinde Teichland (Spree-Neiße) ist die anteilig wasserreichste Gemeinde Brandenburgs. Der Anteil der Wasserfläche liegt hier bei 30,5 Prozent. Ursache für diesen hohen Anteil Wasserfläche sind hier die „Peitzer Teiche“ – bekannt durch die Peitzer Karpfen –, die administrativ betrachtet zur Gemeinde Teichland und nicht – wie zu erwarten wäre – zur Stadt Peitz gehören.

Verhältnismäßig große Wasserflächen weisen auch Bad Saarow (Oder-Spree) und Schwerin (Dahme-Spreewald) mit 27,4 Prozent und 20,5 Prozent auf. Zur Gemeinde Bad Saarow gehört mit dem Scharmützelsee Brandenburgs zweitgrößter See und zu Schwerin ein großer Teil des Teupitzer Sees.

Die wasserärmste Gemeinde Brandenburgs ist Borkheide (Potsdam-Mittelmark). Sie ist die einzige Gemeinde Brandenburgs, die absolut über keine Wasserfläche verfügt.

Die größten Anteile an Siedlungs- und Verkehrsfläche sind in den Gemeinden Eichwalde (Dahme-Spreewald) mit 94,6 Prozent, Glienicke-Nordbahn (Oberhavel) mit 75,5 Prozent und Kleinmachnow (Potsdam-Mittelmark) mit 60,4 Prozent zu finden. Alle drei Gemeinden liegen im engeren Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg und grenzen direkt an die Bundeshauptstadt Berlin.

Den geringsten Anteil Siedlungs- und Verkehrsfläche weist die Gemeinde Storbeck-Frankendorf (Ostprignitz-Ruppin) mit 2,8 Prozent auf.

### Engerer Verflechtungsraum und äußerer Entwicklungsraum

Der engere Verflechtungsraum (eV) ist eine Raumkategorie im gemeinsamen Planungsraum Brandenburg-Berlin. Er entspricht der Kernstadt Berlin und dem am stärksten mit der Metropole verflochtenen angrenzenden brandenburgi-

schen Umland. Hierzu gehören die kreisfreie Stadt Potsdam sowie Gemeinden der an Berlin angrenzenden brandenburgischen Landkreise Barnim, Dahme-Spreewald, Havelland, Märkisch-Oderland, Oberhavel, Oder-Spree, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming. Nachfolgend werden nur die brandenburgischen Gemeinden des eV betrachtet.

Der nicht im engeren Verflechtungsraum liegende Teil Brandenburgs wird unter dem Begriff „äußerer Entwicklungsraum (äE)“ geführt.

Zum engeren Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg gehören am Stichtag der Erhebung 63 Gemeinden Brandenburgs (einschließlich der Landeshauptstadt Potsdam). Die Gesamtfläche der brandenburgischen Gemeinden des engeren Verflechtungsraumes umfasst 442 954 Hektar. Das sind 15,0 Prozent der Landesfläche.

Zum äußeren Entwicklungsraum zählen die anderen 358 Gemeinden mit einer Gesamtfläche von 2 504 854 Hektar (85 Prozent der Landesfläche). Damit ist der äußere Entwicklungsraum bei der Zahl der Gemeinden und bei der Gesamtfläche knapp sechs Mal so groß wie der engere Verflechtungsraum.

Beim Vergleich der Bevölkerungszahlen zeigt sich jedoch eine deutliche Verschiebung: Im engeren Verflechtungsraum wohnen knapp eine Millionen Einwohner und im äußeren Entwicklungsraum mit 1,58 Millionen Einwohnern nur etwa 1,6-mal so viele wie im engeren Verflechtungsraum. Dadurch ergibt sich im äußeren Entwicklungsraum mit 63 Einwohnern je Quadratkilometer eine deutlich geringere Bevölkerungsdichte als im engeren Verflechtungsraum mit 224 Einwohnern pro Quadratkilometer.

#### Gegenüberstellung von engerem Verflechtungsraum und äußerem Entwicklungsraum 2004

Gemeinden	Fläche	Anteil an Landesfläche	Bevölkerung	Bevölkerungsdichte
Anzahl	ha	%	Einwohner	Einwohner/km <sup>2</sup>
engerer Verflechtungsraum				
63	442 954	15,0	992 200	224
äußerer Entwicklungsraum				
358	2 504 854	85,0	1 575 504	63

Die unterschiedliche Bevölkerungsverteilung führt auch zu einer unterschiedlichen Aufteilung der jeweiligen Gesamtfläche auf die einzelnen Nutzungsarten.

## Flächennutzungen in den Raumkategorien 2004

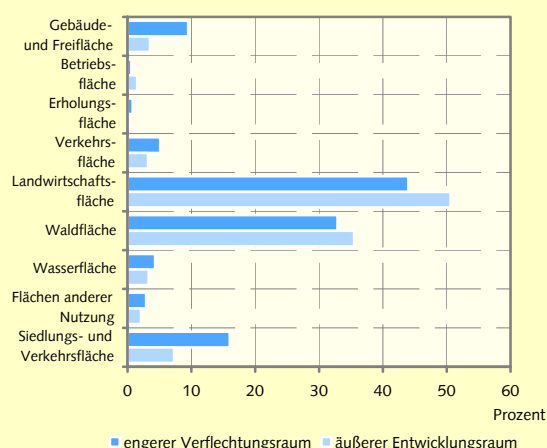
Merkmal	Boden- fläche insgesamt	Gebäude- und Freifläche	Betriebs- fläche	Erholungs- fläche	Verkehrs- fläche	Landwirt- schafts- fläche	Wald- fläche	Wasser- fläche	Flächen anderer Nutzung	nach- richtlich: Sied- lungs- und Ver- kehrs- fläche
Flächennutzung in ha										
eV	442 954	42 293	2 766	3 411	22 745	194 709	145 551	18 829	12 649	70 908
äE	2 504 854	88 404	36 830	8 353	80 522	1 267 005	890 300	81 841	51 600	182 656
<b>Land Brand- enburg</b>	<b>2 947 808</b>	<b>130 697</b>	<b>39 596</b>	<b>11 764</b>	<b>103 267</b>	<b>1 461 714</b>	<b>1 035 851</b>	<b>100 670</b>	<b>64 249</b>	<b>253 564</b>
Flächennutzung in Prozent										
eV	15,0	32,4	7,0	29,0	22,0	13,3	14,1	18,7	19,7	28,0
äE	85,0	67,6	93,0	71,0	78,0	86,7	85,9	81,3	80,3	72,0
durchschnittliche Ausstattung je Gemeinde in Prozent										
eV	100	9,5	0,6	0,8	5,1	44,0	32,9	4,3	2,9	16,0
äE	100	3,5	1,5	0,3	3,2	50,6	35,5	3,3	2,1	7,3
<b>Land Brand- enburg</b>	<b>100</b>	<b>4,4</b>	<b>1,3</b>	<b>0,4</b>	<b>3,5</b>	<b>49,6</b>	<b>35,1</b>	<b>3,4</b>	<b>2,2</b>	<b>8,6</b>

Im engeren Verflechtungsraum konzentrieren sich auf 15 Prozent der Landesfläche knapp ein Drittel der Gebäude- und Freifläche sowie der Erholungsfläche und gut ein Viertel der Siedlungs- und Verkehrsfläche des Landes Brandenburg. Auch die Verkehrsfläche und die Wasserfläche sind im engeren Verflechtungsraum überproportional vertreten. Die Nutzungsarten Landwirtschaftsfläche und Waldfläche entsprechen etwa dem Anteil des engeren Verflechtungsraumes an der Gesamtfläche Brandenburgs.

Die räumlich unterschiedliche Verteilung der Nutzungsarten zeigt sich im Land Brandenburg auch beim Vergleich der Gemeinden des engeren Verflechtungsraumes mit den Gemeinden des äußeren Entwicklungsraumes.

Die durchschnittliche Ausstattung der Gemeinden des engeren Verflechtungsraumes umfasst bei den Nutzungsarten Gebäude- und Freifläche, Erholungsfläche sowie bei der Siedlungs- und Verkehrsfläche mehr als das Doppelte der Fläche, die sie im Mittel bei den Gemeinden des äußeren Entwicklungsraumes aufweist. Auch der Anteil der Verkehrsfläche liegt über dem Wert der Gemeinden des äußeren Entwicklungsraumes. Damit sind die Nutzungsarten, die durch überwiegend siedlungswirtschaftliche bzw. siedlungswirtschaftlichen Zwecken dienende Ergänzungsfunktionen gekennzeichnet sind, im engeren Verflechtungsraum erwartungsgemäß deutlich stärker vertreten als im äußeren Entwicklungsraum.

## Mittlere Ausstattung der Gemeinden des engeren Verflechtungsraumes und des äußeren Entwicklungsraumes nach Nutzungsarten 2004



## Nutzungsarten nach Gemeindegrößenklassen

Von den 421 Gemeinden Brandenburgs entfielen am Stichtag der Erhebung mit 219 Gemeinden mehr als die Hälfte auf die Größenklasse bis 2 000 Einwohner.

Im Mittel liegt die Bevölkerungsdichte in diesen Gemeinden bei 30 Einwohnern pro Quadratkilometer. Dieser

geringen Bevölkerungsdichte entsprechend beträgt der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche in diesen Gemeinden im Mittel 5,7 Prozent (Land Brandenburg: 8,6 Prozent). Der Anteil der Landwirtschafts- und Waldfläche zusammen ist im Mittel mit 88,9 Prozent in dieser Gemeindegrößenklasse am größten.

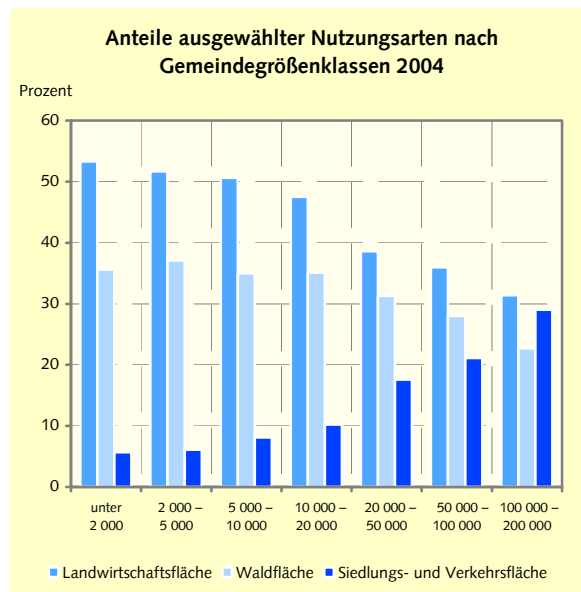
Zur Größenklasse 2 000 bis 5 000 Einwohner gehören 74 Gemeinden. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte liegt hier bei 37 Einwohnern pro Quadratkilometer. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche nimmt im Mittel einen Anteil von 6,1 Prozent ein und die Landwirtschafts- und Waldfläche zusammen umfassen im Mittel mit 88,8 Prozent einen ähnlich hohen Anteil wie in der Größenklasse bis 2 000 Einwohnern.

55 brandenburgische Gemeinden gehören zur Größengruppe 5 000 bis 10 000 Einwohner. Die Bevölkerungsdichte liegt hier im Mittel bei 66 Einwohnern pro Quadratkilometer (Land Brandenburg: 87 Einwohner pro Quadratkilometer). Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche dieser Größenklasse entspricht im Mittel in etwa dem Landeswert von 8,6 Prozent. Auch die Nutzungsarten Landwirtschaft mit 50,6 Prozent (Brandenburg: 49,6 Prozent), Wald mit 35 Prozent (Brandenburg: 35,1 Prozent), Wasser mit 3,5 Prozent (Brandenburg: 3,4 Prozent) und Flächen anderer Nutzung mit 2,0 Prozent (Brandenburg: 2,2 Prozent) erreichen hier annähernd die Anteile auf Landesebene.

Erwartungsgemäß nimmt die Bevölkerungsdichte mit jeder weiteren Größenklasse zu und erreicht in der Gruppe 100 000 bis 200 000 Einwohner (zwei Gemeinden: Landeshauptstadt Potsdam und die kreisfreie Stadt Cottbus) einen Wert von 720 Einwohnern pro Quadratkilometer. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasst in dieser Größenklasse im Mittel einen Anteil von 29,0 Prozent. Auf die Landwirtschaftsfläche entfallen noch 31,4 Prozent und auf die Waldfläche 22,7 Prozent.

Der Anteil der Wasserfläche erreicht in der Größenklasse 50 000 bis 100 000 Einwohner mit 12,5 Prozent seinen größten Wert. Ursache dafür ist, dass in dieser Größenklasse nur die kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel (Anteil der Wasserfläche 18,0 Prozent) und Frankfurt (Oder) (Anteil der Wasserfläche 4,0 Prozent) zusammengefasst sind.

Generell bleibt festzustellen, dass der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche im Mittel mit steigender Einwohnerzahl je Gemeinde zunimmt und der Anteil der Nutzungsarten Landwirtschaft und Wald nahezu kontinuierlich zurückgeht.



Im Vergleich zur Erhebung vom 31.12. 2000 zeigt sich bei der Bodenfläche insgesamt eine deutliche Verschiebung. Lag der Anteil der Bodenfläche insgesamt bei der letzten Erhebung in der Größenklasse unter 2 000 Einwohner noch bei 68 Prozent der Landesfläche, hat er im Ergebnis der Gebietsreform von 2003 auf 25,4 Prozent abgenommen. Deutlich vergrößert hat sich dagegen die Gesamtfläche in den Größenklassen 2 000 bis 5 000 Einwohner (um 122,9 Prozent), 5 000 bis 10 000 Einwohner (um 166,6 Prozent) und 10 000 bis 20 000 Einwohner (um das 2,6-fache). Die Gesamtfläche in der Größenklasse 20 000 bis 50 000 Einwohner stieg um 63 000 Hektar.

Große Verschiebungen lassen sich auch bei der Bevölkerung der einzelnen Gemeindegrößenklassen feststellen. Mit 411 000 Einwohnern ging die Bevölkerung in der Größenklasse bis 2 000 Einwohner um 65 Prozent zurück. Rückläufig war die Bevölkerungszahl auch in der Größenklasse 2 000 bis 5 000 Einwohner (- 40 000 Einwohner). In der Größenklasse 5 000 bis 10 000 ist dagegen ein Anstieg um 88 000 Einwohner (+ 27,0 Prozent) zu verzeichnen. Mit 267 000 (+ 74,2 Prozent) nahm die Bevölkerung in der Größenklasse 10 000 bis 20 000 Einwohner am stärksten zu. Ein Zuwachs von 67 000 Einwohnern (+ 11,2 Prozent) ist in der nächsten Größenklasse festzustellen. In der Größenklasse mit den kreisfreien Städten Brandenburg an der Havel und Frankfurt (Oder) nahm die Bevölkerung um 11 000 Einwohner ab und in der Größenklasse mit Potsdam und Cottbus um 13 000 Einwohner zu. Insgesamt lässt sich bei der Bevölkerung eine deutliche Verschiebung von den kleineren Gemeinden zur Gruppe der Gemeinden mit 5 000 bis 50 000 Einwohner feststellen, wobei in der Größenklasse 10 000 bis 20 000 Einwohner der größte Zuwachs zu verzeichnen ist.



**Gemeinden, Bevölkerung, Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung und Gemeindegrößenklassen in Brandenburg 2000 und 2004**

Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohner <sup>1)</sup>	Jahr <sup>2)</sup>	Gemein- den	Be- völke- rung <sup>3)</sup>	Boden- fläche insge- samt	davon								Sied- lungs- und Ver- kehrs- fläche <sup>4)</sup>
					Ge- bäude- und Frei- fläche	Be- triebs- fläche	Erho- lungs- fläche	Ver- kehrs- fläche	Land- wirt- schafts- fläche	Wald- Fläche	Was- ser- fläche	Flächen anderer Nut- zung	
		Anzahl	1 000	ha	Anteil an der Gesamtfläche in %								
unter 2 000	2000	1 279	632	2 008 310	2,5	0,8	0,2	3,0	53,1	35,6	2,8	2,0	5,8
	2004	219	221	748 210	2,4	0,7	0,2	3,0	53,3	35,6	3,0	1,8	5,7
2 000 – 5 000	2000	95	294	311 782	5,3	0,7	0,4	3,9	43,2	38,7	4,7	3,1	9,8
	2004	74	254	694 927	2,8	0,4	0,2	3,0	51,7	37,1	3,0	1,8	6,1
5 000 – 10 000	2000	47	326	236 119	6,5	1,1	0,4	4,0	48,9	33,3	3,2	2,5	11,3
	2004	55	414	629 416	4,1	1,0	0,4	3,4	50,6	35,0	3,5	2,0	8,1
10 000 – 20 000	2000	28	360	158 927	8,1	1,0	0,5	4,6	45,1	30,7	3,7	6,3	13,6
	2004	46	627	568 432	5,5	2,0	0,4	3,9	47,5	35,1	2,6	3,0	10,2
20 000 – 50 000	2000	21	597	171 041	11,8	8,1	0,7	5,1	35,5	29,9	5,5	3,4	18,3
	2004	23	664	234 030	10,9	4,8	0,8	5,1	38,6	31,3	5,6	2,8	17,6
50 000 – 100 000	2000	2	153	35 558	12,4	0,7	0,9	5,4	36,4	28,6	12,7	3,0	19,3
	2004	2	142	37 639	12,2	1,2	2,3	5,5	36,0	28,0	12,5	2,3	21,1
100 000 – 200 000	2000	2	240	25 975	19,0	7,2	3,6	7,6	28,8	25,2	5,9	2,9	30,7
	2004	2	253	35 155	16,8	6,5	4,2	7,3	31,4	22,7	6,7	4,4	29,0

1) Gemeindegrößenklassen über 200 000 unbesetzt

2) Stichtag 31.12. des jeweiligen Jahres

3) Stichtag 31.12. des Vorjahres

4) Gebäude- und Freiflächen, Betriebsflächen ohne Abbau- und Erholungsflächen, Verkehrsflächen, Friedhöfe

**Zusammenfassung**

Brandenburg als größtes der neuen Bundesländer ist durch seinen Wald- und Wasserreichtum gekennzeichnet. Bei der Nutzungsart Landwirtschaft ist seit 1992 ein Rückgang zu verzeichnen, während die Siedlungs- und Verkehrsfläche seitdem in stärkerem Maße zunimmt. Ein Großteil dieser Zunahme wird durch die Gebäude- und Freifläche getragen. Anteilig sehr stark zugenommen hat auch die Erholungsfläche.

Bei der regionalen Verteilung der Nutzungsarten ist zu erkennen, dass sich die waldreichsten Kreise Brandenburgs im Südosten und Osten des Landes konzentrieren. Die Landwirtschaft ist überproportional in den nördlichen und nordwestlichen Kreisen des Landes vertreten. Die größten Anteile Siedlungs- und Verkehrsfläche weisen neben den kreisfreien Städten und dem Landkreis Oberspreewald-Lausitz an Berlin angrenzende Kreise auf. Die Betriebsfläche konzentriert sich, bedingt durch die Braunkohle, sehr stark auf den Süden des Landes.

Der engere Verflechtungsraum, der sogenannte Speckgürtel um Berlin, ist durch eine Konzentration der Nutzungsarten Gebäude- und Freifläche, Erholungsfläche und Verkehrsfläche gekennzeichnet.

Bei der Klassifizierung der Gemeinden nach der Einwohnerzahl zeigt sich, dass mit steigender Einwohnerzahl der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche bei immer geringer werdenden Anteilen der Landwirtschaftsfläche und der Waldfläche zunimmt.

**Ausblick**

Für die kommenden Jahre besteht nach wie vor ein Bedarf an Flächen für die Siedlungs- und Verkehrsfläche. Dieser wird sich besonders auf den engeren Verflechtungsraum konzentrieren.

Unter den gegenwärtigen Voraussetzungen ist davon auszugehen, dass die Nutzungsarten Gebäude- und Freifläche, Verkehrsfläche und Erholungsfläche weiter zunehmen werden.



Die Landwirtschaftsfläche wird auch zukünftig zugunsten der Siedlungs- und Verkehrsfläche und der Waldfläche (Aufforstung von Grenzertragsstandorten) weiter zurückgehen. Die Waldfläche Brandenburgs wird leicht zunehmen.

Mit der geplanten bzw. teilweise schon umgesetzten Flutung der Tagebaurestlöcher in den ehemaligen Braunkohletagebauen im Süden Brandenburgs wird die Wasserfläche des Landes weiter zunehmen.

*Birger Schmidt*  
*Dr. Thomas Troegel*



## Das Wirtschaftswachstum in Brandenburg

*Das neoklassische Wachstumsmodell von Solow aus dem Jahr 1956 bildet noch immer die Grundlage für heutige Wachstumsmodelle. Basierend auf diesem Ansatz wird versucht, die wirtschaftliche Entwicklung Brandenburgs von 1995 bis 2005 zu verifizieren und eine Prognose bis 2025 zu geben. Dazu wird die Sparquote des Landes Brandenburg geschätzt. Es wird gezeigt, dass trotz der Simplizität dieses Modells die Entwicklung Brandenburgs zu einem hohen Teil erklärt werden kann. Dies gelingt besonders dann, wenn zusätzlich der abgeschätzte Leistungsbilanzsaldo Brandenburgs miteinbezogen wird. Eine Erkenntnis dieses Beitrages ist, dass Brandenburg zu einem hohen Anteil von außen abhängig ist, wenn es sein Wirtschaftswachstum aufrechterhalten will.*

### Einführende Bemerkungen

Regelmäßige Konjunktur- und Wachstumsberichte versuchen die wirtschaftliche Entwicklung Brandenburgs zu beschreiben. Dabei ist die Betrachtung vielfach rückwärts gerichtet und hat erklärenden Charakter (ex-post Analyse). Dieser Beitrag versucht auf Basis eines einfachen theoretischen Wachstumsmodells zu klären, ob die Entwicklung Brandenburgs entlang eines vordefinierten Wachstumspfad verläuft. Dank des umfangreichen Datenmaterials des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg ist es möglich, die Theorie mit genauen Zahlen zu unterlegen. Das hier angewendete neoklassische Wachstumsmodell von Solow aus dem Jahr 1956 bildet noch immer die Grundlage für heutige Wachstumsansätze. Die entscheidende exogene Größe des neoklassischen Wachstumsmodells, die Sparquote ( $s$ ), wird für das Land Brandenburg mittels einer Zeitreihe als Regressionsfunktion geschätzt und in das Modell integriert. Es zeigt sich, dass dieser Ansatz noch nichts an seinem Erklärungsgehalt verloren hat. Zusätzlich wird mittels einer einfachen Optimierung die Höhe des Leistungsbilanzsaldos (LBS) Brandenburgs abgeschätzt.

Der Beitrag ist in mehrere Abschnitte gegliedert. Nach der Einführung und der Vorstellung des erweiterten neoklassischen Wachstumsmodells bildet der dritte Abschnitt die theoretische Grundlage für diesen Artikel. Das neoklassische Modell wird mit Bevölkerungswachstum und technischem Fortschritt vorgestellt. Der vierte Abschnitt stellt die Hintergründe der Simulation und das Modell selbst vor. Im fünften Abschnitt werden die Ergebnisse ausgewertet. Ein Fazit und Ausblick runden diesen Beitrag ab.

### Erweitertes neoklassisches Wachstumsmodell

Mit der Arbeit von Robert Solow 1956 wurde ein neues Kapitel in der Wachstumstheorie aufgeschlagen. Dieser Abschnitt basiert auf der ursprünglichen Arbeit von Solow, erweitert um den arbeitsgebundenen technischen Fortschritt. Grundlage bilden hauptsächlich der Originalartikel von Solow<sup>1)</sup> und Auszüge aus Söllner<sup>2)</sup>, Burda/Wyplosz<sup>3)</sup> sowie Cezanne<sup>4)</sup>.

Der Ansatz Solows basiert auf der Annahme von Bevölkerungswachstum – ohne nähere Betrachtung der Abschreibungen. Basis ist eine Cobb-Douglas Produktionsfunktion:

$$Y = F(K, N) = K^a \cdot N^{(1-a)}$$

mit  $K$  = Kapital und  $N$  = Arbeit. Sämtliche Größen in diesem Modell sind um die Abschreibungen bereinigt, d. h. Investitionen werden als Nettoinvestitionen betrachtet. Für die Darstellung in diesem Artikel wird es um den arbeitsgebundenen technischen Fortschritt  $H$  zu:

$$Y = F(K, N, H) = K^a \cdot (HN)^{(1-a)}$$

erweitert. Das BIP ( $Y$ ) wird später auf Basis dieser Cobb-Douglas-Produktionsfunktion simuliert.

Die Überführung in die intensive Form mit Normierung auf das Arbeitskräfteangebot liefert die Gleichung:

$$f(k) = \frac{Y}{H \cdot N} = \left( \frac{K}{H \cdot N} \right)^a = k^a$$

1) Solow, R., A Contribution to the Theory of Economic Growth, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 70, 1956, S. 2 ff.

2) Söllner, F., Die Geschichte des ökonomischen Denkens, 2. Auflage, Berlin 2001 S. 242 ff.

3) Burda, M., Wyplosz, C., Makroökonomie, Eine europäische Perspektive, 2. Auflage, München 2003, S. 48 ff.

4) Cezanne, W., Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 6. Auflage, München 2005., 507 ff.

Eine zentrale Bedeutung in der neoklassischen Wachstumstheorie hat die effektive Kapitalintensität ( $k$ ). Sie wird definiert als das Verhältnis von Kapital ( $K$ ) zur effektiven Arbeit ( $H \cdot N$ ) mit:

$$k = \frac{K}{H \cdot N}$$

Wird die Kapitalintensität erhöht, dann steigt das effektive Pro-Kopf-Einkommen ( $Y/(H \cdot N)$ ) an, allerdings mit immer geringeren Zuwachsraten. Die Ursache dafür liegt in der Produktionselastizität ( $\alpha$ ), die kleiner als eins ist.

Solow geht von einer konstanten Sparquote ( $s$ ) aus. Damit sind die Ersparnisse ( $S$ ) als Teil des Volkseinkommens ( $Y$ ) zu sehen:

$$S = s \cdot Y$$

Alle Herleitungen des Solow-Modells basieren auf der Annahme des Gleichgewichtes zwischen Nettoinvestitionen ( $I^n$ ) und Ersparnis ( $S$ ). Die Mehrung des Kapitalstockes ergibt sich damit als:

$$\dot{K} = I^n = s \cdot Y$$

Wird die Kapitalintensität nach der Zeit abgeleitet, so führt dies zu:

$$k = \frac{K}{H \cdot N}$$

$$\dot{k} = \frac{\dot{K}}{K} \cdot \frac{K}{HN} - \frac{\dot{H}}{H} \cdot \frac{K}{HN} - \frac{\dot{N}}{N} \cdot \frac{K}{HN}$$

$$\dot{k} = \frac{I^n}{K} \cdot \frac{K}{HN} - g \cdot \frac{K}{HN} - n \cdot \frac{K}{HN}$$

$$\dot{k} = \frac{I^n}{HN} - (n + g) \cdot k$$

Nach Einsetzen von  $I^n = S = s \cdot Y$  und

$$f(k) = \frac{Y}{HN} = k^\alpha$$

erhält man Solows berühmte Fundamentalgleichung

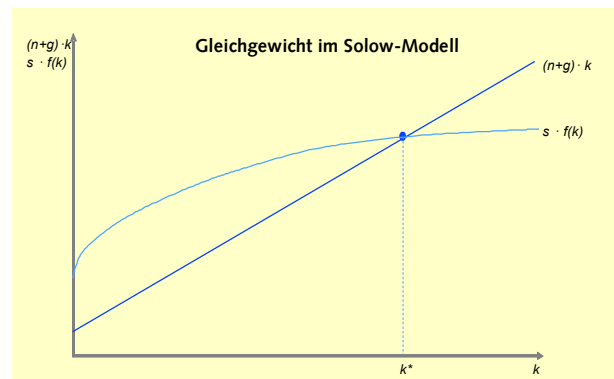
$$\dot{k} = s \cdot f(k) - (n + g) \cdot k$$

mit:

$n$  = Wachstumsrate des Arbeitskräfteangebots,

$g$  = Wachstumsrate des technischen Fortschritts.

Im Zeitverlauf steigt die Kapitalintensität immer weiter an. Da  $f(k)$  jedoch auf einer Funktion mit abnehmenden Grenzproduktivitäten basiert, nimmt der Zuwachs immer mehr ab. Der Anpassungsprozess lässt sich anhand der folgenden Abbildung beschreiben:



Die Kurve  $(n+g) \cdot k$  zeigt an, welche Nettoinvestitionen pro Kopf notwendig sind, damit die Kapitalintensität bei wachsender Bevölkerung und technischem Fortschritt aufrechterhalten werden kann. Die Kurve  $s \cdot f(k)$  beschreibt die tatsächlichen Nettoinvestitionen pro Kopf. Produziert eine Volkswirtschaft mit einer Kapitalintensität, die kleiner als  $k^*$  ist, dann sind die tatsächlichen Nettoinvestitionen pro Kopf größer als die Nettoinvestitionen pro Kopf, die zur Aufrechterhaltung dieser Kapitalintensität bei wachsender Bevölkerung und technischem Fortschritt notwendig wären. Die Kapitalintensität steigt. Dieser Prozess vollzieht sich so lange, bis ein Gleichgewicht erreicht ist. Im Gleichgewichtspunkt entspricht  $s \cdot f(k)$  gerade den notwendigen Erhaltungsinvestitionen, die sich aus der steigenden Bevölkerung und dem technischen Fortschritt ergeben. Die gleichgewichtige Kapitalintensität ist  $k^*$ . Der Kapitalstock wächst mit der gleichen Rate wie das Arbeitskräfteangebot und der technische Fortschritt. Es gilt:

$$\frac{\dot{K}}{K} = \frac{\dot{N}}{N} + \frac{\dot{H}}{H}$$

#### Datengrundlage

Zur Simulation des neoklassischen Modells für Brandenburg werden die Zeitreihen der Sparquote, des Kapital- und Arbeitseinsatzes und der Produktivität ab dem Jahr 1995 benötigt. Als Größe für den Arbeitseinsatz ( $N$ ) werden die Arbeitnehmerentgelte gewählt, für den Kapitaleinsatz ( $K$ ) das Nettoanlagevermögen (in Preisen von 1995). Da die Arbeitnehmerentgelte nur nominal zur Verfügung stehen, wurden sie mithilfe des Verbraucherpreisindex de-

flationiert. Die Produktivität (H) wurde unter Verwendung der restlichen gegebenen Werte aus der Cobb-Douglas-Produktionsfunktion

$$Y_t = K_t^a (H_t N_t L_t)^{1-a}$$

berechnet.  $Y$  bezeichnet die Produktion, die in diesem Fall durch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen von 1995 repräsentiert wird,  $a$  ist die Produktionselastizität des Produktionsfaktors Kapital, dessen Wert mit  $a = 0,3$  fest gewählt ist.

Die Ausgangswerte sind wie folgt:

Ausgangswerte der Simulation			
Merkmal		Initialisierungswerte	Wachstumsrate
BIP	Y	36 633,4 Mill. EUR	endogen
Nettoanlagevermögen	K	101 434,1 Mill. EUR	endogen
Arbeit	N	25 081,2 Mill. EUR	0,40 %
Fortschritt Arbeit	H	0,94	- 0,045 %
Sparquote	s	9,95 %	

Anzumerken ist, dass der Faktor Arbeit mit 0,4 Prozent fast gar nicht wächst und der technische Fortschritt, mit einer leicht negativen Wachstumsrate, rückläufig ist. Die Sparquote wird wegen ihrer zentralen Bedeutung in diesem Modell nicht als fixe exogene Größe mit einem definierten Mittelwert in die Simulation eingehen. Sie wird mit einer vorliegenden Zeitreihe mithilfe einer exponentiellen Regression in Abhängigkeit von der Zeit  $t$  geglättet. Die Regressionsfunktion hat dabei die Form

$$\hat{y} = a \cdot e^{bt},$$

wobei  $a$  und  $b$  die in der Regression zu bestimmenden Parameter sind.

Dieses Regressionsproblem wird nach klassischem Muster gelöst, indem man das dazugehörige linearisierte Problem betrachtet. Daher wird die Regressionsfunktion durch Logarithmieren in die Form überführt.

$$\ln(\hat{y}) = \ln(a \cdot e^{bt}) = \ln(a) + bt.$$

Die Parameter  $a$  und  $b$  werden durch die Methode der kleinsten Quadrate berechnet (OLS). Das bedeutet, dass

die Summe der quadratischen Abweichungen der Werte der Regressionsfunktion  $\ln(\hat{y}_i)$  von den tatsächlichen Werten  $\ln(y_i)$  minimiert wird, also

$$\min_{\ln(a), b} \sum_{i=1}^n (\ln(y_i) - (\ln(a) + bt_i))^2.$$

Die Zahl  $n$  steht hierbei für die Anzahl der Zeitreihenwerte. Diese Funktion wird zunächst nach  $a$  und  $b$  differenziert. Nullsetzen dieser Ableitungen und Lösung des dadurch entstandenen Gleichungssystems liefert die folgenden Formeln für die Berechnung der Parameter:

$$a = e^{\bar{y} - b\bar{t}},$$

$$b = \frac{\sum_{i=1}^n (t_i - \bar{t})(y_i - \bar{y})}{\sum_{i=1}^n (t_i - \bar{t})^2}.$$

Dabei gilt

$$\bar{y} = \frac{1}{n} \sum_{i=1}^n y_i$$

$$\bar{t} = \frac{1}{n} \sum_{i=1}^n t_i.$$

Das Einsetzen dieser Parameter liefert die gesuchte Regressionsfunktion  $s_{\text{Regression}}$  mit

$$s = a \cdot e^{bt}$$

und den Werten  $a = 92,8727$  und  $b = -0,0034$

### Simulationsmodell

Die Simulation der Prognosewerte wurde mithilfe eines numerischen Integrationsverfahren (Euler-Verfahren) ermittelt. Bedient wurde sich dabei dem Konzept der systemdynamischen Modellierung (System Dynamics). Entwickelt in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts am MIT durch Jay Forrester, findet es heute zunehmend Verbreitung bei der Analyse und Simulation komplexer Systeme<sup>5)</sup>. Grundgedanke ist die Modellierung von komplexen Ursachen-Wirkungs-Zusammenhängen unter Nutzung von Rechnersystemen.

Komplexe Systeme zeichnen sich u. a. durch Feedbackschleifen aus. Sie bestehen aus Bestandsgrößen (stocks)

5) Schwarz, R., Controlling-Systeme, 1. Aufl., Gabler 2002, S. 148 f.

und Flussgrößen (flows). Bestandsgrößen können zu einem bestimmten Zeitpunkt gemessen werden. Flussgrößen sind die Veränderung der Bestandsgrößen über die Zeit und werden in bestimmten Zeitperioden ausgedrückt<sup>6)</sup>. Dargestellt werden die Bestandsgrößen durch Rechtecke. Die Flussgrößen wirken über einen Stellregler und einen starken Pfeil den Zu- oder Abfluss zu den Bestandsgrößen. Jedes Modell besteht außerdem aus weiteren zusätzlichen Variablen oder Konstanten. Diese sind mittels einfacher Pfeile kausal in das Modell eingebunden. Von Konstanten führen nur Pfeile weg, während Variablen auch durch andere Größen beeinflusst werden können. Polaritäten an den Kausalpfeilen geben die Wirkrichtung an. Ein Plus kennzeichnet eine gleichgerichtete Wirkung und ein Minus eine entgegengesetzte.

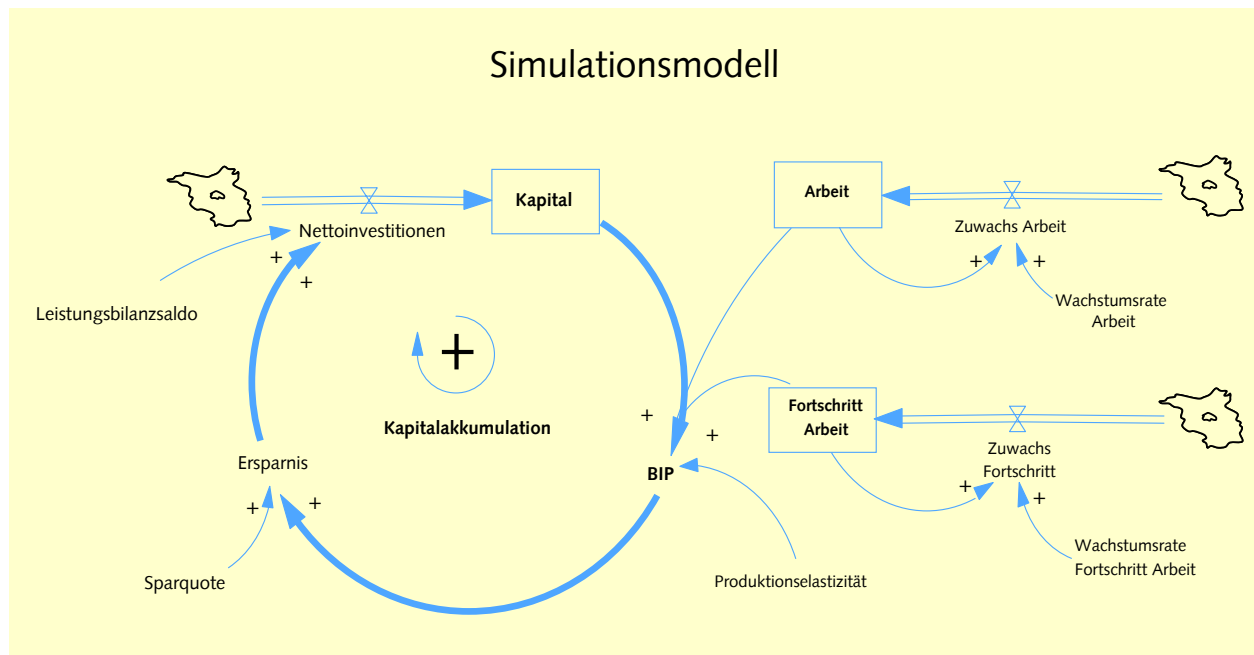
Die Abbildung zeigt das fertige neoklassische Simulationsmodell. Das Wachstumsmodell ist durch die Bestandsgrößen Kapital (K), Arbeit (N) und technischer Fortschritt (H) determiniert. Arbeit und technischer Fortschritt wachsen bei konstanter Wachstumsrate exponentiell. Der Kapitalstock (Nettoanlagevermögen) wächst ebenfalls exponentiell, jedoch ist er nicht nur vom eigenen Bestand, sondern auch von den Bestandsgrößen Arbeit und technischer Fortschritt abhängig. Dies ist durch die größere Feedbackschleife erkenntlich. Wachstum erfolgt in diesem Modell, wie schon im Abschnitt zum Wachstumsmodell erwähnt, nur durch Kapitalakkumulation, wenn die tatsächlichen Investitionen größer als die benötigten Investitionen sind.

Bis jetzt wurde immer von einer geschlossenen Volkswirtschaft ausgegangen. Das Modell kann aber zur besseren Wiedergabe der Realität auch in eine Version einer offenen Volkswirtschaft überführt werden. Dazu wird die Identität  $S = I$  erweitert zu  $S = I + LBS$ , wobei LBS der Leistungsbilanzsaldo ist.

Die Herleitung ergibt sich aus der Stromrechnung mit  $\Delta \text{Reinvermögen} = \Delta \text{Sachvermögen} + \Delta \text{Geldvermögen}$ . Die Reinvermögensänderung ist definiert als Ersparnis (S) und die Sachvermögensänderung ist durch die Investitionen (I) bestimmt. Da in einer offenen Volkswirtschaft die Änderung des Geldvermögens gleich der Änderung der Auslandsposition ist, entspricht die Veränderung des Geldvermögens dem LBS<sup>7)</sup>.

Der LBS eines Landes ergibt sich aus der Summe der Handels-, der Dienstleistungs- und der Einkommensbilanz sowie der laufenden Übertragungen. Ist er größer Null, dann überwiegen die Exporte. Bei einem Defizit sind die Importe von Waren und Dienstleistungen größer.

Zur Bestimmung der Größe des LBS wurde eine Dummy-Variable eingeführt. Sie bestimmt die Größe des LBS als Vielfaches der Ersparnis. Mittels einer Optimierung wurde das BIP zu den gegebenen realen Daten Brandenburgs optimiert. Einzig veränderbare exogene Größe war die Dummy-Variable.



6) Kleinewefers, H., Jans, A., Einführung in die volkswirtschaftliche und wirtschaftspolitische Modellbildung, 1. Auflage, München, 1983, S. 25 f.

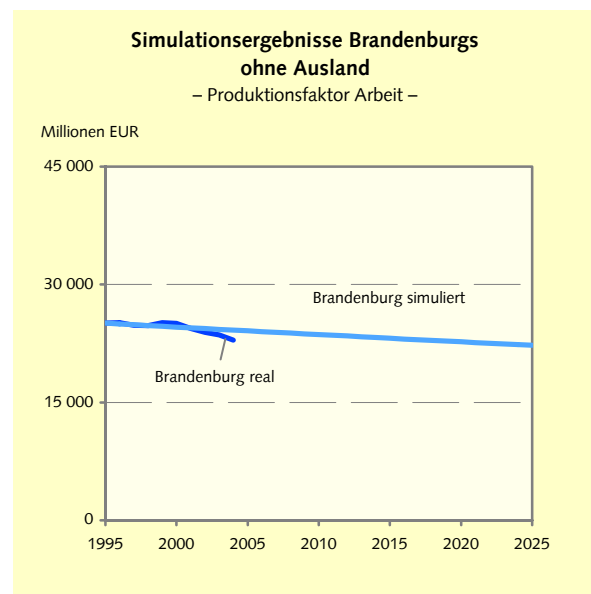
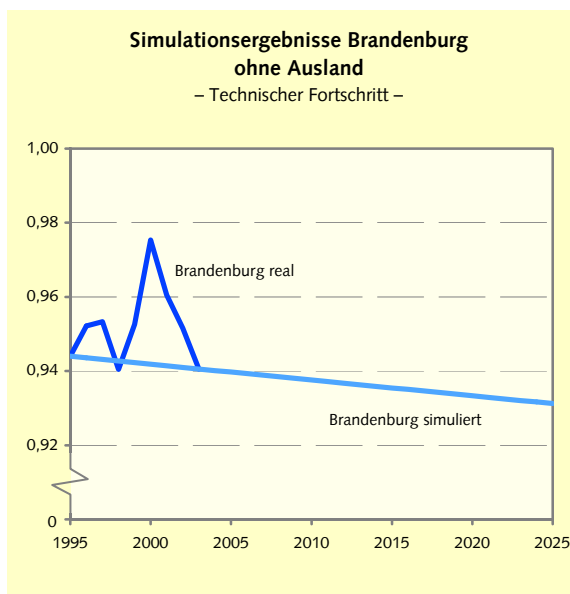
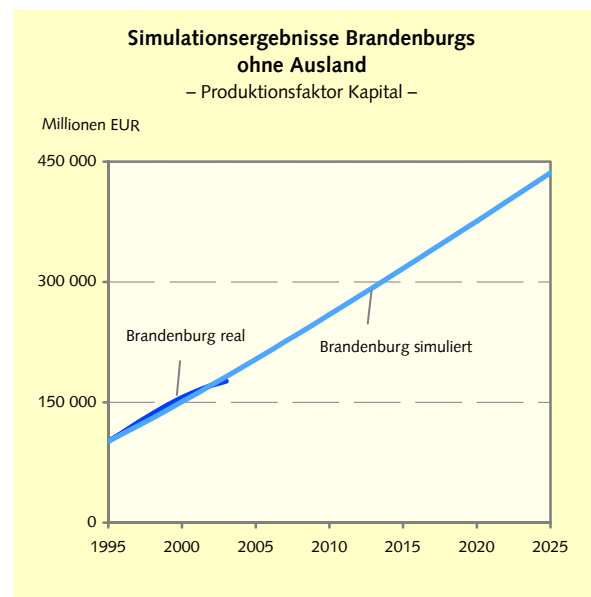
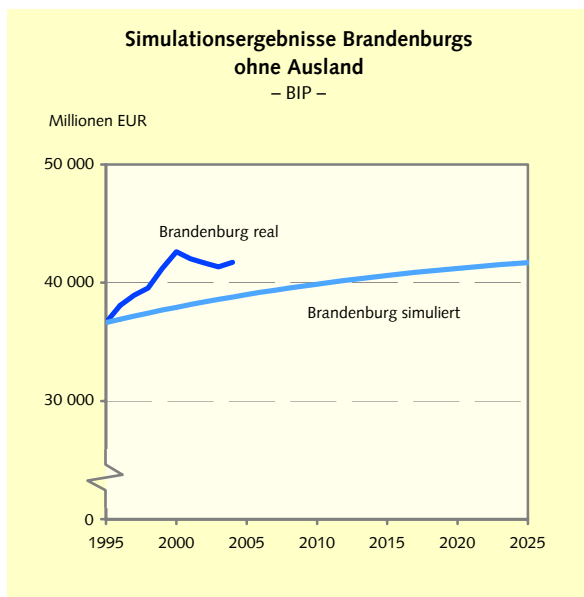
7) Cezanne, W., Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 6. Auflage, München 2005, S. 241.

### Simulationsergebnisse

In den folgenden Abbildungen sind die Simulationsergebnisse für Brandenburg zunächst als geschlossene Volkswirtschaft dargestellt.

Die genauen Zahlen können dem Anhang entnommen werden. Neben den sehr guten Simulationsergebnissen der einzelnen Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital

sowie des technischen Fortschrittes fällt auf, dass sich das simulierte BIP unterhalb der realen Daten entwickelt. Dies bedeutet, dass die eigenen Ersparnisse nicht ausreichen, das Wachstum des BIP Brandenburgs zu erklären. Es sind von „außen“ noch zusätzliche Investitionen notwendig. Deshalb wurde in einer zweiten Simulation der LBS eingeführt. Dieser wurde mittels Optimierung so gewählt, dass das simulierte BIP bestmöglich zu den realen Daten passt. Die Simulationsergebnisse sind in der Abbildung im Vergleich dargestellt.

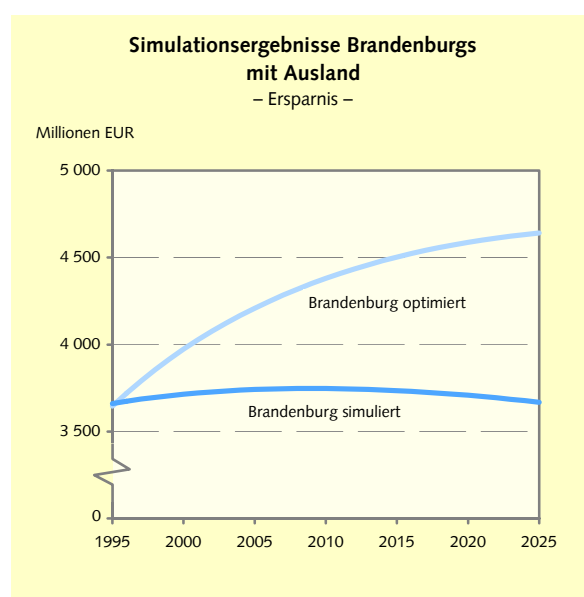
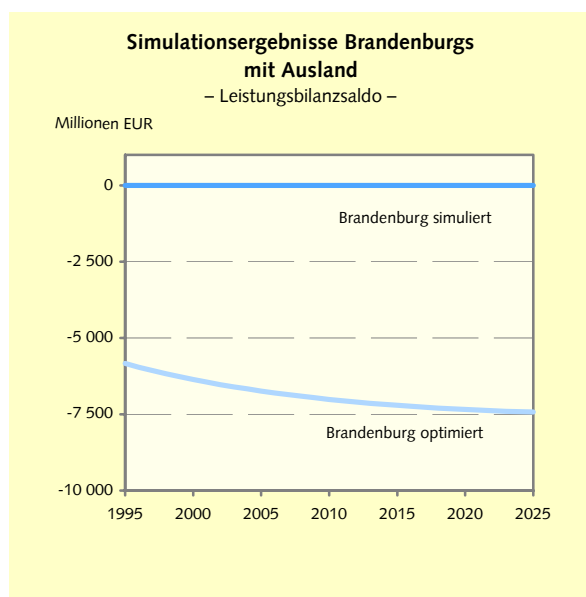
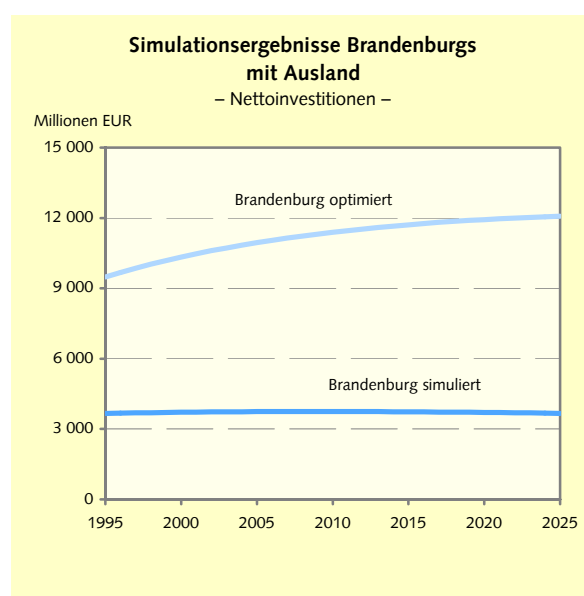
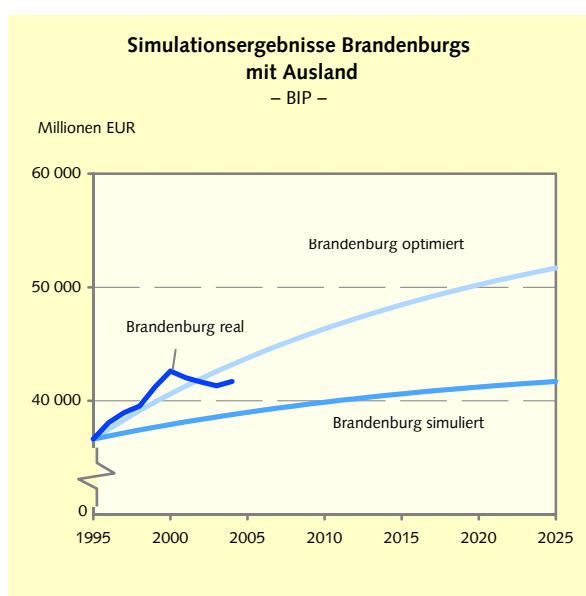




In den Abbildungen sind die einzelnen Werte im Vergleich zum ersten Simulationslauf dargestellt. In der Grafik ist beispielsweise zu sehen, dass die Nettoinvestitionen aufgrund der zusätzlichen Investitionen ansteigen. Das BIP Brandenburgs kann durch die Optimierung mit einem Bestimmtheitsmaß  $R^2=0,76$  erklärt werden. Die Dummy-Variable hat einen Wert von  $-1,6012$  und stellt eine relative Bezugsgröße des LBS zu den Ersparnissen dar. Da der Wert negativ ist, bedeutet dies, dass ein Leistungsbilanzdefizit vorliegt. Die Importe übersteigen die Exporte. Das Interessante daran ist, dass der LBS das 1,6-fache der Ersparnis beträgt. Übertragen auf das Land Brandenburg bedeutet dies, dass es mehr vom Ausland lebt als aus sich

heraus. Wichtig ist, dass unter Ausland hier außerhalb des Landes Brandenburg zu verstehen ist. Dies schließt das eigentliche Ausland und auch die anderen Teile Deutschlands ein.

Ist das Ergebnis plausibel? Die Summe der Finanzierungssalden der Haushalte ( $FS_{HH}$ ), des Staates ( $FS_{St}$ ) und der Unternehmen ( $FS_U$ ) entspricht dem Finanzierungssaldo des Auslandes ( $FS_A$ ). Dies ist der LBS. In der folgenden Tabelle sind die Salden für die Haushalte und das Land Brandenburg neben dem simulierten LBS eingetragen. Für die Unternehmen konnte leider kein Finanzierungssaldo ermittelt werden.



## Finanzierungssalden

Jahr	Haushalte FS <sub>HH</sub>	Staat FS <sub>St</sub>	Ausland FS <sub>A</sub> = LBS
	Mill. EUR		
1995	2 193,4	– 1 520,6	– 5 836,2
1996	2 147,6	– 1 271,6	– 5 955,8
1997	2 310,1	– 854,7	– 6 067,4
1998	2 537,9	– 809,3	– 6 171,6
1999	2 951,5	– 656,2	– 6 269,2
2000	3 039,4	– 455,3	– 6 360,6
2001	3 219,3	– 562,5	– 6 446,2
2002	2 918,0	– 1 655,1	– 6 526,5
2003	2 937,3	– 944,9	– 6 601,8
2004		– 508,4	– 6 672,5
2005		– 525,9	– 6 738,8

Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik  
Brandenburg, 2006-05-01

Die Summe aller Finanzierungssalden ist null. Üblicherweise haben private Haushalte einen positiven Saldo, da sie sparen. Der Staat hat häufig einen negativen Saldo. Dies bedeutet, dass er Staatsverschuldung betreibt. Da der simulierte LBS auch negativ ist, kann der Finanzierungssaldo der Unternehmen in unserem Beispiel nur negativ sein. Dies wäre plausibel, da Unternehmen normalerweise investieren und nicht sparen. Es kann zwar aufgrund der fehlenden Daten der Unternehmen keine Aussage über die Richtigkeit des simulierten LBS getroffen werden, dennoch ist das Ergebnis logisch erklärbar.

## Fazit

Mittels der Simulation konnte nachgewiesen werden, dass sich die Entwicklung Brandenburgs auch theoretisch begründen lässt. Verfeinerte Ansätze könnten geeignet sein, ein Prognosetool für die mittel- bis langfristige Entwicklung zu werden. Interessant ist, dass durch diese Methode der LBS Brandenburgs grob abgeschätzt werden kann. Jedoch ist dieser nicht mit dem Anteil Brandenburgs am deutschen LBS zu verwechseln.

## Tabellenanhang:

## Datentabelle reale Daten und Regression

Merkmal	BIP	Nettoanlagevermögen	Arbeit	Fortschritt Arbeit	Sparquote	Sparquote
	Y	K	N	H	s	s (Regression)
	Mill. EUR	Mill. EUR	Mill. EUR	–	%	%
Initialisierungswerte	36 633,4	101 434,1	25 081,2	0,944	durch Regression	9,95
Wachstumsrate	endogen	endogen	0,3966%	– 0,045	durch Regression	
Jahr						
1995	36 633,4	101 434,1	25 081,2	0,94	10,73	9,95
1996	38 084,5	112 663,5	25 128,0	0,95	10,89	9,92
1997	38 959,9	124 779,0	24 817,4	0,95	10,67	9,88
1998	39 539,6	135 880,0	24 770,7	0,94	10,01	9,85
1999	41 211,3	146 455,5	25 125,1	0,95	9,40	9,82
2000	42 627,1	155 954,4	25 066,9	0,98	9,10	9,78
2001	42 031,6	164 134,0	24 406,5	0,96	9,41	9,75
2002	41 656,7	171 060,0	23 896,6	0,95	9,49	9,71
2003	41 333,8	176 340,1	23 599,0	0,94	9,58	9,68
2004	41 716,3		22 914,9			9,65
2005						9,62

Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder, [http://www.statistik-bw.de/Arbeitskreis\\_VGR](http://www.statistik-bw.de/Arbeitskreis_VGR), 2006-03-01 und eigene Berechnungen

## Simulationsergebnisse

Jahr	BIP simuliert	BIP optimiert	Kapital optimiert	Arbeit optimiert	Technischer Fortschritt optimiert	LBS optimiert	Ersparnis optimiert
	Y	Y	K	N	H	LBS	S
	Mill. EUR	Mill. EUR	Mill. EUR	Mill. EUR	–	Mill. EUR	Mill. EUR
1995	36 633,4	36 633,4	101 434,0	25 081,2	0,944	– 5 836,2	3 645,0
1996	36 910,6	37 512,3	110 915,2	24 981,7	0,944	– 5 955,8	3 719,7
1997	37 177,6	38 346,3	120 590,6	24 882,6	0,943	– 6 067,4	3 789,4
1998	37 434,9	39 139,4	130 447,4	24 784,0	0,943	– 6 171,7	3 854,5
1999	37 682,9	39 894,7	140 473,5	24 685,7	0,942	– 6 269,2	3 915,5
2000	37 921,9	40 615,2	150 658,2	24 587,8	0,942	– 6 360,6	3 972,5
2001	38 152,3	41 303,4	160 991,3	24 490,3	0,941	– 6 446,2	4 026,0
2002	38 374,3	41 961,5	171 463,6	24 393,1	0,941	– 6 526,5	4 076,2
2003	38 588,2	42 591,4	182 066,3	24 296,4	0,941	– 6 601,8	4 123,2
2004	38 794,4	43 194,9	192 791,3	24 200,0	0,940	– 6 672,5	4 167,3
2005	38 993,1	43 773,8	203 631,1	24 104,0	0,940	– 6 738,8	4 208,7
2006	39 184,5	44 329,2	214 578,5	24 008,4	0,939	– 6 801,0	4 247,5
2007	39 368,9	44 862,7	225 627,0	23 913,2	0,939	– 6 859,3	4 283,9
2008	39 546,5	45 375,4	236 770,1	23 818,4	0,938	– 6 913,8	4 318,1
2009	39 717,6	45 868,3	248 002,0	23 723,9	0,938	– 6 965,0	4 350,0
2010	39 882,2	46 342,5	259 317,0	23 629,8	0,938	– 7 012,9	4 380,0
2011	40 040,7	46 798,8	270 709,9	23 536,1	0,937	– 7 057,8	4 407,9
2012	40 193,2	47 238,2	282 175,7	23 442,8	0,937	– 7 099,7	4 434,1
2013	40 339,9	47 661,4	293 709,4	23 349,8	0,936	– 7 138,8	4 458,5
2014	40 481,0	48 069,1	305 306,7	23 257,2	0,936	– 7 175,2	4 481,3
2015	40 616,6	48 462,1	316 963,2	23 165,0	0,935	– 7 209,1	4 502,4
2016	40 746,9	48 840,8	328 674,7	23 073,1	0,935	– 7 240,6	4 522,1
2017	40 872,0	49 206,0	340 437,4	22 981,6	0,935	– 7 269,7	4 540,3
2018	40 992,1	49 558,2	352 247,4	22 890,4	0,934	– 7 296,7	4 557,2
2019	41 107,3	49 897,8	364 101,3	22 799,7	0,934	– 7 321,6	4 572,7
2020	41 217,7	50 225,4	375 995,6	22 709,2	0,933	– 7 344,5	4 587,0
2021	41 323,5	50 541,4	387 927,0	22 619,2	0,933	– 7 365,4	4 600,0
2022	41 424,8	50 846,3	399 892,4	22 529,5	0,932	– 7 384,5	4 611,9
2023	41 521,7	51 140,4	411 888,8	22 440,1	0,932	– 7 401,8	4 622,8
2024	41 614,4	51 424,2	423 913,2	22 351,1	0,932	– 7 417,4	4 632,5
2025	41 702,9	51 697,9	435 963,0	22 262,5	0,931	– 7 431,3	4 641,2

Lars Weber 

*Dipl. Kaufmann Lars Weber ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Prof. Cezanne am Lehrstuhl VWL/Makroökonomik an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus*

## Das Unternehmensregister richtig auswerten – aber wie?

– Eine Betrachtung zum aktuellen Methodenstreit –

*Mit diesem Beitrag möchte sich der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg an dem gegenwärtigen Methodenstreit innerhalb der Statistischen Ämter der Länder und des Bundes beteiligen. Die bisherige Praxis der Auswertung des Unternehmensregisters wird einer neueren Methodik gegenübergestellt und die Vor- und Nachteile werden anhand einer Auswertung des Registers für Brandenburg herausgearbeitet und diskutiert. Zukünftig werden sicherlich flexible Auswertungsinstrumente stärker nachgefragt werden.*

### Ein Beispiel

Anfang des Jahres 2006 veröffentlichte der LDS Brandenburg folgende Pressemitteilung: „Nach einer Auswertung des Unternehmensregisters waren Ende Dezember 2005 in Brandenburg 80 875 Unternehmen ansässig. In der Auswertung 2004 wurden 80 143 Unternehmen gezählt. Bei einer Betrachtung nach Größengruppen sind 91 Prozent der Unternehmen den Kleinstunternehmen mit weniger als 10 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zuzuordnen. Kleinunternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten machen rund 8 Prozent aus. Auf die mittelgroßen Unternehmen (50 bis 249 Beschäftigte) entfallen 1,6 Prozent. Große Unternehmen mit über 250 Angestellten machen lediglich 0,2 Prozent aus, allerdings sind dort rund ein Viertel der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aller brandenburgischen Unternehmen tätig.

Beim Unternehmensregister handelt es sich um eine in allen Statistischen Landesämtern geführte Datenbank der wirtschaftlich aktiven Unternehmen und Betriebe des jeweiligen Landes. Sie enthält Angaben zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und steuerbaren Umsätzen. Diese Daten werden jährlich aus Verwaltungsdaten und anderen Quellen aktualisiert. Damit ermöglicht das Register einen groben Gesamtüberblick über die Wirtschaftsstruktur eines Landes. Nicht in Auswertungen einbezogen sind derzeit Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft, des Fischereiwesens und der öffentlichen Verwaltung. Bedingt durch die Informationsübernahme aus verschiedenen Quellen mit unterschiedlichem Zeitstand erreicht das Unternehmensregister allerdings nicht die Qualität einer stichtagsbezogenen Zählung.“

Kurz darauf erschien in einer Tageszeitung unter der Titelzeile „732 Brandenburger Unternehmen mehr als im Vorjahr“ ein nochmals stark gekürzter Text der Pressemitteilung.

Es gehört zur Pressefreiheit, dass Texte gekürzt und interpretiert werden und auch, dass dafür eine zugkräftige Überschrift gesucht wird. Der Herausgeber der Pressemitteilung muss aber dafür Sorge tragen, dass so wenig wie möglich Anhaltspunkte für Fehlinterpretationen ent-

halten sind. Das gelingt immer besser, wenn statistische Methoden und Begriffe den landläufigen Vorstellungen eines Durchschnittsbürgers entsprechen.

Gab es nun wirklich per Saldo aus Unternehmensschließungen und Neugründungen am Ende des Jahres 732 Unternehmen mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres? Den Wirtschaftsminister würde es freuen!

Der erklärende Absatz, was das Unternehmensregister ist und wie präzise seine Angaben sind, wird zwar zur Kenntnis genommen, kann aber nur mit einem Quentchen Insiderwissen verstanden werden. Hätte man aus der Pressemitteilung den Satz mit den Vorjahresdaten herausgelassen, wäre die genannte Überschrift nicht möglich gewesen – aber wäre dann noch etwas davon in die Presse gelangt?

### Grundlagen

Das Unternehmensregister hat innerhalb der Statistik eine gewisse Doppelfunktion. Einerseits ist es eine laufend fortgeschriebene und aktualisierte Datenbank der Unternehmens- und Betriebspopulation eines Landes und andererseits Auswahlgrundlage und Adressspeicher für Primärstatistiken, die über Befragungen von Wirtschaftseinheiten erstellt werden.

Einerseits soll die Grundgesamtheit zu einem bestimmten Stichtag mit ihren regionalen, wirtschaftszweiglichen und Größenordnungsmerkmalen (Umsatz und Beschäftigte) ausgezählt werden – dabei wären zeitlich passfähige Daten erstrebenswert – andererseits kommen durch die Primärstatistiken ganz aktuelle Informationen in das Register, die zeitnah in den Registerbestand eingearbeitet werden. Damit entstehen im Register zeitliche Inkonsistenzen, die für Auswertungen problematisch sind.

Die Befüllung des Unternehmensregisters erfolgt bekanntlich zum überwiegenden Teil aus den beiden großen Verwaltungsdateien; der Datei der Finanzverwaltung für die Umsätze und der Datei der Bundesagentur für Arbeit

für die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Zum Zeitpunkt der Verarbeitung im Register sind diese 18 bis 24 Monate alt. Informationen aus dem Erhebungsgeschäft sind wesentlich aktueller. Etwa 15 % der Registereinheiten sind in ein kurzfristiges Erhebungsgeschäft einbezogen. Dabei liegt der Schwerpunkt im Verarbeitenden Gewerbe und Baugewerbe. Handel und Dienstleistungen sind über Stichproben eingebunden. Viele Einheiten in den Registern werden also nur über die Verwaltungsdateien gepflegt und aktualisiert und für diese besteht hinsichtlich der auszuwertenden Merkmale und ihrer wirtschaftlichen Existenz auch zeitliche Konsistenz.

Der Trend zur Entlastung der Wirtschaft und Verwaltung und weiterer Entbürokratisierung wird immer mehr Informationseinbußen aus dem primären Erhebungsgeschäft zur Folge haben. In diesbezüglichen Gesetzentwürfen liest man immer wieder in den Begründungen, dass als Ersatz das Unternehmensregister erhalten könne. Dieses wird aber bei der Beibehaltung der gegenwärtigen Fortschreibungspraxis immer unaktueller.

Gerade für Stichproben und damit verbundene Hochrechnungen auf die Grundgesamtheit bei der Ergebniserstellung ist es wichtig, auf einen möglichst aktuellen Registerstand aufsetzen zu können. Es macht wenig Sinn, in der Stichprobe ein Unternehmen als Repräsentant für viele Gleichartige auszuwählen, welches zwar vor zwei Jahren bestand, aber inzwischen geschlossen wurde. So werden im Rahmen der Registerführung vielfältige Informationsquellen genutzt. In Brandenburg z.B. die Gewerbeabmeldungen, um den Bestand der wirtschaftlich aktiven Unternehmen möglichst zeitnah abzubilden und nicht mehr aktive mit dem entsprechenden Kennzeichen zu versehen. Damit kann im darauffolgenden Erhebungsgeschäft bei Erststichproben oder ad hoc Befragungen ohne Vorbefragung gearbeitet werden. Je besser also die Datenbestände in dieser Hinsicht gepflegt sind, desto größer ist die Unterrepräsentation des Einheitenbestandes bei Auszählungen.

### Gegenwärtige Methodik

Die gegenwärtige und unter den Ländern abgestimmte Auswertungsformel lautet:

In die Auszählung werden alle zum Zeitpunkt der Erstellung der Registerkopie (in der Regel der 31.12. des jeweiligen Jahres des Registerstandes) als aktiv gekennzeichneten Einheiten (Unternehmen und Betriebe) einbezogen, wenn sie im aktuell verfügbaren Bezugsjahr der einschlägigen Verwaltungsdateien mit Angaben (Umsätzen und/oder Beschäftigten) beliefert wurden. Das aktuell verfügbare Bezugsjahr ist immer zwei Jahre vor dem Stichtag des Registerstandes.

Es werden zwar zum Teil auch Neuzugänge wirtschaftlicher Einheiten aus verschiedenen Informationsquellen wie z.B. Handelsregistereinträgen, Erkenntnisse über Neugründungen aus dem Erhebungsgeschäft, Gewerbeanmeldungen usw. in die Register aufgenommen. Diese können aber nicht in die Auswertung einbezogen werden, weil dazu noch keine qualitativen Merkmale aus den Verwaltungsdateien vorliegen, die derzeit einziger Anhaltspunkt für ihre wirtschaftliche Aktivität und ihre Größenklassifikation sind.

Eine Auswertung aus dem Register ist bei der gegenwärtigen Form der Datenhaltung immer nur aus der zu einem bestimmten Zeitpunkt erstellten Registerkopie möglich. Diese muss einen gewissen Qualitätsstand aufweisen:

- die Dateien des jeweiligen Bezugsjahres müssen vollständig verarbeitet sein,
- die Strukturen zwischen Betrieben und Unternehmen müssen fehlerfrei abgebildet sein,
- der Länderaustausch zu Strukturen und Beschäftigten von Betrieben muss erfolgt sein,
- der Datenaustausch zu landesfremden Steuerzahlern muss durchgeführt sein und
- die geschätzten Umsätze für Organkreise müssen für Auswertungen der Umsatzgrößenklassen eingearbeitet sein.

Da die Verwaltungsdateien für die Registerpflege nur jährlich geliefert werden, bildet die so erstellte Registerkopie die Datengrundlage für Registerauswertungen des gesamten Folgejahres, so lange, bis die neue Jahresscheibe mit den neuen Datenlieferungen zur Verfügung steht.

Die genannten Arbeiten sowie weitere Qualitätskontrollen und die Überprüfung von Neuzugängen auf eventuelles Vorhandensein im Register aus anderen Quellen (Dublettenvermeidung) beanspruchen mit dem zur Verfügung stehenden Personal in den Landesämtern auch etwa den Zeitraum eines Jahres. Eine Verkürzung dieses Bearbeitungszeitraumes ist gegenwärtig aus technischen Gründen der Datenhaltung auch gar nicht möglich, da zur Erstellung der homogenen Zeitscheibe auch noch keine Daten des nächst folgenden Bezugszeitraumes eingearbeitet sein dürfen.

Die gegenwärtige Auswertungsmethode erfasst nur die zum Stichtag der Registerkopie als aktiv gekennzeichneten Einheiten. Die Zahl der in die Auszählung einbezogenen Einheiten wird nicht nur von dem Fakt bestimmt, inwieweit der Aktivitätsstatus durch das Vorhandensein aktueller (zwei Jahre alter) Daten aus Fremddateien untersetzt ist, sondern sie wird auch durch die Intensität festgestellter und zeitnah in das Register eingearbeiteter Informationen

zur Beendigung der Geschäftstätigkeit einzelner Einheiten beeinflusst.

Werden also eingehende Informationen aus Gewerbeabmeldungen, Löschungen aus dem Handelsregister oder durch die bestehende Auskunftspflicht erfolgende Rückmeldungen zur eingestellten Geschäftstätigkeit vor oder nach Erstellung der Registerkopie eingearbeitet, so hat das Einfluss auf die Zahl der zum Stichtag als aktiv gekennzeichneten Einheiten – und da sind schnell 732 Unternehmen zusammen!

Eine stringente und unter den Ländern abgestimmte Vorgabe, wie und wie schnell solche Informationen eingearbeitet werden sollten, gibt es nicht.

### Alternative Methodik

Um diesen unsystematischen Einflussfaktor, der sich bei Wirtschaftsbereichen, in denen ein enger Kontakt mit Firmen über das Erhebungsgeschäft besteht, besonders negativ auswirkt, zurückzudrängen, wird folgende Alternative vorgeschlagen:

Das Kriterium der Belieferung mit aktuellen Daten aus den Verwaltungsdateien wird weiterhin als Existenznachweis gewertet – es werden aber alle Einheiten unabhängig vom Aktivitätsstatus zum Stichtag gezählt.

Für Brandenburg wurde für die Registerstände 2004 und 2005 deshalb eine vergleichende Auswertung gemacht und in der umseitigen Tabelle dargestellt.

Es besteht demnach eine nicht unbeträchtliche Differenz, die das Auszählergebnis um 11 bis 12 Prozent verfälscht. Bei Verwendung der Alternativmethode kehrt sich der vermeintliche Zuwachs von Unternehmen sogar in einen Rückgang von 195 Unternehmen zum Vorjahr um.

Auf Grund der Tatsache, dass sich die Abweichungen nicht nur in Brandenburg, sondern auch in anderen Ländern und auch auf Bundesebene in diesen Größenordnungen darstellen und von einigen Informationsempfängern, die Daten aus den Registern angefordert hatten, bemängelt wurden, wird z.Zt. heftig über die „richtige“ Auswertungsmethode gestritten. Dabei werden die unterschiedlichsten Argumente ins Feld geführt und jeder hat irgendwie recht!

### Wie weiter?

Spätestens jetzt muss die Frage beantwortet werden:

„Was soll mit der Registerauswertung dargestellt werden?“

- ☐ Stichtagsbestände?
- ☐ Unternehmensfluktuation?
- ☐ Zeitreihen?
- ☐ Struktur und Strukturwandel bzgl. Wirtschaftsgliederung?
- ☐ Struktur und Strukturwandel bzgl. Größenklassifizierung?
- ☐ Struktur und Strukturwandel bzgl. regionaler Aspekte?

Für annähernde Stichtagsbestände und Zeitreihen wäre die genannte Alternative sicher besser, da damit ein unsystematischer Einflussfaktor ausgeschaltet wird. Die Fluktuationsrate ergibt sich aus der vergleichenden Betrachtung beider Auswertungen. Wenn man unterstellt, dass die Differenz in Brandenburg in erster Linie durch die Schließung von knapp 10 000 Unternehmen entstanden ist, kann bei annähernd gleichbleibenden Unternehmensbestand auf eine gleich große Zahl von substanziellen Neugründungen ausgegangen werden. Eine intern durchgeführte Testauswertung zur Unternehmensdemografie bestätigte diese Größenordnung.

Für den Nachweis von Struktur und Strukturwandelprozessen nach den unterschiedlichen Gesichtspunkten ist wahrscheinlich die Auswertung nur der zum Stichtag aktiven Einheiten günstiger, da das eher der aktuellen Situation entspricht. Allerdings bergen auch hier die Mischformen der Zeitstände, die in den Wirtschaftsabteilungen unterschiedlich stark ausgeprägt sind, bei einer zu starken Feingliederung die Gefahr von Fehlinterpretationen.

### Fazit:

Das Register liefert keine so fundierten und zeitlich homogenen Ergebnisse wie eine stichtagsbezogene Arbeitsstättenzählung. Dafür sind aber jährlich aktualisierte Daten verfügbar. Bei richtiger Anwendung verschiedener Auswertungsmethoden können durchaus zweckdienliche und belastbare Daten gewonnen werden.

Da die Auswertungen und Veröffentlichungen sowie auch die Auswertungswünsche von Kunden zu Daten aus dem Unternehmensregister derzeit noch in den Anfängen stehen, wird sich die Frage, welche Methode angewendet werden soll, nicht absolut, sondern nur durch Hinterfragen des Auswertungsziels und des analytischen Verwendungszwecks beantworten lassen.

Es wird einfach nicht „die Methode“ und „die Datenveröffentlichung“ geben, die den vielfältigen Auswertungswünschen und auch Möglichkeiten Rechnung trägt. Deshalb sollte nicht unbedingt eine Vielzahl von Standardtabellen kreiert werden, sondern die Auswertungsinstrumente weiter flexibilisiert werden.



Zur Zeit sind die Kunden größtenteils noch mit allem zufrieden, da es besser ist als das „Nichts“ der Vergangenheit. Aber die Ansprüche werden wachsen und auch die Vergleichsmöglichkeiten mit kommerziellen

Datenbankanbietern, die im Gegensatz zur amtlichen Statistik nicht nur Zahlen, sondern auch noch Namen und Adressen zu bieten haben.

**Vergleich der herkömmlichen und der alternativen Auswertungsmethode aus dem brandenburgischen Unternehmensregister**

WZ-Gliederung	Registerstand						Entwicklung	
	2004			2005			2005 zu 2004	
	alte Methode	Alternative	Abweichung	alte Methode	Alternative	Abweichung	alte Methode	Alternative
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%		
Auszählung für Unternehmen								
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	58	70	82,9	63	70	90,0	108,6	100,0
D Verarbeitendes Gewerbe	5 425	6 197	87,5	5 304	6 020	88,1	97,8	97,1
E Energie- und Wasserversorgung	275	291	94,5	291	303	96,0	105,8	104,1
F Baugewerbe	12 166	15 005	81,1	12 474	14 901	83,7	102,5	99,3
G Handel	18 921	21 933	86,3	18 647	21 367	87,3	98,6	97,4
H Gastgewerbe	6 212	7 072	87,8	6 138	6 934	88,5	98,8	98,0
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3 615	4 346	83,2	3 766	4 387	85,8	104,2	100,9
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	1 127	1 249	90,2	1 172	1 273	92,1	104,0	101,9
K Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung	15 724	17 616	89,3	16 307	18 199	89,6	103,7	103,3
M Erziehung und Unterricht	1 692	1 764	95,9	1 701	1 778	95,7	100,5	100,8
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	6 922	6 953	99,6	6 976	7 012	99,5	100,8	100,8
O Erbringung von sonstigen öffentlichen und privaten Dienstleistungen	8 006	8 555	93,6	8 036	8 612	93,3	100,4	100,7
<b>Insgesamt</b>	<b>80 143</b>	<b>91 051</b>	<b>88,0</b>	<b>80 875</b>	<b>90 856</b>	<b>89,0</b>	<b>100,9</b>	<b>99,8</b>
Auszählung für Betriebe								
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	71	87	81,6	74	83	89,2	104,2	95,4
D Verarbeitendes Gewerbe	5 757	6 600	87,2	5 653	6 428	87,9	98,2	97,4
E Energie- und Wasserversorgung	344	363	94,8	352	366	96,2	102,3	100,8
F Baugewerbe	12 235	15 102	81,0	12 521	14 984	83,6	102,3	99,2
G Handel	21 497	24 908	86,3	21 243	24 350	87,2	98,8	97,8
H Gastgewerbe	6 507	7 447	87,4	6 402	7 273	88,0	98,4	97,7
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	4 403	5 249	83,9	4 568	5 314	86,0	103,7	101,2
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	1 422	1 571	90,5	1 453	1 572	92,4	102,2	100,1
K Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung	16 504	18 489	89,3	17 125	19 130	89,5	103,8	103,5
M Erziehung und Unterricht	1 806	1 887	95,7	1 807	1 899	95,2	100,1	100,6
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	7 000	7 034	99,5	7 057	7 097	99,4	100,8	100,9
O Erbringung von sonstigen öffentlichen und privaten Dienstleistungen	8 205	8 788	93,4	8 245	8 855	93,1	100,5	100,8
<b>Insgesamt</b>	<b>85 751</b>	<b>97 525</b>	<b>87,9</b>	<b>86 500</b>	<b>97 351</b>	<b>88,9</b>	<b>100,9</b>	<b>99,8</b>

Claudia Kathke 

## Das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter im Dialog mit der Wissenschaft

– Nutzerkonferenz am 31. August und 1. September 2006 in Berlin –

Seit 2004 stellt das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter wissenschaftlichen Einrichtungen unter Berücksichtigung gesetzlicher Regelungen – für Analysen von politischen, ökonomischen oder sozialen Fragestellungen ein breites Spektrum an Mikrodaten zur Verfügung.

Auf der Konferenz am 31. August und 01. September 2006 soll eine erste Bilanz gezogen werden. Unter dem Titel „**Unternehmen und Arbeitsmarkt in Bewegung – Was gewinnt die Forschung durch amtliche Mikrodaten?**“ führt das Forschungsdatenzentrum (FDZ) der Statistischen Landesämter eine gemeinsame Konferenz mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin (DIW) und dem Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB) durch.

Im Vordergrund der Konferenz steht der fachliche Austausch. Am ersten Konferenztag werden in vier thematischen Blöcken je zwei Forschungsprojekte vorgestellt, die sich mit der Wirkung von Innovationen, Effizienz und Weiterbildung auf den Erfolg von Unternehmen beschäftigen und die Entwicklung von Unternehmen speziell in Ostdeutschland beleuchten.

Am zweiten Konferenztag steht die Auseinandersetzung mit aktuellen Arbeitsmarktprozessen im Vordergrund. In drei thematischen Blöcken werden Forschungsergebnisse zu „Tarifverträgen und Löhnen“, zur „Erwerbsbeteiligung von Frauen“ und zur „Evaluation von Arbeitsmarktreformen“ vorgestellt. Neben der Diskussion der inhaltlichen

Fragen möchte die Konferenz aufzeigen, welchen Beitrag die Forschungsdatenzentren mit ihren Datenbeständen für diese Forschungsgebiete leisten können.

Zum Abschluss des zweiten Konferenztages wirft die Veranstaltung einen Blick in das nahe Ausland. Wissenschaftler aus Dänemark und den Niederlanden berichten über die Arbeit mit amtlichen Mikrodaten in ihren Ländern.

Auch Brandenburger Wissenschaftler werden ihre Forschungsergebnisse vorstellen. Als Nachwuchswissenschaftler referiert Stefan Mangelsdorf, Doktorand am Lehrstuhl von Prof. Dr. Hans Gerhard Strohe für Statistik und Ökonometrie der Universität Potsdam, zu „Ausgewählten Fragen der Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes in Berlin und Brandenburg“. Prof. Dr. Andreas Stephan, seit 2003 Juniorprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Empirische Wirtschaftsforschung und Industrieökonomik an der Europa Universität Viadrina, Frankfurt (Oder) und Mitarbeiter am DIW Berlin, stellt seine jüngsten Erkenntnisse zum Thema „Determinanten der technischen Effizienz von Unternehmen“ vor.

Die Konferenz findet in Berlin in den Räumlichkeiten des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung Berlin (WZB) statt. Weitere Informationen zur Konferenz sowie zum Programm erhalten Sie unter:  
<http://www.forschungsdatenzentrum.de/>

Dr. Heide Wilsdorf-Köhler



## Volkszählung vom 1. Dezember 1905

*In der Bundesrepublik wird eine neue Volkszählung vorbereitet. Es soll im Jahr 2011 – das sind 24 Jahre nach der letzten Erhebung – ein Registergestützter Zensus werden. Vor 100 Jahren fanden diese statistischen Großereignisse noch alle 5 Jahre statt. Es wurde primärstatistisch erhoben. Die Ergebnisse wurden zügig, wenn auch mit Problemen, veröffentlicht. In einer Lokalzeitung fanden wir den folgenden Standardtext, der uns einige interessante Einblicke in die damalige Praxis gewährt. Bemerkenswert finden wir:*

- den Umfang der Erhebungsmerkmale – z. B. bis zu 20 Untergruppen des Religionsbekenntnisses,
- die regionale Gliederung – beispielsweise der Kolonien bis zu Polynesien,
- und die Art der Veröffentlichung sowie die Übergabe der Daten – entsprechend dem Stand der Technik teilweise handschriftlich.

*Wir haben den Text in der damaligen Rechtschreibung, Grammatik sowie im Satzbild belassen, nur die Zeilenlänge musste angepasst werden. Unsere Standardschrift setzen wir natürlich ein. Wer möchte heute noch die schöne aber schwer erfassbare Fraktur lesen?*

### Bekanntmachung<sup>1)</sup>

#### Zeitpunkt der Feststellung für die Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 in Preußen.

An das Königliche Statistische Landesamt gelangen fortgesetzt von Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden, Handelskammern, Verbänden, Anstalten, Geistlichen, Buchhändlern usw. zahlreiche, zum Teil sehr dringliche Anträge auf Mitteilung der endgültigen Ergebnisse der letzten Volkszählung, sodaß deren einzelne Beantwortung auf den Gang der Aufbereitungsarbeiten der Volkszählung störend einzuwirken beginnt. Zur Vermeidung weiterer verfrühter Anfragen sowie zur Entlastung des Königlichen Statistischen Landesamts erscheint es daher angezeigt, zur allgemeinen Kenntnis zu bringen, in welcher Form und Reihenfolge die Ergebnisse der letzten Volkszählung für das Königreich Preußen bearbeitet und festgestellt werden. Insbesondere dürfte es zweckmäßig sein, bekanntzugeben, wann und in welchem Umfange die Kreisbehörden und Städte sowie die Gemeinden mit über 2 000 Einwohnern auf Grund der ihnen vom Königlichen Statistischen Landesamte zugehenden statistischen Nachweisungen zur Auskunftserteilung in der Lage sein werden.

Die vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 sind bereits in den Sondernummern der „Statistischen Korrespondenz“ vom 30. Januar und 6. Februar d. Js. sowie in einem besonderen Hefte veröffentlicht, welches am 9. März d. Js. abgeschlossen, im Verlage des Kgl. Statistischen Landesamts erschienen und sämtlichen Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräten, Städten mit über 4 000 Einwohnern sowie einigen größeren Landgemeinden zugegangen ist.

Das endgültige Ergebnis wird in der Form der sogenannten J-Liste im amtlichen Auftrage sämtlichen Preußischen Landratsämtern im Laufe der Monate September und Oktober d. Js. seitens des Königlichen Statistischen Landesamts handschriftlich übersandt werden und für jede Stadt, jede Landgemeinde und jeden Gutsbezirk Zahlenangaben bieten über

1. die bewohnten Wohnhäuser,
2. die unbewohnten Wohnhäuser,
3. die sonstigen bewohnte Baulichkeiten, Hütten, Zelte, Wagen, Schiffe u. dergl.,
4. die gewöhnliche und Einzelhaushaltungen,
5. die Anstalten,
6. die ortsanwesende Bevölkerung nach dem Geschlechte nebst der Zahl der reichsangehörigen aktiven Militärpersonen,
7. die evangelischen, katholischen, und anderen Christen, die Juden, sowie die Personen mit sonstigem und unbekanntem Religionsbekenntnisse.

<sup>1)</sup> Quelle: Niederlausitzer Heidemuseum, Spremberger Stadtanzeiger vom 22. April 1906

Das in Form der sogenannten K-Liste aufgestellte endgültige Ergebnis, welches im amtlichen Auftrage sämtlichen Gemeinden mit mehr als 2 000 Einwohnern im Laufe der Monate September und Oktober d. Js. seitens des Königlichen Statistischen Landesamts handschriftlich zugehen wird, enthält für diese Gemeinden außer den vorgenannten Angaben noch solche über

1. die gewöhnlichen Haushaltungen von 2 und mehr Personen,
2. die einzellebenden Personen mit eigener Hauswirtschaft, unterschieden nach dem Geschlechte,
3. die Gasthöfe, Gasthäuser, Herbergen usw. mit einlogierten Gästen,
4. die anderen Anstalten aller Art,
5. die Bekenner anderer Religionen, die Personen mit unbestimmter sowie die ohne Angabe des Religionsbekenntnisses, sämtlich unterschieden nach dem Geschlechte.

Im übrigen bemerken wir bezüglich des Abschlusses der einzelnen Teile des Ergebnisses der letzten Volkszählung folgendes:

- I. Im Oktober d. J. wird nach dem Arbeitsplane des Königlichen Statistischen Landesamts außer den Angaben der J- und K-Liste für jede Stadt, jede Landgemeinde und jeden Gutsbezirk endgültig festgestellt sein:
  1. das Religionsbekenntnis der Bewohner nach 20 Untergruppen mit Unterscheidung des Geschlechtes,
  2. die Muttersprache und zwar die deutsche, die hauptsächlichsten fremden sowie die Muttersprachen der Doppelsprachigen, mit Unterscheidung des Geschlechtes der Bevölkerung und nach 6 Hauptgruppen des Religionsbekenntnisses sowie mit der Angabe, ob die Fremdsprachigen der deutschen Sprache vollkommen mächtig sind,
  3. die Staatsangehörigkeit der am 1. Dezember 1905 als ortsanwesend ermittelten Personen, getrennt nach Staaten, in jedem Kreise für die Stadtgemeinden einerseits, die Landgemeinden und Gutsbezirke andererseits mit Unterscheidung des Geschlechtes.
- II. Am 1. Januar 1907 wird voraussichtlich für jeden Kreis und Regierungsbezirk endgültig ermittelt sein für 1. die Blinden, 2. die Taubstummen, 3. die Geisteskranken, 4. die Geistesschwachen:
  - a) das Religionsbekenntnis nach 6 Hauptgruppen,
  - b) die Stellung in der Familien-Haushaltung und die Zahl der Anstaltsinsassen,
  - c) das Alter nach 18 Altersklassen,
  - d) der Familienstand der Ledigen, Verheirateten, Verwitweten und Geschiedenen,
  - e) die Gebürtigkeit nach der Zählgemeinde, dem Zählkreise, der Zählprovinz usw.
  - f) der Berufs- und Erwerbszweig nach 26 Berufsarten,
  - g) die soziale Stellung nach je 3 Gruppen innerhalb der Hauptberufsarten.
- III. Im Januar 1907 wird in jedem Kreise für die Städte einerseits sowie die Landgemeinden und Gutsbezirke andererseits endgültig ermittelt sein:
  1. die Zahl der gewöhnlichen Haushaltungen mit zwei und mehr Personen nach der Mitgliederzahl und der Art der Zusammensetzung, wie z. B. nach den Gruppen: Pflinglinge und Pensionäre, im Dienste des Haushaltungsvorstandes stehendes Erziehungspersonal, Dienstboten für häusliche Dienste und ländliches Gesinde des Haushaltungsvorstandes, Kinder der Dienstboten bzw. des Gesindes, Gewerbe- und Arbeitsgehilfen des Haushaltungsvorstandes, Zimmerabmieter, Aftermieter, Chambregarnisten, Schlafgänger, Familienangehörige im engeren Sinne, mit dem Haushaltungsvorstande nicht verwandte Mitglieder usw. mit Unterscheidung des Geschlechtes,
  2. für jeden Kreis Zahl und Bezeichnung der Anstalten aller Art sowie die Zahl ihrer Insassen.
- IV. Am 1. April 1907 wird in jedem Kreise für die Stadtgemeinden einerseits, die Landgemeinden und Gutsbezirke andererseits festgestellt sein:
  1. der Geburtsmonat für die unter 1 Jahr alten Kinder,
  2. das Geburtsjahr für sämtliche Personen,
  3. die Zahl der Ledigen von 1 – 15 einzelnen Altersjahren, die Verheirateten, Verwitweten und Geschiedenen nach Altersgruppen von 15 – 18, 18 – 20, 20 – 21, 21 – 25, 25 – 30 usw. Jahren in fünfjährigen Altersgruppen,
  4. die Zahl der reichsangehörigen landsturmpflichtigen Männer kreisweise nach Stadt und Land mit der Angabe, ob
    - a) im Heere,
    - b) in der Marine
 } militärisch ausgebildet  
 c) nicht militärisch ausgebildet.

V. Im Juni 1907 wird in jedem Kreise für die Stadtgemeinden einerseits sowie die Landgemeinden und Gutsbezirke andererseits nach den Altersklassen von über 0 bis 15, 15 bis 20, 20 bis 30, 30 bis 60, 60 bis 70 und über 70 Jahre endgültig ermittelt sein:

1. die Zahl der Geborenen,
  - a) in der Zählgemeinde,
  - b) sonst im Zählkreise,
  - c) sonst in der Zählprovinz,
  - d) sonst im preußischen Staate,
2. das Geburtsland und zwar
  - a) Preußen nach Provinzen und dem Stadtkreise Berlin, mit Aussonderung der Großstädte von über 100 000 Einwohnern sowie des Regierungsbezirkes Oppeln,
  - b) Bayern unter Aussonderung der Städte München und Nürnberg,
  - c) Sachsen unter Aussonderung der Städte Dresden, Leipzig, Chemnitz und Plauen i. V.,
  - d) Württemberg unter Aussonderung der Stadt Stuttgart,
  - e) Baden unter Aussonderung der Städte Karlsruhe und Mannheim,
  - f) Braunschweig unter Aussonderung der Stadt Braunschweig,
  - g) Hamburg und Bremen, beide unter Aussonderung des eigentlichen Stadtgebietes,
  - h) Elsaß-Lothringen mit Aussonderung der Stadt Straßburg,
  - i) Hessen, Oldenburg und Lübeck einzeln,
  - k) Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz zusammen,
  - l) Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Anhalt, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß a. L. und Reuß j. L. zusammen
  - m) Waldeck-Pyrmont,
  - n) Schaumburg-Lippe und Lippe zusammen,
  - o) die deutschen Schutzgebiete in Afrika, Asien und Australien nebst Polynesen,
  - p) vierzehn außerdeutsche europäische Staaten einzeln, die übrigen ungetrennt,
  - q) Amerika mit Aussonderung der Vereinigten Staaten, ferner Afrika, Asien und Australien nebst Polynesen,
3. die Zahl der auf See Geborenen,
4. die Zahl der Personen mit unbekanntem Geburtslande.

VI. Im Juli 1907 wird kreisweise endgültig festgestellt sein:

der Berufs- bzw. Erwerbszweig sowie die soziale Stellung der in Preußen seßhaften Fremd- und Gemischtsprachigen.

VII. Am 1. Oktober 1907 wird für die Regierungsbezirke festgestellt sein:

1. das Religionsbekenntnis der im Haushalte ihrer Eltern gezählten Knaben und Mädchen aus konfessionellen Mischehen mit Unterscheidung der Evangelischen, Römisch-katholischen, Anderskatholischen, der anderen Christen, der Freireligiösen Dissidenten, der Juden, sowie der mit sonstiger und unbestimmter Religion,
2. die Zahl der Mischehen ohne Kinder sowie der mit Kindern im Haushalte, nach denselben Religionsgruppen.

VIII. Ferner werden für die Reichsstatistik außer einem Teile der bereits erwähnten Ergebnisse zusammengestellt werden:

- a) der Flächeninhalt für den Staat, die Provinzen, Regierungsbezirke und Kreise in Verbindung mit der Bevölkerung für 1905, teilweise auch derjenigen für 1900,
- b) die Bevölkerung der Direktivbezirke für die Verwaltung der Zölle und Steuern nebst den Zollausschüssen,
- c) die Oberlandesgerichts-Bezirke und ihre Bevölkerung nach dem Alter,
- d) die Reichstagswahlkreise und ihre Bevölkerung nach der Religion sowie
- e) die Zahl der Gemeinden und Wohnplätze innerhalb der Kreise unterschieden nach Größenklassen nebst ihrer Einwohnerzahl.

An diesen Aufbereitungsplan schließen sich zahlreiche besondere Arbeiten an, welche das Königliche Statistische Landesamt für die größeren Städte, Behörden usw. übernommen hat bzw. noch übernehmen wird.

IX. Vom Oktober 1907 ab wird voraussichtlich, wie zuletzt im Jahre 1897 geschehen, ein Gemeindelexikon in einzelnen Provinzialheften erscheinen, das u. a. auch Angaben über das Religionsbekenntnis und die Muttersprache gemeindeweise enthalten wird.

Spremberg (Lausitz), den 20. April 1906.

**Der Landrat**  
E. Wilkins.

## Professionelles Webdesign mit (X)HTML und CSS

Seibert, Björn ; Hoffmann, Manuela  
Bonn: Galileo Press, 2006  
ISBN 3-89842-735-8  
Preis: 29,90 EUR




Dieses Buch soll es ihnen ermöglichen, schlanke, flexibel zugängliche und zukunftsfähige Websites zu kreieren. Diesem Anspruch werden die Autoren in vollem Maße gerecht!

Sehr gut die Konzentration auf das Wesentliche: Beachtung geltender Standards, Abbau von Barrieren, Benutzerfreundlichkeit und ein ansprechendes, zielgruppen-orientiertes Webdesign.

Die konsequente Trennung von Struktur und Inhalt, das Vorgehen bei der Entwicklung von Websites und spezielle Fragen zum Design werden so beschrieben, dass Entwickler mit Vorkenntnissen eine kurzweilige Auffrischung ihres Wissens erfahren. Besonders interessant das Kapitel 6, in dem gemeinsam mit dem Leser vom ersten Entwurf bis zum fertigen Produkt eine Website erstellt wird.

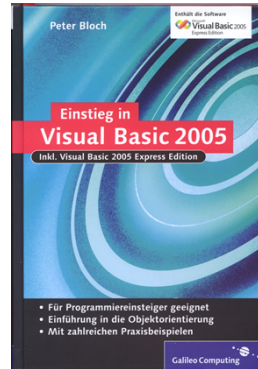
Die sorgsam ausgewählten Beispiele und der angenehme Schreibstil machen die Ausführungen auch für Einsteiger verständlich. Insofern kann man die Aussage – „... dieses Buch ist für Anfänger nicht geeignet.“ – relativieren. Voraussetzung sind aber gute HTML-Kenntnisse und Grundkenntnisse in CSS.

Fazit: Ein sehr gut strukturiertes, leicht lesbares Buch zum Webdesign – kein Nachschlagewerk zu (X)HTML oder CSS.

Frank Wagner 

## Einstieg in Visual Basic 2005 : Inkl. Visual Basic 2005 Express Edition

Bloch, Peter  
Bonn : Galileo Press, 2006  
(Galileo Computing)  
ISBN 3-89842-641-6  
Preis: 24,90 EUR




Ein sehr interessantes Buch, das mehr als nur einen „Einstieg in Visual Basic“ vermittelt – allerdings auch wesentlich weniger.

Die Themenvielfalt ist beeindruckend: VB.NET-Sprachgrundlagen, Objektorientierte Programmierung, Userforms einschließlich Mehrfenster-Anwendungen, Datenbankzugriffe und Webapplikationen sowie Erstellen eigener Webdienste.

Aufgrund dieser Vielfalt ist von vornherein klar, dass es sich jeweils nur um einen Einstieg in das entsprechende Thema handeln kann. Insofern ist das Buch sehr interessant für Programmierer mit Vorkenntnissen in VB oder VBA, die sich der .NET-Welt nähern wollen.

Fraglich ist, ob ein Einsteiger „ohne Vorkenntnisse“ (Zitat Galileo Press) mit diesem Buch überhaupt etwas anfangen kann: In den ersten zwei Kapiteln erläutert der Autor Details zum .NET-Framework und zur Entwicklungsumgebung ohne ein einziges nachvollziehbares Beispiel zu besprechen. Im dritten Kapitel erfährt der Leser nebenbei, dass man Module zum Programmieren einfügen kann und dass es Sub-Prozeduren gibt. Es gibt keine Informationen, wie man beim Programmieren an die Lösung eines Problems herangehen soll. Die Mehrfachvererbung ist den Autoren völlig misslungen.

Insofern bleibe ich bei meiner Einschätzung: für VB- oder VBA- Programmierer aufgrund der Thematik ein interessantes Buch. „Für Programmierneinsteiger geeignet“ (Zitat Galileo Press) – Fehlanzeige.

Frank Wagner 



## Entwurfsmuster von Kopf bis Fuß – ein Buch zum Mitmachen und Verstehen

Freeman, Eric : Freeman, Elisabeth  
Beijing [u.a.] : O'Reilly, 2006  
ISBN 3-89721-421-0  
Preis: 48,00 EUR



„Wäre es nicht wundervoll, wenn es ein Buch über Entwurfsmuster gäbe, das mehr Spaß macht als ein Besuch beim Zahnarzt und aufschlussreicher ist als ein Steuerformular? Ist wohl nur ein Traum...“. Oh nein! Das Buch widerlegt durch sein Erscheinen seine eigene These.

Für wen ist dieses Buch?

Die Antwort geben die Autoren in der Einführung selber: [Zitat]

- ☐ Können Sie Java? (Sie müssen kein Guru sein.) Wahrscheinlich kommen Sie auch klar, wenn sie stattdessen C# können.
- ☐ Möchten Sie Entwurfsmuster lernen, verstehen, behalten und anwenden, einschließlich der OO-Entwurfsmuster auf denen Entwurfsmuster basieren?

- ☐ Ziehen Sie eine anregende Unterhaltung beim Abendessen einer trockenen, langweiligen Vorlesung vor?

... dann ist dieses Buch etwas für Sie. [Ende Zitat]

Der erste Eindruck, egal, auf welche Seite man blättert: sehr gut lesbarer Text, viele Abbildungen, teilweise comic-artig aufbereiteter Inhalt. Man wird neugierig und kann sich nur sehr schwer von dem Buch lösen.

Der zweite Blick sollte unbedingt der 14seitigen Inhaltsübersicht und dem Design-Werkzeugkasten am Ende eines jeden Kapitels gelten. Einige Beispiele aus der Schublade „OO-Muster“: Observer, Decorator, Facade, Adapter, Abstract Factory. Sehr gut: neben der Beschreibung im Detail wird immer wieder sehr viel Wert auf die Frage „Wer macht was?“ gelegt.

Und außerdem könnte dieses Buch als Muster für gehirngerecht aufbereiteten Lernstoff dienen.




Die Inhaltspräsentation ist so, dass ein „Pauken“ überflüssig ist. Die Übungen sind alles andere als ein Nachbeten vorgekauften Stoffes. Beeindruckend die von den Autoren verwendete Vielfalt der Aufgaben.




Fazit: Ein klasse Buch zu einem spannenden Thema.

Frank Wagner



## Veröffentlichungen des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik (Land Brandenburg) im Mai 2006

Veröffentlichungen können beim Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg - Dezernat Informationsmanagement -  
Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam (Dortustraße 46), Fax: 0331 39-418, E-Mail: [vertrieb@lds.brandenburg.de](mailto:vertrieb@lds.brandenburg.de) bezogen werden.  
Medium der Veröffentlichungen:  - Print,  - Disketten,  - CD-ROM, [www](http://www.lds-bb.de/ldsbb/download) - kostenloser Download unter [www.lds-bb.de/ldsbb/download](http://www.lds-bb.de/ldsbb/download).

Kennziffer	Titel	Preis in EUR		
		www		 / 
A VI 5 - vj 2/05	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 30.06.2005, Vorläufiges Ergebnis - (Stand: Februar 2006)	X	7,50	20,00
A VI 6 - j/05	Erwerbstätige Kreisfreie Städte und Landkreise 2005 - Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung	X	7,95	20,00
A VI 7 - m 04/06	Arbeitsmarkt, April 2006	X	6,05	20,00
B I 1 - j/05	Allgemein bildende Schulen, Schuljahr 2005/2006	X	8,80	20,00
B I 8 - j/05	Fremdsprachenunterricht an allgemein bildenden Schulen, Schuljahr 2005/2006	X	5,90	20,00
B I 9 - j/05	Allgemein bildende Schulen, Schuljahr 2005/2006 - Ergebnisse nach Verwaltungs- und Schulamtsbezirken	X	9,55	20,00
B III 4 - j/05	Personal und Personalstellen an Hochschulen 2005	X	7,10	20,00
C II 1 - m 04/06	Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland, April 2006	X	5,50	20,00
C III 2 - m 03/06	Schlachtungen und Fleischerzeugung, März 2006	X	5,25	20,00
C III 3 - m 02/06	Milcherzeugung und Milchverwendung, Februar 2006	X	5,15	20,00
C III 6; 7 - vj 1/06	Legehennenhaltung, Eiererzeugung und Schlachtungen von Geflügel - 01.01. bis 31.03.2006	X	5,15	20,00
C IV 8 - 2j/05	Eigentums- und Pachtverhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe 2005	X	5,75	20,00
D I 2 - m 02/06	An- und Abmeldungen gewerblicher Arbeitsstätten, Februar 2006	X	6,25	20,00
E I 1; 3 - m 03/06	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden - Betriebsergebnisse und Auftragseingangsindex, März 2006	X	7,15	20,00
E I 2 - m 03/06	- Produktionsindex, März 2006	X	5,55	20,00
E II 1 - m 03/06	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe), März 2006	X	6,15	20,00
E IV 1; 2 - j/05	Energie-, Wasser- und Gasversorgung 2005 Beschäftigte, geleistete Arbeitsstunden Löhne und Gehälter der Betriebe	X	5,50	20,00
F II 1; 2 - m 03/06	Baugenehmigungen und Baufertigstellungen, März 2006	X	5,95	20,00
G III 1; 3 - m 02/06	Aus- und Einfuhr Februar 2006, Vorläufige Ergebnisse	X	3,30	
G IV 1 - m 03/06	Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr, März 2006	X	6,75	20,00
H I 1 - m 03/06	Straßenverkehrsunfälle - März 2006, Vorläufiges Ergebnis	X	5,15	20,00
H I 1 - m 02/06	- Februar 2006, Endgültiges Ergebnis	X	3,30	
H I 4 - vj 1/06	Personenverkehr mit Bussen und Bahnen 1. Vierteljahr 2006	X	5,15	20,00
H II 1 - m 03/06	Binnenschifffahrt, März 2006	X	5,85	20,00
K III 1 - 2j/05	Schwerbehinderte Menschen 2005	X	7,30	20,00
M I 2 - m 05/06	Verbraucherpreisindex, Mai 2006	X	6,45	20,00
M I 6 - j/05	Kaufwerte für Bauland 2005	X	5,80	20,00
M I 7 - j/05	Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke 2005	X	5,60	20,00
O II 4 - 5j/03	Ausgaben privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 2003 - Einkommens- und Verbrauchsstichprobe	X	5,75	20,00
P I 1 - j/05	Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigkeit 1991 - 2005	X	6,30	20,00
P I 3 - j/05	Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter, Arbeitnehmer 1991 bis 2005	X	6,10	20,00
Daten+Analysen Heft 1/2006	Jahresbericht 2005		7,00	
Verzeichnis	Verzeichnis Berufliche Schulen, Schuljahr 2005/2006		9,00	24,00

Ausgewählte bereits erschienene Hefte der Reihe „Daten + Analysen“						
Heft	Themenhefte	Preis		Heft	Quartalshefte	Preis
3/1999	Regionen im Vergleich	6,00 EUR		I/2004	Quartalsheft	4,00 EUR
2/2001	Ältere Menschen	3,50 EUR		II/2004	Quartalsheft	4,00 EUR
2/2002	Der Brandenburger Außenhandel 1991 - 2000	3,00 EUR		III/2004	Quartalsheft	4,00 EUR
2/2003	Frauen in Brandenburg	6,25 EUR		IV/2004	Quartalsheft	4,00 EUR
1/2004	Jahresbericht 2003	7,00 EUR		I/2005	Quartalsheft	4,00 EUR
2/2004	Registergestützter Zensustest	5,20 EUR		II/2005	Quartalsheft	4,00 EUR
3/2004	Kinder in Brandenburg	5,90 EUR		III/2005	Quartalsheft	4,00 EUR
1/2005	Hochschulen in Brandenburg	4,90 EUR		IV/2005	Quartalsheft	4,00 EUR
2/2005	Jahresbericht 2004	7,00 EUR		I/2006	Quartalsheft	4,00 EUR
3/2005	Familien in Brandenburg	13,80 EUR				
1/2006	Jahresbericht 2005	7,00 EUR				

#### Statistisches Jahrbuch 2005 für das Land Brandenburg



Der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik gab im November das Statistische Jahrbuch 2005 für das Land Brandenburg heraus. Mit diesem Nachschlagewerk erhält der Leser auf über 600 Seiten einen Informationsquerschnitt über alle Lebensbereiche von A wie Ausbildung bis Z wie Zulassung von Kraftfahrzeugen.

Das Buch (ISBN 3-931767-20-5) kostet 20,00 EUR und ist zum gleichen Preis auch als CD (ISBN 3-931767-21-3) erhältlich. Buch und CD zusammen (ISBN 3-931767-22-1) kosten 30,00 EUR.

Das Statistische Jahrbuch gehört zu den bekanntesten und am meisten gefragten Veröffentlichungen des LDS. Der Nutzer findet aktuelle Zahlen und Fakten über das Land Brandenburg, seine Landkreise und kreisfreien Städte, zum Teil mit Vergleichen aus den Vorjahren. Ein Ländervergleich bietet die Möglichkeit, das Land Brandenburg zu den anderen Bundesländern bzw. dem bundesdeutschen Durchschnitt in Relation zu setzen.



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg  
Dezernat Informationsmanagement  
Postfach 60 10 52  
14410 Potsdam

0331 39 - 418

E-Mail: [vertrieb@lds.brandenburg.de](mailto:vertrieb@lds.brandenburg.de)  
Internet: [www.lds-bb.de](http://www.lds-bb.de)